

Untersuchungen zum deutschen Vertriebenen- und Flüchtlingsproblem

Herausgegeben von Prof. Dr. Bernhard Pfister

Die wirtschaftliche Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge in Schleswig-Holstein

Von

Dr. Friedrich Edding



**VERLAG VON DUNCKER & HUMBLLOT
BERLIN 1955**

Schriften des Vereins für Sozialpolitik
Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
Neue Folge Band 7/V

SCHRIFTEN DES VEREINS FÜR SOZIALPOLITIK

Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften

Neue Folge Band 7/V

Untersuchungen zum deutschen Vertriebenen- und Flüchtlingsproblem

Herausgegeben von Prof. Dr. Bernhard Pfister

Zweite Abteilung: EINZELDARSTELLUNGEN

Die wirtschaftliche Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge in Schleswig-Holstein

Von Dr. Friedrich Edding



**VERLAG VON DUNCKER & HUMBLOT
BERLIN 1955**

Die wirtschaftliche Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge in Schleswig-Holstein

Von

Dr. Friedrich Edding



**VERLAG VON DUNCKER & HUMBLOT
BERLIN 1955**

A l l e R e c h t e v o r b e h a l t e n

**Copyright 1955 by Duncker & Humblot, Berlin-Lichterfelde
Gedruckt 1955 bei Berliner Buchdruckerei Union GmbH., Berlin SW 29**

Vorwort

Die Wanderungs- und Eingliederungsvorgänge, die Schleswig-Holsteins Wirtschaft seit 1945 bestimmen, sind in ihren ökonomischen Zusammenhängen noch wenig erforscht. Es erschien wünschenswert, diese Entwicklungen darzustellen und damit bessere Urteilsgrundlagen für die künftig einzuschlagenden Wege zu gewinnen. Leider fehlt es an den für den Ökonomen wichtigsten Unterlagen einer solchen Untersuchung. Statistiken der Zahlungsbilanz, des Volkseinkommens, der Investitionen und der Produktivität z. B. sind teils gar nicht, teils nicht für neuere Jahre verfügbar. Ebenso sind die als ökonomische Maßstäbe der individuellen und Gruppeneingliederung wichtigsten Daten, wie Vermögen, Einkommen, Leistungsstufen nicht gesondert für Vertriebene, Flüchtlinge und übrige Bevölkerung erfaßt. Diesem letztgenannten Mangel hätte durch einige Repräsentativerhebungen abgeholfen werden können. Doch dazu fehlten die Mittel. So ist diese Studie als ein Vorbericht zu werten, der vielleicht dazu anregen wird, eine vollkommen befriedigende Darstellung für einen späteren Zeitraum vorzubereiten, in dem sich die Wanderung über die Grenzen und innerhalb des Landes normalisiert haben wird.

Der Verfasser dankt allen Dienststellen des Landes, die ihn durch Unterlagen und Beratung unterstützt haben, insbesondere dem Statistischen Landesamt, ferner den Mitarbeitern im Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, die es ihm ermöglichten, diese Studie neben den laufenden Institutsarbeiten fertigzustellen.

Kiel, im August 1954.

F. E d d i n g.

Inhalt

Vorwort	5
Einführung und Zusammenfassung	9
I. Der Einstrom der Vertriebenen und Flüchtlinge und die Maßnahmen zur Lösung der dadurch entstandenen Probleme	
1. Der Einstrom	16
2. Bemühungen des Landes um Bevölkerungsausgleich	19
3. Maßnahmen zur Eingliederung	26
4. Der langfristige Entwicklungsplan	31
II. Veränderungen der Bevölkerungsverhältnisse unter dem Einfluß der Zu- und Abwanderung	
1. Wanderung und natürliche Bevölkerungsbewegung	35
2. Veränderungen in Kreisen und Gemeinden	36
3. Wirkung der Wanderung auf Geschlechtsverhältnis und Altersaufbau	41
4. Auswanderung	44
III. Veränderungen in der Erwerbs- und Sozialstruktur	
1. Erwerbsbeteiligung	45
2. Soziale Stellung	50
IV. Beschäftigung und Arbeitslosigkeit	
1. Die Gesamtentwicklung	54
2. Beschäftigung von Vertriebenen und Flüchtlingen	58
3. Arbeitslosigkeit der Vertriebenen und Flüchtlinge und ihre regionale Verteilung	61
V. Probleme der Eingliederung ehemals Selbständiger	
1. Allgemeine Entwicklung	66
2. Landwirtschaft	68
3. Industrie und Handwerk	79
4. Steuerleistung der einkommensteuerpflichtigen Vertriebenen	87
VI. Die Wirkung der Wanderungsbewegungen auf die Gesamtwirtschaft Schleswig-Holsteins	89
Anhang	
Tabellen und Dokumente (mit Verzeichnis)	99

Einführung und Zusammenfassung

Die Probleme, die durch die große Zwangswanderung seit 1945 in Westdeutschland entstanden und die Wege, die beschritten wurden, um sie zu lösen, sind sich in allen Teilen des Aufnahmegebietes ähnlich. Die Frage, ob die durch das Vorrücken des sowjetischen Machtbereichs nach Westdeutschland vertriebene oder verdrängte Bevölkerung, soweit sie erwerbsfähig ist, dort wirtschaftlich befriedigend eingegliedert werden kann, wird von der Wissenschaft seit einigen Jahren im allgemeinen bejaht. Die Aufgabe wird bei wirksamer internationaler Zusammenarbeit mit dem Ziel der gemeinsamen Mehrung des Wohlstandes, insbesondere ausreichender Wettbewerbsfreiheit im internationalen Handel, für lösbar gehalten. Da aber die zusätzliche Bevölkerung in einer Weise über das Gebiet der Bundesrepublik verteilt worden war, die regional krasse Mißverhältnisse von Bevölkerungsdichte und wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten schuf, entstanden schwierige Ausgleichsprobleme. Diese zu lösen, wurde ernstlich erst nach der Gründung der Bundesrepublik begonnen und bis heute sind sie noch Anlaß vieler wissenschaftlicher und politischer Kontroversen.

Schleswig-Holstein mußte seit 1945 einen Zustrom von Vertriebenen und Flüchtlingen¹ aufnehmen. Zeitweise erhöhte sich seine Bevölkerungszahl um mehr als 70 vH. 1939 betrug die Bevölkerungsdichte 101 Einwohner je qkm, Ende 1948: 176, Mitte 1954: 148. Es lebten also jetzt noch immer fast um die Hälfte mehr Menschen in Schleswig-Holstein als 1939. Dabei war das Land in den dem zweiten Weltkrieg vorangehenden 100 Jahren fast immer ein Abwanderungsgebiet. Seine Bevölkerung ist zwar seit dem Anfang des 19. Jahrhunderts mit der Entwicklung der wirtschaftlichen Möglichkeiten ständig gewachsen. Doch waren die Existenzaussichten, die das Land bot, vergleichsweise nicht so groß und verlockend, daß sie den gesamten natürlichen Zuwachs an das Land hätten binden können. Der Bevölkerungsdruck führte nicht, wie etwa in Württemberg, zu schneller und breiter Industriali-

¹ Als Flüchtlinge werden hier und im folgenden alle Personen bezeichnet, die im amtlichen statistischen Sprachgebrauch „Zugewanderte“ genannt werden, d.h. Personen, die 1939 ihren Wohnsitz in der sowjetischen Besatzungszone und Berlin hatten. Gelegentlich wird der Ausdruck Flüchtlinge auch als Sammelbegriff für Vertriebene und Zugewanderte verwendet. Oft sind mangels ausreichender Untergliederung der Statistik nur Aussagen über die Vertriebenen möglich.

sierung. Bis 1900 gab Schleswig-Holstein in allen Zählungsperioden einen erheblichen Teil seines natürlichen Bevölkerungsüberschusses in Gebiete mit günstigeren Verhältnissen ab. Dies gilt auch von den Perioden 1910—25 und 1925—33. Nur von 1900 bis 1910 und in der Zeit nach 1933, in den Jahren also des besonders starken Ausbaus der Marinebasen und der dazugehörigen Rüstungsindustrie, ergab sich per Saldo ein Wanderungsgewinn. Insgesamt nahm die Bevölkerung seit der Zählung von 1843 in hundert Jahren um beinahe eine Million zu — und zwar fast ausschließlich durch Geburtenüberschuß —, um etwa die gleiche Zahl dann in den vier Jahren 1945—48, jetzt aber nur durch Wanderung.

Tabelle 1
Die Bevölkerungsentwicklung in Schleswig-Holstein
1843—1954

Stichtag	Bevölke- rung 1000	Zu- oder Abnahme ^a 1000	davon	
			Geburten- überschuß 1000	Wande- rungssaldo 1000
Dez. 1843 ^b	734			
3. 12. 1852 ^b	795	61	66	— 5
3. 12. 1861 ^b	846	51	87	— 36
3. 12. 1871 ^b	894	48	99	— 51
1. 12. 1880 ^b	977	83	119	— 36
1. 12. 1890 ^b	1076	99	142	— 43
1. 12. 1900 ^b	1240	164	184	— 20
1. 12. 1910 ^b	1455	215	202	+ 13
1. 12. 1910 ^c	1320			
16. 6. 1925 ^c	1373	53	102	— 49
16. 6. 1933 ^c	1420	51	67	— 16
17. 5. 1939 ^c	1589	169	77	+ 92 ^d
29. 10. 1946 ^c	2650	1061	— 48	+ 1109
13. 9. 1950 ^c	2595	22	66	— 44
31. 3. 1954 ^c	2336	— 259	37	— 296

^a Gegenüber dem vorhergehenden Erhebungsjahr. — ^b Gebietsstand etwa dem von 1933 entsprechend berechnet. — ^c Gebietsstand 1950 (z. T. geschätzt). — ^d Die hier zugrundegelegte Zahl der Wohnbevölkerung war in Schleswig-Holstein besonders stark durch Wehrmachts- und Arbeitsdienstangehörige überhöht. Die ständige Bevölkerung war um rund 50 000 kleiner. Demnach ist auch der echte Wanderungssaldo als sehr viel niedriger anzunehmen.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Grund der Zählungswerke des Deutschen Reiches und der Veröffentlichungen des Statistischen Landesamts Schleswig-Holstein. Wegen zahlreicher Gebietsveränderungen sind die Zahlen vor 1939 nur als annähernd richtig zu betrachten.

Der Strom der Vertriebenen und Flüchtlinge kam in ein Land, in dem seit Jahrzehnten keinerlei ökonomisch vertretbare Möglichkeit bestand, die unmittelbar in der Landwirtschaft tätige Bevölkerung insgesamt zu vergrößern. Dauerhafte Eingliederung zusätzlich Erwerbstätiger war nur in den übrigen Wirtschaftszweigen zu verwirk-

lichen. Die Gewichtsverteilung hatte sich innerhalb der Gesamtwirtschaft des Landes schon seit langem zugunsten der nichtlandwirtschaftlichen Produktion und Dienstleistungen verlagert, deren Anteil am Sozialprodukt 1936: 78 vH betrug (Industrie und Handwerk 43 vH). Von 1936 bis in den Krieg hinein hatte sich das Verhältnis noch mehr zugunsten der nichtagrarischen Sektoren der Wirtschaft verschoben. Man mag in der Rückschau finden, daß die betont rüstungswirtschaftliche Expansion der Industrie verfehlt war, jedoch war der Ausbau der gewerblichen Wirtschaft an sich notwendig, und es stand außer Zweifel, daß die Entwicklung auch ohne die starke Bevölkerungszunahme in dieser Richtung hätte weitergetrieben werden müssen.

Das Übergewicht der Rüstungsindustrie hatte jedoch nach 1945 wie schon nach dem ersten Weltkrieg in Schleswig-Holstein einen besonders schweren Rückschlag in der gewerblichen Entwicklung verursacht. Etwa ein Fünftel der Industriebeschäftigten verlor durch Kriegszerstörungen und Demontagen den Arbeitsplatz. Hinzu kam, daß die intensiven Beziehungen zu Mecklenburg und den übrigen Teilen der sowjetischen Besatzungszone abgeschnitten wurden und die Möglichkeiten der Ostseeschifffahrt und des Ostseehandels stark zusammenschrumpften. Besonders erschwerend wirkte das z. T. erst 1950 aufgehobene Verbot des Wiederaufbaus auf dem vorher für Rüstungszwecke benutzten Industriegelände. Da somit auch ein erheblicher Teil der einheimischen Bevölkerung seine früheren Einkommensmöglichkeiten verloren hatte und die Gesamtlage in den ersten Nachkriegsjahren zu wenig Hoffnungen auf Entwicklung von Industrie und Handel Anlaß gab, erschienen zunächst Möglichkeiten der wirtschaftlichen Eingliederung zusätzlicher Bevölkerung kaum gegeben. Soweit deutsche Stellen damals verantwortlich mitwirken konnten, war ihr Bestreben fast ausschließlich darauf gerichtet, in einem Zustand, der allgemein als Provisorium betrachtet wurde, allen Notleidenden soweit möglich zu helfen und vor allem die Militärbehörden von der Unsinnigkeit weiterer Hereinnahme von Vertriebenen und Flüchtlingen zu überzeugen. Letzteres gelang im Prinzip Mitte 1946.

Etwa gleichzeitig war Schleswig-Holstein als selbständiges Land konstituiert worden. Seine Einwohnerzahl stand aber zu den Einkommensmöglichkeiten in einem derartigen Mißverhältnis, daß es ohne stärkste Eingriffe ausgeschlossen erscheinen mußte, diesen Staat aus eigener Kraft lebensfähig zu machen. Alle Regierungen des Landes haben sich in Konsequenz dieser Erkenntnis seit 1946 um zwei Ziele bemüht: einerseits um Entlastung von dem übermäßigen Bevölkerungsdruck und den hohen finanziellen Lasten, anderseits um produktive Eingliederung eines angemessenen Anteils der in Westdeutschland aufgenommenen Vertriebenen und Flüchtlinge. Wirksam entlastet wurde

das Land jedoch erst drei bis vier Jahre später, nachdem auf Grund der Bundesverfassung Gesetze und Verordnungen über die Umsiedlung und den Finanzausgleich erlassen waren. 1949 war das erste Jahr, in dem Schleswig-Holstein per Saldo Bevölkerung abgab. Bis Mitte 1954 sind netto rund 400 000 Personen abgewandert, davon über zwei Drittel mit öffentlicher Förderung gemäß den Bundesgesetzen. Seit 1951 gelang es, den Finanzhaushalt des Landes auszugleichen.

In den langen Jahren, in denen die Wirtschaft Westdeutschlands insgesamt in ihrem Wiederaufbau gehemmt war und Schleswig-Holstein keine nennenswerte Entlastung oder Hilfe erhielt, konnte das Land in Richtung auf das zweite Ziel, die produktive Eingliederung, nur geringe Fortschritte machen. Dabei war Schleswig-Holstein als erstes Land Westdeutschlands mit einem wohlgedachten, umfassenden Plan des Umbaus und der Entwicklung seiner wirtschaftlichen Grundlagen hervorgetreten. Schon Anfang 1948, in einem Zeitpunkt also, als noch alle Umstände dazu angetan schienen, die Initiative zu lähmen, setzte sich die schleswig-holsteinische Regierung das Ziel, die Wirtschaft des Landes so zu entwickeln, daß es einer Bevölkerung von 2,15 Millionen ausreichende Lebensmöglichkeiten zu bieten vermöchte. Als im Herbst 1950 die ECA-Kommission zum Studium des deutschen Flüchtlingsproblems unter Leitung des amerikanischen Bankiers und Planungsexperten H. C. Sonne die Bundesrepublik bereiste, war sie aufs stärkste beeindruckt, als ihr in dem am meisten von den Kriegsfolgen betroffenen Land von allen verantwortlichen Stellen erklärt wurde: „Wir werden bei angemessener Hilfe der Bundesregierung und des Auslandes in der Lage sein, einen Bevölkerungszuwachs von 35 vH (gegenüber dem Stand von 1939) wirtschaftlich befriedigend einzugliedern.“ Ob die im Plan angenommene „Tragfähigkeit“ des Landes im ganzen und insbesondere in ihrer Gliederung nach Wirtschaftsbereichen richtig war, sei dahingestellt. Zweifellos aber hat die klare Zielvorstellung sehr dazu beigetragen, allen Dienststellen des Landes durch viele Jahre in schwierigsten Verhältnissen Spannkraft und Entschlossenheit zu erhalten. Weder über das Ziel noch über die Wege dorthin hat es zwischen den politischen Parteien je Meinungsverschiedenheiten von solcher Bedeutung gegeben, daß die Kontinuität der Planung im Wechsel der Koalitionen in Frage gestellt gewesen wäre.

Auch die Anhänger liberaler und konservativer politischer Richtungen waren sich stets darüber im klaren, daß die außerordentliche Lage in Schleswig-Holstein nur durch ein großes Maß staatlicher Intervention gemeistert werden könne. So wurde der eingreifendste Vorschlag zur Agrarreform im ersten schleswig-holsteinischen Landtag von dem der Rechten angehörenden Ministerpräsidenten Steltzer vorgetragen. Keine der aufeinanderfolgenden Regierungen hat die große Lenkungsmacht

von sich gewiesen oder zu mindern gesucht, die darin gegeben ist, daß 40—45 vH aller Investitionsmittel in Schleswig-Holstein durch die öffentliche Hand gehen, ein etwa doppelt so großer Anteil wie im Durchschnitt des Bundesgebiets (geschätzt für 1952/53). Ebenso bestand immer Einmütigkeit darin, daß der Bevölkerungsausgleich unter den gegebenen Umständen nicht allein durch freie Wanderung zustande kommen könne. Eine starke Mehrheit hat sich schließlich stets für alle besonderen Maßnahmen zugunsten von Vertriebenen und Flüchtlingen gefunden, die davon ausgehen, daß gewisse Eingriffe und Subventionen nötig sind, um diesen Entwurzelten zu einigermaßen gleichen Chancen im Wettbewerb zu verhelfen.

Obwohl man sich im Lande über das Ziel einig war, für eine erheblich mehr als im Bundesdurchschnitt vergrößerte Bevölkerung von 2,15 Millionen ausreichende Erwerbsmöglichkeiten zu schaffen und obwohl auch die Bundesregierung dem Plan im Grundsatz zustimmte, einer Bevölkerung etwa dieses Umfangs in Schleswig-Holstein zur „Lebensfähigkeit aus eigener Kraft“ zu verhelfen, ist das Gelingen doch bis heute fraglich. Zwar nähert sich die Bevölkerungskurve dem angestrebten Punkt, aber es ist keineswegs sicher, ob sich der Wanderungsverlust nicht darüber hinaus fortsetzen wird. Bei dem gegenwärtigen Unterschied in Wohlstandsniveau und wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten zwischen Schleswig-Holstein und anderen Teilen des Bundesgebiets, ganz zu schweigen von den skandinavischen Nachbarn, wäre auch ohne die öffentlich geförderte Umsiedlung mit einer erheblichen Abwanderung zu rechnen. Das Wohlstandsgefälle hat sich zwar dank der Maßnahmen des Bundes und entsprechender Anstrengungen des Landes in den letzten Jahren abgeflacht. Aber der Rückstand war so groß und die Angleichung geht so langsam vor sich, daß eine Abwanderung weit über das Umsiedlungsziel hinaus wahrscheinlich ist, wenn sich die Einkommensmöglichkeiten in Schleswig-Holstein nicht schneller als bisher verbessern. Dabei würde sich dann die Auslese, die schon in den vergangenen Jahren zuungunsten des Landes wirkte, weiter verstärken.

Entsprechend dem relativ langsamen Wachsen der Wirtschaft des Landes ist auch die wirtschaftliche Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge verhältnismäßig hinter der im übrigen Bundesgebiet zurückgeblieben. Über ihre Teilnahme am Vermögens- und Einkommenszuwachs ist zwar keine Aussage möglich (wie denn überhaupt die ökonomisch interessantesten Vorgänge der Eingliederung bisher nicht erforscht sind), aber die Statistiken der Erwerbsstruktur, der Beschäftigung und der Arbeitslosigkeit bestätigen, was auf Grund der unterschiedlichen Wirtschaftsentwicklung und der allgemein zu beobachtenden Benachteiligung der Entwurzelten als wahrscheinlich gelten muß.

Sowohl der Anteil der Vertriebenen an der Arbeitslosigkeit wie an der überhaupt nicht im Erwerbsleben stehenden Bevölkerung war in Schleswig-Holstein auch 1954 noch überdurchschnittlich groß. Umsiedlung und Zunahme der Beschäftigungsmöglichkeiten haben zwar die Lage der Vertriebenen seit 1950 stark verbessert, aber es ist bemerkenswert, daß der Beschäftigungszuwachs doch überwiegend den Nichtvertriebenen zugute gekommen ist. Von September 1951 bis September 1953 nahm z. B. die Beschäftigung von Vertriebenen und Flüchtlingen um 2,6 vH, die der übrigen Bevölkerung um 7 vH zu.

Es ist nicht leicht, den Aussagewert solcher Zahlen zu beurteilen, da Abwanderung über die Landesgrenzen und fortgesetzter Übergang von bisher nicht bei den Arbeitsämtern Gemeldeten in die Gruppe der Erwerbspersonen mitberücksichtigt werden müssen. Zudem sind wichtige Daten seit der Volkszählung von 1950 nicht mehr statistisch erhoben worden. Riskiert man es, die Lücken durch *Schätzung* zu schließen, so ergibt sich folgendes grobes Zahlenbild von Veränderungen in der Zeit von 1950 bis 1954:

Tabelle 2

Veränderungen in den Erwerbsverhältnissen der Vertriebenen und der übrigen Bevölkerung in Schleswig-Holstein vom Sept. 1950 bis Mitte 1954
1950 = 100

	Gesamtbevölkerung	Vertriebene	übrige Bevölkerung
Bevölkerung	90	76	96
Erwerbspersonen	95	86	100
Erwerbstätige	104	102	105
Arbeitslose	51	43	60
Selbständige	101	106	100
Mithelfende	91	100	91
Beschäft. Arbeitnehmer	107	101	110
Nichterwerbstätige (einschl. Arbeitslose)	82	67	91
Selbständige Berufslose (ohne Angehörige)	84	64	95
Angehörige	86	73	93

Man erkennt aus dieser Zusammenstellung von Veränderungen, wie die Abwanderung von fast einem Viertel der vertriebenen Bevölkerung die relativ geringen Zunahmen ihres Anteils an selbständiger und abhängiger Erwerbstätigkeit in einem etwas günstigeren Licht erscheinen läßt. Ebenso sind die starken Rückgänge in ihrem Anteil an den Arbeitslosen und anderen Nichterwerbstätigen in diesem Zusammenhang zu sehen. Fragt man aber, wie sich denn nun die beträchtlichen Summen, die in diesen Jahren für produktive Eingliederung aufgewandt

worden sind, in den Erwerbsverhältnissen ausdrücken, so erscheint der Effekt in der Zunahme der Erwerbstätigen und insbesondere der selbstständigen Existenzen als recht gering.

Daß es nicht gelungen ist, die Zahl der Selbständigen insgesamt nennenswert zu erhöhen, ist in der allgemeinen Tendenz begründet, die auf durchschnittlich größere Betriebe und damit höhere Produktivität je Arbeitskraft gerichtet ist. Eingliedern kann hier sinnvollerweise nur Auswechseln bedeuten. Wenn auch die Zunahme in der abhängigen Beschäftigung im Verhältnis zu den Investitionen gering erscheint, so ist zur Erklärung anzuführen, daß diese Investitionen zu einem großen Teil der Steigerung der Produktivität dienten. Ihr Beschäftigungseffekt ist auch deswegen relativ gering, weil er sich nur zum Teil im Lande auswirken konnte. Industrieausrüstung wird überwiegend außerhalb der Landesgrenzen in Auftrag gegeben.

Insgesamt wird man den Schluß ziehen dürfen, daß die Anstrengungen des Landes und des Bundes verstärkt werden müssen, wenn es gelingen soll, in Schleswig-Holstein einer Bevölkerung von über zwei Millionen angemessene Einkommensmöglichkeiten zu schaffen und dabei gleichzeitig die Unterschiede der wirtschaftlichen Chancen zwischen Vertriebenen, Flüchtlingen und übriger Bevölkerung im Durchschnitt auszugleichen. Letzten Endes geht es um die Frage, ob man der Bevölkerungsballung in den alten Kerngebieten der deutschen Industrie freien Lauf lassen, oder aber die Investitionen dezentralisierend beeinflussen will. Entscheidet man sich für eine bewußte Ausgleichspolitik zugunsten Schleswig-Holsteins, so sollte man die Mittel nicht tröpfchenweise über eine lange Zeit verteilt einsetzen, sondern das Wirtschaftswachstum im nördlichen Grenzraum schnell und großzügig fördern, ehe die Abwanderung hier zu weit fortgeschritten ist.

Erstes Kapitel

Der Einstrom der Vertriebenen und Flüchtlinge und die Maßnahmen zur Lösung der dadurch entstandenen Probleme

1. Der Einstrom

Schleswig-Holstein hatte schon während der Jahre 1943/44 eine große Zahl von Evakuierten, überwiegend aus Hamburg, aufgenommen. Dazu kam die vor den einrückenden alliierten Truppen in das Land drängende Fluchtwelle. Der auf Grund der Potsdamer Beschlüsse festgesetzte Verteilungsschlüssel berücksichtigte nicht, daß Schleswig-Holstein zur Zeit des Potsdamer Abkommens schon mehr Bevölkerung zählte als es in absehbarer Zeit wirtschaftlich zu tragen vermochte. Nach der Kartei der Lebensmittelempfänger betrug die Bevölkerung im Septem-

Tabelle 3
Die Vertriebenen und Flüchtlinge nach dem Jahr ihrer Aufnahme in Schleswig-Holstein
Stand Anfang 1949

Aufnahmejahr	Vertriebene	Flüchtlinge aus Sowjetzone und Berlin	Insgesamt	vH
Bis Ende 1944	9 251	4 254	13 505	1,3
1945	491 349	51 311	542 660	52,2
1946	293 844	15 076	308 920	29,7
1947	68 652	7 557	76 209	7,3
1948	49 863	5 729	55 592	5,4
In Schleswig-Holstein geborene Kinder	37 357	4 946	42 303	4,1
Insgesamt	950 316	88 873	1 039 189	100,0
vH der Bevölkerung ...	36	3	39	
Anteil der Vertr. und Flüchtlinge an der Bevölkerung der drei Westzonen	16	2	18	

Quelle: Ergebnisse der Flüchtlings-Sondererhebung des Landessozialministers anläßlich der Ausgabe von Flüchtlingsausweisen Anfang 1949. Sonderheft F der Statistischen Monatshefte Schleswig-Holstein, Kiel 1950, S. 9.

ber 1945 bereits 2 394 000 (September 1944: 1 605 000). Durch die am 25. 9. 1945 beginnende, dem Bevölkerungsaustausch zwischen britischer und sowjetischer Zone dienende Aktion „influx“ sollen 284 000 Personen nach Schleswig-Holstein gekommen sein. Im Rahmen der Aktion „swallow“, die dem Abtransport aus den Vertreibungsgebieten nach Westen diente, nahm Schleswig-Holstein bis Ende Juli 1946 rund 500 000 Personen auf. Am 29. 10. 1946 wurde eine Bevölkerungszahl von 2 575 000 ermittelt. Wenn die für den 1. 9. 1945 angegebene Bevölkerungszahl richtig ist, ging also dem Einstrom zwischen diesem Datum und der Volkszählung von 1946 von fast 800 000 Personen eine Abwanderung von rund 600 000 parallel. Wie weit diese Zahlen stimmen, ist nicht feststellbar, aber ohne Zweifel war die Fluktuation besonders durch illegales Überschreiten der Sowjetzonengrenze sehr stark und eine Übersicht schwer zu gewinnen. Ein annähernd zutreffendes Bild des Nettozugangs bis Ende 1948 dürfte die damals vorgenommene Sondererhebung bieten (Tabelle 3).

Unter den Vertriebenen überwogen die in Ostpreußen und Pommern Beheimateten mit je etwa 300 000. Es gelang jedoch bei der Verteilung über das Aufnahmegebiet nur selten, den heimatlichen Zusammenhang von Gemeinden und Nachbarschaften zu wahren (Tabelle 4).

Deutsche Instanzen hatten zunächst weder auf das Gesamtmaß der Einschleusung noch auf die Weiterleitung in die Kreise irgendwelchen Einfluß. Die hierfür verantwortlichen britischen Dienststellen versuchten, die Kreise nach dem Maßstab einer summarischen Wohnraumschätzung einigermaßen gleichmäßig zu belasten. Die regional unterschiedlichen wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten und die Berufe der Vertriebenen wurden nicht berücksichtigt. Auch durch ein Mitspracherecht deutscher Dienststellen wären unter den damaligen Verhältnissen in dieser Beziehung nur geringe Korrekturen möglich gewesen. Solange die durch die Einschleusung immer neuer Massen, Industrieverbote, Demontagen usw. gekennzeichnete Politik herrschend war, mußte jede Verteilung im Lande als Provisorium und die dichte Belegung der ländlichen Gemeinden als zunächst unvermeidlich erscheinen.

Schleswig-Holsteins Wohnungsbestand war von Kriegszerstörungen relativ wenig betroffen worden, in den Landkreisen waren nur 1,4 vH aller Wohnungen, davon 0,9 vH total zerstört. Die Schäden konzentrierten sich in Kiel (78 bzw. 44 vH), Neumünster (27 bzw. 25 vH) und Lübeck (10 bzw. 9 vH). Für das ganze Land ergab sich ein Durchschnitt von 17 vH betroffener und 10 vH völlig zerstörter Wohnungen. Der Bestand an Normalwohnungen wurde 1939 mit 435 000, 1950 nach mehrjährigem Wiederaufbau mit 454 000 ermittelt. Dieser Zunahme um

4,3 vH stand eine Bevölkerungszunahme um 63 vH gegenüber. Die Zahl der Haushalte war sogar um 92 vH größer als 1939.

Das enge Zusammenrücken in den Wohnungen und die daraus folgenden Spannungen, die Lähmung der Freizügigkeit und die starken Hemmnisse, die der Gründung neuer Haushalte unter diesen Umständen entgegenstanden, wurden für die gesamte Bevölkerung zu einer schweren, täglich spürbaren Last, wie sie in diesem Ausmaß in keinem anderen Land Westdeutschlands zu tragen war. Wie nicht anders zu erwarten, waren die Vertriebenen und Flüchtlinge davon weit stärker betroffen als die einheimische Bevölkerung. Nach den bei Ausgabe der Flüchtlingsausweise Anfang 1949 erhobenen Angaben,

Tabelle 4
Gliederung der 1950 gezählten nichteinheimischen Bevölkerung Schleswig-Holsteins nach ihrem Wohnsitz am 1. 9. 1939

Herkunftsgebiete	1000	vH
Deutsche Ostgebiete unter fremder Verwaltung	687,8	59
davon		
Ostpreußen	301,0	26
Pommern	307,1	26
Brandenburg	20,1	2
Schlesien	59,6	5
Saargebiet	0,8	0
Ausland	179,0	15
davon		
Danzig	70,2	6
Memelland	13,9	1
Polen	46,7	4
ehemalige baltische Staaten	13,9	1
Sowjet-Union	4,6	0
Tschechoslowakei	12,7	1
Rumänien	6,1	1
übriges Ausland	10,9	1
Berlin	43,1	4
Sowjetische Besatzungszone	90,8	8
davon		
Mecklenburg	34,2	3
Brandenburg	23,7	2
Sachsen-Anhalt	11,1	1
Sachsen	16,2	1
Thüringen	5,6	0
Bundesgebiet (ohne Schl.-Holstein) .	158,7	14
insgesamt	1160,3 ^a	100

^a Ohne 2898 Personen mit ungeklärtem Wohnsitz am 1. 9. 1939.

Quelle: Die Bevölkerungsstruktur in Schleswig-Holstein. Ergebnisse der Volkszählung vom 13. September 1950. Statistik von Schleswig-Holstein, Heft 8, Hrsg. vom Statistischen Landesamt Schleswig-Holstein, Kiel 1953, S. 17, Tab. 11.

wohnten von 1,1 Mill. Vertriebenen, Flüchtlingen und Evakuierten 848 000 in Normalwohnungen, jedoch überwiegend als Untermieter und in einer durchschnittlichen Wohndichte von 2,2 Personen je Raum (Vorkriegsdurchschnitt etwa 1 Person). Außerdem lebten 184 000 in Notunterkünften und Lagern. 257 000 Personen lebten zu 3 und mehr Personen in einem Raum. 9500 Personen bewohnten einen Raum von weniger als 6 qm Grundfläche.

Die Ausgewiesenen hatten vor ihrer Ankunft in Schleswig-Holstein Schweres durchgemacht, waren häufig vor dem Übergang in die britische Besatzungszone noch ihrer letzten Habe beraubt worden und mußten nun so schnell wie möglich in eine erträgliche Unterkunft gebracht werden. Diese Notwendigkeit war absolut beherrschend. Die wenigen Durchgangslager waren ständig überfüllt und schnellste Weiterleitung der Transporte war geboten. Auch die Lebensmittelversorgung war zunächst nur bei schneller und breiter Verteilung in die Landkreise einigermaßen zu sichern.

Zwangseinweisung in Wohnungen, Scheunen, Säle, Baracken, öffentliche Fürsorge durch Geld und Bezugscheine, private Hilfe mit Betten, Kleidung und einigem Hausrat, Gelegenheitsarbeit, Sammeln von Brennholz, Pilzen und Beeren, etwas Schwarzhandel, viel Hunger, viel Warten und viel seelische Not — das charakterisiert etwa das Leben der Mehrzahl der Entwurzelten im Aufnahmegebiet während der ersten Nachkriegsjahre. Es ist erstaunlich, daß Kälte, Hungersnot und Seuchen nicht größere Opfer gefordert haben. Von 1000 Einwohnern Schleswig-Holsteins starben:

1945 ^a	= 21,1
1946	= 14,5
1947	= 11,7
1948	= 9,1
1949	= 8,8

^{a)} Ohne Kriegssterbefälle.

2. Bemühungen des Landes um Bevölkerungsausgleich

Den Kreis- und Landesbehörden — in Schleswig bestand vorerst das Oberpräsidium weiter — mangelte es zunächst an allen Voraussetzungen wirksamen Eingreifens. Sie waren Befehlsempfänger und verfügten oft nicht einmal über Briefpapier, Telefon und Fahrzeug, um diese Befehle weiterzugeben. Da auf deutscher Seite niemand daran zweifelte, daß der Zustrom die Aufnahmefähigkeit des Landes schon Mitte 1945 überstieg, bemühten sich die deutschen Instanzen von dieser Zeit an zugleich um zwei Ziele: einerseits um Fürsorge und Eingliederung, andererseits darum, der unbegreiflichen Fehlleitung des Menschenstroms ein Ende zu machen und durch eine sinnvollere Ver-

teilung der Vertriebenen und Flüchtlinge innerhalb Deutschlands das Land Schleswig-Holstein zu entlasten.

Die britische Militärregierung hatte den Plan, Transporte aufzunehmen, bis eine Belegungsdichte von 3,5 qm Wohnraum je Person erreicht war. Die „Sättigungszahl“ für Schleswig-Holstein betrug danach 2 862 000 Personen. Im Juni 1946 (Bevölkerungsstand etwa 2,6 Millionen) gelang es jedoch dem Oberpräsidenten, gestützt auf Berechnungen seines Flüchtlingsreferats, die britische Militärverwaltung von der Unsinnigkeit weiterer Hereinnahme von Vertriebenen-transporten zu überzeugen. Am 26. 7. 1946 wurde ein vorläufiger Stopp angeordnet, der im Grundsatz nie wieder aufgehoben ist, wenn auch weiterer Zustrom nicht ganz verhindert werden konnte oder wegen der Vereinigung durch Vertreibung oder Kriegsgefangenschaft getrennter Familien unvermeidlich war. Im allgemeinen gelang es seit August 1946, Schleswig-Holstein bei der einem Verteilungsplan folgenden Zuwanderung von neuen Aufnahmeverpflichtungen zu befreien. Mit der Umsiedlung aus Schleswig-Holstein in weniger belastete und bessere Erwerbsaussichten bietende Länder wurde jedoch erst Jahre später begonnen.¹ Im Prinzip wurde diese Notwendigkeit schon gelegentlich der Konferenz der Ministerpräsidenten der Länder am 7. 6. 1946 in München anerkannt, wenn es auch dem schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Lüdemann nur gegen starken Widerstand gelang, diesen Punkt auf die Tagesordnung zu bringen. Auf Grund der Ergebnisse der Volkszählung vom Oktober 1946 konnten die Länderstatistiker im folgenden Winter fundierte Verhandlungen über die Grundlagen der notwendigen Neuverteilung führen. Eine Konferenz der Fachminister der Länder für das Flüchtlingswesen, die am 24./25. Juli 1947 in Bad Segeberg in Holstein stattfand, erkannte ausdrücklich die besondere Belastung Schleswig-Holsteins an und schlug außer der beschleunigten Rückführung der in Schleswig-Holstein lebenden Evakuierten einen Spitzenausgleich der Flüchtlingsbelastung unter den Ländern vor. In einer langen Reihe von Verhandlungen und in umfangreicher Korrespondenz wurden bis in das Jahr 1949 hinein wechselnde Vorschläge und Pläne gleichen Sinnes erörtert. Man versuchte in komplizierten Schlüsseln unter Berücksichtigung von Wohnraum, Steuerleistung, Fürsorgeempfängern, Arbeitslosen usw. einen gerechten Maßstab der Neuverteilung zu finden. So viel auch die Exaktheit der statistischen Unterlagen, insbesondere der Wohnraumzählung, gegenseitig angezweifelt wurde, so hätte dies alles doch an sich den Beginn der Umsiedlung nicht aufhalten können. Da die Bevölkerung von 1939 bis 1948 in Schleswig-Holstein um mehr als

¹ S. Dokumente im Anhang und in „Das deutsche Flüchtlingsproblem“, Sonderheft der Zeitschrift für Raumforschung, Bielefeld 1951.

70 vH, im Durchschnitt der Bizone aber nur um 22 vH zugenommen und in der französischen Zone sogar abgenommen hatte, war es jedem Einsichtigen klar, daß einige Hunderttausend umgesiedelt werden konnten, ohne daß irgendeine Gefahr bestand, in den Bereich der möglichen Fehlergrenzen der Schlüsselzahlen zu geraten. Die entscheidenden Hinderungsgründe lagen in der noch überall herrschenden wirtschaftlichen Stagnation, der nur im Grad verschiedenen allgemeinen Wohnraumknappheit und in dem Fehlen einer auf längere Sicht planenden zentralen Regierung. Es fehlte infolge der nur wenige Jahre zurückliegenden Katastrophe und der, wie es schien, auf dauernde Verelendung Deutschlands bedachten Siegerpolitik ganz allgemein an Selbstvertrauen. Bezeichnend dafür, wie gering die aufnahmefähigen Länder in den Verhandlungen jener Jahre ihre Tragkraft einschätzten, ist ein Brief des Ministers für Wiederaufbau in Nordrhein-Westfalen an das Kieler Aufbauministerium vom 2. 5. 1947, in dem es hieß:

„Bei dieser Sachlage ist es ausgeschlossen, daß zusätzlich zu den unerträglich hohen Flüchtlingskontingenten, die das Land ohnehin unterzubringen hat, Flüchtlinge aus anderen Ländern aufgenommen werden können. Eine Ausnahme kann nur insoweit gemacht werden, als für bestimmte Mangelberufe zusätzliche Arbeitskräfte aus anderen Gebieten benötigt werden...“

Diese und ähnliche Äußerungen erinnern an die Verhandlungen zwischen Auswanderungs- und Einwanderungsländern in der internationalen Wanderung der letzten Jahrzehnte, in denen es auf der einen Seite um Erleichterung des Bevölkerungsdrucks, auf der anderen um das „Rahmabschöpfen“ geht und die Möglichkeit einer gemeinsamen dynamischen Wohlstandsentwicklung nicht in Betracht gezogen wird. So fragte das Landesarbeitsamt Kiel am 12. 12. 1947 und später noch wiederholt bei der Landesregierung an, wie es sich gegenüber den Vermittlungswünschen der anderen Länder verhalten solle, die stets darauf hinzielten, F a c h k r ä f t e ohne Anhang aus Schleswig-Holstein abziehen. Am 26. 1. 1948 berichtete dasselbe Amt dem Kieler Arbeitsministerium, daß „wegen des Fachkräftemangels in Schleswig-Holstein“ die gewünschten Vermittlungen in andere Länder nicht in vollem Umfang durchführbar wären. Wie nicht anders zu erwarten, kehrte dies Thema in immer neuen Variationen in allen Umsiedlungsverhandlungen wieder.

Im November 1947 erklärten sich die Länder der Bizone bereit, zunächst je 5000 Flüchtlinge aus Schleswig-Holstein aufzunehmen (Hamburg 1000, Bremen 500). Einzelanweisungen waren von Kiel aus an die Kreise ergangen, eine Auswahlkommission aus Württemberg-Baden bereits eingetroffen, da erhob Anfang Februar 1948 General Clay als Gouverneur der amerikanischen Zone Einspruch und verhinderte damit die ganze Aktion. Auch dies Denken in Besatzungszonen, das die fran-

Tabelle 5
Einheimische Bevölkerung und Flüchtlinge in Schleswig-Holstein

Zeit Kreisfreie Städte und Kreise	Fortgeschrieb. Wohnbevölg. 1000	Zu oder Abnahme seit 1939		Einheimische Bevölkerung Zu- oder Abnahme seit 1939		Vertriebene, Flüchtlinge und Evakuierte	
		1000	vH	1000	vH	1000	vH d. Einheimisch.
1.1.1949	2689,1	+1080,1	+ 68	1489,2	— 6,3	1179,9	79,2
1.1.1950	2649,1	+1060,1	+ 67	1497,7	— 5,7	1151,4	76,9
1.1.1951	2558,3	+ 969,3	+ 61	1498,0	— 5,7	1080,3	70,8
1.1.1952	2486,8	+ 897,8	+ 57	1487,4	— 6,4	999,4	67,2
1.1.1953	2425,0	+ 836,0	+ 53	1480,5	— 6,8	944,4	63,8
1.1.1954	2344,7	+ 755,7	+ 48	1466,5	— 7,7	878,2	59,9
davon							
Flensburg	97,1	+ 26,2	+ 37	64,0	— 9,7	33,1	51,7
Kiel	289,5	— 14,3	— 5	201,1	—26,5	58,3	29,0
Lübeck	230,1	+ 75,3	+ 49	139,7	— 9,8	90,4	64,7
Neumünster	73,1	+ 19,0	+ 35	51,9	— 4,1	21,3	41,0
Kreisfreie Städte	659,8	+ 106,3	+ 19	456,7	—17,5	203,1	44,5
Eckernförde	72,8	+ 30,0	+ 70	41,0	— 4,1	31,8	77,4
Eiderstedt	21,9	+ 6,7	+ 45	15,0	— 1,2	6,9	46,3
Eutin	92,9	+ 41,4	+ 80	50,1	— 2,7	42,8	85,3
Flensburg-Land	66,2	+ 21,5	+ 48	43,5	— 2,7	22,7	52,2
Hzgt. Lauenburg	135,4	+ 62,6	+ 86	69,2	— 4,9	66,2	95,6
Husum	66,8	+ 19,3	+ 41	47,9	+ 1,0	18,9	39,4
Norderdithmarschen ..	65,1	+ 20,7	+ 47	41,4	— 6,6	23,7	57,1
Oldenburg	86,8	+ 33,9	+ 64	51,1	— 3,5	33,7	69,9
Pinneberg	190,2	+ 78,8	+ 71	109,2	— 2,1	81,0	74,2
Plön	111,3	+ 43,9	+ 65	71,7	+ 6,4	39,6	55,3
Rendsburg	162,7	+ 63,4	+ 64	104,0	+ 4,7	58,7	56,5
Schleswig	107,7	+ 30,1	+ 39	70,7	— 8,8	36,9	52,2
Segeberg	97,0	+ 43,3	+ 81	54,7	+ 1,9	42,3	77,4
Steinburg	131,2	+ 45,1	+ 52	75,6	—12,2	55,6	73,6
Stormarn	136,0	+ 68,2	+100	68,4	+ 0,8	67,6	98,8
Süderdithmarschen ..	80,9	+ 26,9	+ 50	52,6	— 2,5	28,2	53,6
Südtondern	60,1	+ 13,8	+ 30	43,6	— 5,8	16,5	37,8
Kreise	1684,9	+ 649,4	+ 63	1009,8	— 2,5	675,1	66,8

Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein.

zösische Zone bis 1949 sogar fast ganz ohne Zuzug von Vertriebenen und Flüchtlingen bleiben ließ, ist kennzeichnend für jene Jahre und macht es begreiflich, daß die außerordentliche Belastung Schleswig-Holsteins und das Elend der hier zusammengedrängten Vertriebenen solange fast ungemindert blieb, bis mit der Gründung der Bundesrepublik umfassendere Gesichtspunkte zur Geltung kommen konnten.

Der Versuch der schleswig-holsteinischen Regierung, wenigstens innerhalb der britischen Zone einen Spitzenausgleich zu erreichen, wurde durch eine Anordnung des britischen Militärgouverneurs von Anfang Juni 1948 unterstützt, in der die Länder Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen angewiesen wurden, binnen drei Monaten je 5000 Flüchtlinge aus Schleswig-Holstein aufzunehmen. Die daraufhin begonnene Umsiedlung nach Niedersachsen erwies sich als ein Fehlschlag. Von den 3—4000 Personen, die dorthin umgesiedelt wurden, kamen soviel Klagen (einige kehrten auch zurück), daß diese Aktion im Oktober 1948 wieder eingestellt wurde. Auch Nordrhein-Westfalen kam seiner Verpflichtung nur zum Teil nach und bat um Aufschub bis zu einem günstigeren Zeitpunkt.

Dem ständigen Drängen der schleswig-holsteinischen Regierung schlossen sich 1949 Niedersachsen und Bayern mit Energie an. Nachdem jetzt auch die französische Militärregierung Verständnis für einen Bevölkerungsausgleich zeigte, kam es am 4. 12. 1949 zu einer Rahmenvereinbarung über die Umsiedlung von 29 000 Arbeitskräften mit ihren Familien in die französische Zone. Davon sollte Schleswig-Holstein die Hälfte stellen. Am 8. 7. 1949 konnte der erste Transport aus Schleswig-Holstein nach Württemberg-Hohenzollern abgehen. Im September 1949 begann auch Südbaden mit der Aufnahme von Umsiedlern. Rheinland-Pfalz dagegen verweigerte seine Mitwirkung, solange nicht die Verteilung der mit der Aufnahme von Vertriebenen entstehenden finanziellen Lasten geregelt sei.

Die so begonnene Umsiedlung in die französische Zone wurde bald danach Bestandteil des ersten Umsiedlungsprogramms der Bundesregierung. Nach der Anfang 1950 im Bundesgesetzblatt verkündeten Verordnung vom 29. 11. 1949 waren bis zum 31. 12. 1950 insgesamt 300 000 Vertriebene, davon 150 000 aus Schleswig-Holstein umzusiedeln, dieselbe Zahl noch einmal nach dem Umsiedlungsgesetz vom 23. 9. 1952 und der Verordnung vom 26. 9. 1952 mit dem Termin 30. 6. 1953. Schließlich sah die Verordnung vom 13. 2. 1953 die Umsiedlung von weiteren 150 000 Vertriebenen vor, davon 65 000 aus Schleswig-Holstein, und zwar mit Vorrang solche aus Notwohnungen und Lagern. Im 2. Abschnitt dieser dritten Umsiedlungsaktion ist für Schleswig-Holstein eine Abgabebzahl von 57 000 vorgesehen. Damit würde sich die Gesamtzahl der Umzusiedelnden auf rund 422 000 belaufen. Trotz großer

Bemühungen der Abgabelländer wurde das Programm der ersten 150 000 Umsiedler nicht bis Ende 1950, sondern erst Ende 1952 erfüllt. Bis zum vorgeschriebenen Termin wurde zwar die Zahl zu 75 vH erreicht, aber darauf folgte ein starker Rückschlag, der zu großer Beunruhigung unter den Vertriebenen führte und Schleswig-Holstein zum Zentrum der *Treckbewegung* werden ließ, einer Selbsthilfeorganisation, die längere Zeit das öffentliche Interesse erregte und dazu beitrug, die Stockung schneller zu überwinden als es sonst wahrscheinlich der Fall gewesen wäre. Ursache des Rückschlags war der Mangel an Erfahrung, der 1950 zu manchen Fehlleitungen und Mißständen geführt hatte und die Weigerung der Aufnahmeländer, die Wohndichte in den vorhandenen Wohnungen durch Zwangseinweisung noch weiterhin der Dichte in den Abgabegebieten anzugleichen. Sie betonten, daß die Verhältnisse von 1951 nicht Eingriffe erlaubten wie die Lage in den ersten Nachkriegsjahren. Die Aufnahmeländer setzten sich durch und erreichten, daß sie Umsiedler nur noch in dem Maße aufzunehmen brauchten, wie ihnen hierfür Wohnungsbaumittel vom Bund zur Verfügung gestellt wurden. Bis sich dies neue Verfahren eingespielt hatte, mußten sich die Umsiedlungswilligen in Geduld üben. Vergeblich wies die schleswig-holsteinische Regierung auf die zunehmende Spannung im Lande wie auch auf die volkswirtschaftlichen Verluste hin, die dies abermalige Hinauszögern mit sich brachte.

Erst ab Mitte 1952 nahm die Zahl der Umgesiedelten wieder zu. 1953 wurde ein Ergebnis erreicht, das nicht viel hinter dem von 1950 zurückblieb, nunmehr aber unter Voraussetzungen, die Fehlleitungen weitgehend ausschlossen und das Risiko neuen Elends im Aufnahmegebiet für die Umsiedler sehr gering erscheinen ließen. In Schleswig-Holstein war durch gutes Zusammenwirken des Referats Umsiedlung im Kieler Sozialministerium mit den über das Land verteilten Transportgruppen und allen beteiligten Dienststellen ein immer besserer Ablauf der Transporte und des Verfahrens bei Einzelumsiedlung erzielt worden. Auch in die Vorbereitungen der Eingliederung in den Aufnahmegebieten waren Beauftragte der schleswig-holsteinischen Landesregierung mit gutem Erfolg eingeschaltet.

Schwierigkeiten bereiteten zunächst die Direktiven der von den Aufnahmeländern nach Schleswig-Holstein entsandten Auswahlkommissionen, in denen verständlicherweise das Interesse an leichter Vermittelbarkeit der Umsiedler auf dem Arbeitsmarkt dominierte. Dadurch wurden die sogenannten Halbfamilien und Sozialfälle nicht genügend berücksichtigt, von denen eine Arbeitsleistung nur zu erwarten war, wenn heranwachsende Kinder dazugehörten und auch dann oft erst nach Ablauf von Jahren. Wegen des Mangels an Ausbildungsplätzen in Schleswig-Holstein war die Umsiedlung solcher

Familien nicht nur unter dem Gesichtspunkt des Landesinteresses sondern auch unter dem der Nachwuchspflege für die Gesamtheit von großer Bedeutung. Erst allmählich gelang es, die Auswahl der Umsiedler dementsprechend zu beeinflussen. Auf Verlangen Schleswig-Holsteins wurde in der Verordnung der Bundesregierung vom 13. 2. 1953 bestimmt, daß bei der Auswahl der Umsiedler die Vertreter von Abgabe- und Aufnahmeland gleichberechtigt zusammenwirken sollten. In diesem Zeitpunkt war die Berücksichtigung der nicht mehr Arbeitsfähigen in der Auswahl der Umsiedler aber schon nicht mehr in dem Maße strittig wie in früheren Jahren. Eine Erhebung der Einkommensquellen von 2000 selbständigen Berufslosen unter den Umsiedlern hatte ergeben, daß sie ihr Einkommen zu 98,6 vH aus Bundeskassen bezogen und nur zu 1,4 vH aus Landesmitteln. Die finanzielle Seite der Umsiedlung stellte sich, nachdem die Kriegsfolgenlasten größtenteils durch den Bund übernommen waren und der Aufnahme von Umsiedlern die Bewilligung zusätzlicher Wohnungsbau Mittel voranging, für Abgabe- und Aufnahmeländer völlig anders dar als in den Verhandlungen früherer Jahre.

Insgesamt ließ es sich nicht vermeiden, daß Umsiedlung und freie Abwanderung zu einer qualitativen Aushöhlung des Arbeitspotentials in Schleswig-Holstein führten und das Verhältnis von Leistungskraft und Soziallast zu verschlechtern drohten. Klagen hierüber und über die mit der Bevölkerungsabgabe verbundene Schrumpfung der Absatzmöglichkeiten bewogen die Landesregierung jedoch nicht, ihren Kurs zu ändern. Sie entschied sich z. B. Anfang 1954 anlässlich der Vorberatung des 2. Abschnittes des 3. Umsiedlungsprogramms ausdrücklich dafür, bei den Verhandlungen in Bonn weiterhin auf einem möglichst hohen Anteil Schleswig-Holsteins an der gesamten geplanten Umsiedlung zu bestehen. Diese Entscheidung war nicht zuletzt bestimmt durch den Willen der Vertriebenen, der durch eine Repräsentativerhebung ermittelt war und sich auch in der Zahl der Anträge auf Umsiedlung ausdrückt.

Eine im April 1953 vom Statistischen Landesamt vorgenommene repräsentative Befragung² von 3100 Haushaltungsvorständen (10 000 Personen) vertriebener Familien hatte ergeben, daß

38 vH die Umsiedlung wünschten

49 vH nie an Umsiedlung gedacht hatten

13 vH den Wunsch umzusiedeln aufgegeben hatten.

Durch fortschreitende Eingliederung und Umsiedlung hat sich seither die Zahl der Umsiedlungswilligen vermindert, aber Mitte 1954 betraf die Gesamtzahl der unerledigten Anträge rund 150 000 Personen, der

² G. Horn und G. Muske, Die Umsiedlungswilligkeit der Heimatvertriebenen, Statist. Monatshefte Schleswig-Holstein, 6. Jg., 1954, H. 1, S. 2 ff.

monatliche Neuzugang von Anträgen rund 2500. Dem stand im Sommer 1954 ein durchschnittlicher monatlicher Abgang von 3500 Umgesiedelten gegenüber.

Unter den bisher nicht berücksichtigten Bewerbern befindet sich ein hoher Anteil von Einzelpersonen und 2-Personen-Familien, die u. a. wegen der in der Regel für 4 Personen vorgesehenen Wohnungen zurückgestellt wurden. Ferner sind darunter viele Anträge, die von den Auswahlkommissionen aus anderen Gründen immer wieder abgelehnt wurden. Da das Bundesvertriebenengesetz jedem Vertriebenen das Recht auf Umsiedlung zugesprochen hat und nur der Befund objektiv befriedigender wirtschaftlicher Eingliederung (eine Ermessensentscheidung) dazu berechtigt, einen Antrag definitiv abzulehnen, ist damit zu rechnen, daß noch eine große Zahl der Bewerber aus dem Restbestand die Umsiedlung erreichen werden. Damit wäre dann vermutlich eine gewisse Kompensation der vorhergegangenen Auslese verbunden.

Die Regierung Schleswig-Holsteins erwägt, über die bisherigen Programme hinaus, die für das Land Rechtsgrundlagen zur Umsiedlung von insgesamt 422 500 Vertriebenen beinhalten, weitere Umsiedlungsmaßnahmen des Bundes zugunsten bestimmter im Land nicht befriedigend einzugliedernder Vertriebenengruppen zu fordern. Sie hat sich außerdem wiederholt für die unbeschränkte praktische Geltung des Grundrechtes der Freizügigkeit ausgesprochen. Demnach ist anzunehmen, daß Schleswig-Holstein noch längere Zeit in erheblichem Umfang Bevölkerung abgeben wird. Zwar sind die Hemmnisse der Mobilität nicht zu übersehen: mit den Jahren der Gewöhnung, mit den Altersjahren und mit fortschreitender wirtschaftlicher Eingliederung nimmt die Neigung zu wandern ab. Auf der andern Seite dürften die durchschnittlichen Entwicklungsmöglichkeiten in einigen Ländern des Bundesgebiets und des Auslands für absehbare Zeit günstiger bleiben als in Schleswig-Holstein und besonders die jüngeren Jahrgänge mit relativ hohen Anteilen von hier abwandern lassen.

3. Maßnahmen zur Eingliederung

Die von den Militärbehörden vorgenommene Einschleusung des Stroms der Vertriebenen und Flüchtlinge folgte in den Jahren 1945/46 keinem Plan auf lange Sicht, sondern war nur auf vorläufige Unterbringung und Versorgung bedacht. Ebenso erschöpften sich in diesen Jahren auch die Bemühungen der Dienststellen des Landes auf allen Stufen darin, mit den dringendsten Nöten des Tages fertig zu werden. Es ging um Transporte, Lagereinrichtung, Verpflegung, Zwangseinquartierung, Beschaffung der notwendigsten Möbel, Decken, Kleider,

Auszahlung von Unterstützungen, Lebensmittelkarten, kurz um Fürsorge für die provisorische Erhaltung der Existenz.

Eine bemerkenswerte zentrale Initiative war die durch Erlaß des Oberpräsidenten im Frühjahr 1946 angeordnete Kleingartenaktion, durch die noch rechtzeitig zur Bestellung zusätzlich 70 000 Gartenstücke für Vertriebene und Flüchtlinge bereitgestellt wurden. Von dem Rechtsmittel der Zwangsanpachtung wurde dabei ausgiebig Gebrauch gemacht, doch wäre ein solcher Erfolg nicht in so kurzer Zeit zu erreichen gewesen, wenn die Aktion nicht auch viel Verständnis bei den Bürgermeistern und Landbesitzern gefunden hätte. Die Gesamtzahl der Kleingärten in Schleswig-Holstein stieg von 87 612 im Mai 1945 auf 315 740 im Januar 1950.

Bei den genannten Maßnahmen waren das Reichsleistungsgesetz und die Kleingartenordnung als Rechtsbasis ausreichend. Für die Fragen der Arbeitslenkung bestand das Kontrollratsgesetz Nr. 3 und für die der Wohnraumbewirtschaftung kam 1947 das Kontrollratsgesetz Nr. 18 hinzu. Darüber hinaus erwiesen sich besondere Rechtsgrundlagen zur Regelung der Verhältnisse, die durch Vertreibung und Flucht entstanden waren, bald als unentbehrlich. Es war oft schwer zu entscheiden, wer z. B. berechtigt war, Vergünstigungen oder Befreiung bei Gebühren, Fahrpreisen, Schulgeld, in Anspruch zu nehmen, die, wie es in den Erlassen der Regierung in diesen Jahren hieß, „Flüchtlingen“ nach Möglichkeit zu gewähren waren. Der begünstigte Personenkreis war nicht genau definiert. Ein anderes Problem war das der Anerkennung von Prüfungen und Diplomen, der Zulassung zu lizenzpflichtigen Berufen, der Berücksichtigung von Versorgungsrechten. Es ergab sich eine große Zahl derartiger Fragen, die nicht durch allgemeine Verwaltungsmaßnahmen auf der Grundlage des überkommenen Rechts gelöst werden konnten.

Zuständig war zunächst das Sozialreferat im Ministerium für Volkswohlfahrt. Auf der Segeberger Konferenz der deutschen Flüchtlingsverwaltungen im Juli 1947 war Schleswig-Holstein noch nicht durch einen besonderen Beauftragten für das Flüchtlingswesen vertreten. Am 20. 11. 1947 wurde die Bewältigung des Flüchtlingsproblems als zentrale Aufgabe dem neugebildeten Ministerium für Umsiedlung und Aufbau übertragen. Mit diesem Namen war das *Leitmotiv* für die folgenden Jahre gegeben: Umsiedlung des Bevölkerungsüberschusses in andere Länder, Neuverteilung auch innerhalb des Landes, planmäßiger Wiederaufbau und soweit möglich Ausbau der wirtschaftlichen Basis, dadurch produktive Eingliederung. In den Mittelpunkt der Bemühungen rückten nunmehr die Aufgaben, die durch die Namen der vier Abteilungen des Ministeriums bezeichnet wurden: Landesplanung, Bauwesen, Wohnungswesen, Umsiedlung.

Am 27. 11. 1947 beschloß der Landtag das „Gesetz zur Behebung der Flüchtlingsnot“. Durch § 15 des Gesetzes wurde der Minister für Umsiedlung und Aufbau mit seiner Ausführung betraut. Durch § 13 wurde ihm ein vom Landtag zu wählender Flüchtlingsausschuß zur Seite gestellt, der in allen einschlägigen Fragen von den zuständigen Landesministern anzuhören war. Gemäß § 11 des Gesetzes wurden Flüchtlingsbeauftragte bei allen Ministerien bestellt mit der Aufgabe, für die Beteiligung des Ministeriums für Umsiedlung und Aufbau in allen Flüchtlingsfragen Sorge zu tragen. Entsprechend der Organisation in der Landesregierung wurden auch in den Kreisen und Gemeinden Flüchtlingsausschüsse gewählt und auf deren Vorschlag dem jeweils leitenden Beamten unterstellte Beauftragte ernannt. Nach § 10 des Gesetzes hatten die Gemeinden und Kreise Beratungsstellen für Flüchtlinge einzurichten. Das Gesetz definierte den zu betreuenden Personenkreis und ordnete die Ausgabe von Flüchtlingsausweisen an. Es gab schließlich Rahmenbestimmungen für Unterbringung und soziale Leistung und für die wirtschaftliche Eingliederung auf der Grundlage der prinzipiellen Gleichberechtigung von Flüchtlingen und Einheimischen. Die zu diesem Gesetz erlassenen Ausführungsverordnungen nahmen viele Bestimmungen des späteren Bundesvertriebenengesetzes vorweg. So hieß es in Artikel 5 der Verordnung vom 9. 4. 1948:

„Solange nicht in sämtlichen Berufszweigen das Verhältnis zwischen Flüchtlingen und Einheimischen dem Verhältnis der Gesamtbevölkerung... entspricht, sind bei Vorliegen gleicher fachlicher Eignung neue oder neu zu besetzende Arbeitsplätze der privaten oder öffentlichen Wirtschaft, der Behörden und der öffentlich rechtlichen Körperschaften bevorzugt durch Flüchtlinge zu besetzen.“

Bei der Zulassung von Betrieben und freiberuflich Tätigen war nach derselben Verordnung „zu berücksichtigen, daß die Gesamtzahl der zuzulassenden Betriebe dem Bevölkerungszuwachs . . . des in Frage kommenden Bezirks entspricht“. Nach Artikel 9 der Verordnung vom 9. 4. 1948 soll die Betreuung enden

„Wenn der Flüchtling eine seiner Ausbildung angemessene Tätigkeit gefunden hat und das Einkommen aus dieser zur Deckung des Unterhalts für ihn, seine Familie und andere unterhaltsberechtigzte Dritte ausreicht.“

Am 4. 2. 1948 verabschiedete der Landtag das Gesetz über die Bereitstellung von Mitteln zur Eingliederung von Flüchtlingen in die schleswig-holsteinische Wirtschaft (Wirtschaftsfonds für Flüchtlinge).³ In der Begründung wird gesagt, daß die Gleichberechtigung der Flüchtlinge nur verwirklicht werden könne, wenn ihre Bemühungen um den Aufbau oder Ausbau von Betrieben durch Darlehen, Zuschüsse, Zinsverbilligungen, Bürgschaftsübernahme usw. gefördert würden. Zur Entscheidung über die Verwendung dieses aus

³ Dazu Ausführungsverordnung vom 28. 4. 1949.

öffentlichen Mitteln zu bildenden Fonds wurde ein besonderer Ausschuß gebildet, seine Geschäftsführung treuhänderisch der Landesbank und Girozentrale übergeben. Durch Erlaß der Landesregierung vom 5. 12. 1949 wurde angeordnet, daß Flüchtlingsunternehmen bei Vergabe von öffentlichen Aufträgen anteilmäßig zu berücksichtigen seien.

Der Wirtschaftsfonds für Flüchtlinge ist eine Einrichtung, die sich in dieser Art in keinem anderen Bundesland findet. Er unterstützt mit verbilligten Krediten außerdem Vertriebene und Flüchtlinge aus der Sowjetzone und Berlin sowie Kriegssachgeschädigte und Spätheimkehrer. Die Höhe der Kredite soll in der Regel 20 000 DM nicht übersteigen. In Ausnahmefällen können bis zu 35 000 DM gewährt werden. Der Fonds wird gespeist aus Haushaltsmitteln des Landes, aus Sondermitteln des Spätheimkehrerfonds sowie aus Bundesmitteln. Dem Wirtschaftsfonds wurde 1950 die Geschäftsführung des Landeskreditausschusses angegliedert und damit die verantwortliche Verteilung der ERP-Kredite für Vertriebene (Obergrenze 100 000 DM) und der Betriebsmittelkredite (Obergrenze 50 000 DM) auf Grund der Ausfallbürgschaft der Lastenausgleichsbank. In diesem Zusammenhang ist weiter die Gründung der Wirtschaftsaufbaukasse Schleswig-Holstein AG (auf Grund des Landtagsbeschlusses vom 29. 4. 1949) und der Landesgarantiekasse GmbH (auf Grund des Landtagsbeschlusses vom 28. 3. 1949) zu erwähnen. In beiden Instituten ist das Land als Hauptaktionär bzw. Gesellschafter führend beteiligt. In gewissem Umfang dienen auch sie der Eingliederung der Vertriebenenwirtschaft. Aus den Geschäftsberichten, besonders des Wirtschaftsfonds, ist zu entnehmen, mit welchen Schwierigkeiten die Mittel beschafft wurden, mit wieviel größeren Problemen ihre Verteilung belastet ist und welchen außerordentlichen Umfang die Arbeit hat, die hier für die Eingliederung geleistet wird.⁴

Das Gesetz zur Behebung der Flüchtlingsnot ist mit nur geringfügigen Änderungen wiederholt verlängert worden. Am 22. 1. 1952 wurde es durch das „Gesetz zur Eingliederung der Vertriebenen und der ihnen gleichgestellten Personen“ abgelöst, das auch eine Reihe inzwischen ergangener Verordnungen in sich aufnahm. Den Vertriebenen gleichgestellte Personen sind danach Sowjetzonenflüchtlinge, verdrängte Personen, Evakuierte und Kriegssachgeschädigte. Diese Begriffe sind in Anlehnung an das Bundesrecht ausführlich definiert. Auch in allen übrigen Bestimmungen verwertet das Gesetz die Erfahrungen in der Rechtsentwicklung der Länder und des Bundes, ohne jedoch in der sachlichen Zielsetzung erheblich über das schon 1947

⁴ Vgl. hierzu die gute Übersicht bei Korte, Krediteinrichtungen für Heimatvertriebene in Schleswig-Holstein, „Der Flüchtlingsberater“, März 1953, S. 72 ff.

Erstrebte hinauszugehen. Der Minister für Arbeit, Soziales und Vertriebene wird mit der Durchführung des Gesetzes beauftragt und erhält hierfür Aufsichts- und Weisungsbefugnis gegenüber Kreisen und Gemeinden.

Im übrigen waren die wichtigsten Fragen des Rechtes der Vertriebenen und Flüchtlinge seit 1949 durch Gesetze des Vereinigten Wirtschaftsgebietes und des Bundes entschieden worden. Es sei hier erinnert an das Gesetz zur Milderung dringender sozialer Notstände (Soforthilfengesetz) vom 8. 8. 1949, das Gesetz zur Eingliederung von Vertriebenen in die Landwirtschaft (Flüchtlingssiedlungsgesetz) vom 10. 8. 1949, das Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse von Personen, die am 8. 5. 1945 in öffentlichen Diensten standen, vom 11. 5. 1951, die Einkommensteuergesetze mit ihren Vergünstigungen, das Gesetz über den Lastenausgleich vom 14. 8. 1952 und das Bundesvertriebenengesetz vom 22. 5. 1953. Hierzu kam das schleswig-holsteinische „Gesetz zur Ergänzung bundesrechtlicher Bestimmungen über die Angelegenheiten der Vertriebenen, Flüchtlinge und Kriegsbeschädigten“ vom 28. 4. 1954, das nicht nur ein Durchführungsgesetz zu den Bundesgesetzen ist, sondern auch die in früheren Landesgesetzen begründeten Eigenheiten der schleswig-holsteinischen Sozialpolitik wahrt und weiterentwickelt.

Im schleswig-holsteinischen Ministerium für Arbeit, Soziales und Vertriebene konzentrierte sich die Eingliederungsarbeit im Sinne der genannten Gesetze, die sich im einzelnen in einer Fülle von Maßnahmen und Erfolgszahlen darstellt, wobei es allerdings oft unmöglich ist, die für Vertriebene und Flüchtlinge aufgewandte Fürsorge und Hilfe gesondert zu betrachten. In diesem Zusammenhang sei besonders die Aktivität des Ministeriums auf dem Gebiete des Wohnungsbaus und der Wohnungsverteilung erwähnt. Der jährliche Reinzugang an Wohnungen betrug in Schleswig-Holstein im Durchschnitt der Jahre 1936/39 rund 7600, 1951/53 dagegen fast 20 000. Dem überwiegenden Anteil öffentlicher Mittel an der Finanzierung dieser außerordentlichen Bauleistung entsprach der Einfluß der Behörden auf die regionale und persönliche Verteilung der Wohnungen. Er wurde weitgehend für den Ausgleich des Wohnstandards zwischen Einheimischen und Vertriebenen eingesetzt, wobei das durchschnittlich besonders geringe Einkommen der Vertriebenen und Flüchtlinge, aber auch vieler durch den Krieg geschädigter und aus der Bahn geworfener Einheimischer dazu nötigte, den öffentlichen Beitrag zur Finanzierung der Neubauwohnungen sehr hoch anzusetzen. Die wirtschaftliche Schwäche der Entwurzelten erwies sich als besonders hinderlich bei den Bemühungen um die Räumung der Baracken. Es bedurfte einer besonderen Verordnung, um die weitere Einweisung in die Barackenlager zu unterbinden und ihr allmähliches Verschwinden einzuleiten. In der Zeit vom

30. 9. 1950 bis zum 1. 4. 1954 wurde die Zahl der Lager von 786 auf 497 und die ihrer Bewohner von 124 000 auf 68 000 reduziert.

Weitere Einzelmaßnahmen zur Eingliederung werden in den folgenden Kapiteln berührt werden. Sie folgten im wesentlichen dem Grundgedanken des Bundes- wie des Landesrechts, allen Erwerbstätigen im Wettbewerb faire Ausgangsbedingungen und den nicht mehr oder noch nicht erwerbsfähigen Entwurzelten besondere Fürsorge zu sichern. Das Grundgesetz der Bundesrepublik hatte allen Deutschen gleiche Rechte und Pflichten zugesprochen und einen Ausgleich der kriegsbedingten Lasten auch zwischen den Ländern in Aussicht gestellt. Für Schleswig-Holstein wurde unmittelbar von größter Bedeutung der Artikel 119 des Grundgesetzes, durch den die Bundesregierung die Möglichkeit erhielt, den lange verschleppten Bevölkerungsausgleich zwischen den Ländern sofort in großem Ausmaß einzuleiten.

4. Der langfristige Entwicklungsplan

Um in der Frage, welches Maß von Abwanderung aus Schleswig-Holstein erwünscht sei, zu einem Urteil zu gelangen, bedurfte es einer Berechnung der möglichen Entwicklung seiner wirtschaftlichen Tragkraft und eines darauf basierenden Eingliederungsplans. Diese Arbeit leistete das auf Anordnung der britischen Behörde vom 2. 3. 1946 durch Erlass der Landesregierung vom 2. 10. 1946 ins Leben gerufene Landesplanungsamt.⁵ Untersuchungen dieser Dienststelle lagen schon der Segeberger Konferenz der Flüchtlingsverwaltungen im Juli 1947 vor.

Bisher hatte sich die Landesregierung in ihren Verhandlungen über den Bevölkerungsausgleich einer recht groben Berechnungsmethode bedient. So war z. B. die in dem Antrag Schleswig-Holsteins auf der Länderkonferenz der Britischen Zone vom 22. 11. 1947 als notwendig bezeichnete Entlastung des Landes um 850 000 Personen (s. Anlage Dok. 1) einfach dadurch errechnet worden, daß man das damals im Durchschnitt der Westzonen gegenüber 1939 gegebene Zuwachismaß der Bevölkerung (17,5 vH) auf Schleswig-Holstein anwandte. Als „Soll“-Bevölkerung für Schleswig-Holstein ergab sich dann die Zahl 1,85 Mill., als Differenz zur damals „versorgten“ Bevölkerung von 2,7 Mill. ein Überschuß von 850 000. Ähnliche Zahlen ergaben sich später noch einmal in einer Untersuchung des Instituts für Raumforschung,⁶ hier allerdings auf Grund sehr eingehender Prüfung der wirtschaftlichen Tragfähigkeit in den einzelnen Wirtschaftszweigen der Länder. Schleswig-

⁵ Die preußische Provinz Schleswig-Holstein war durch Verordnung der Militärregierung mit Wirkung vom 23. August 1946 zum „Land“ erklärt worden.

⁶ Grundgedanken zu einem Bevölkerungsausgleich in der Bundesrepublik Deutschland. Bonn 1950.

Holstein konnte danach eine Bevölkerung von 1,87 Mill. tragen. Gegen die Methode des Instituts für Raumforschung ist eingewandt worden, daß sie die in der Außenwirtschaft liegenden Möglichkeiten zu wenig berücksichtige und außerdem zu global sei. Was den zweiten Einwand betrifft, so ist zu beachten, daß für Schleswig-Holstein seitens des Landesplanungsamts bereits 1948 sehr detaillierte Berechnungen vorgelegt worden waren, die eine Tragfähigkeit von 2,1 Mill. als möglich erscheinen ließen. Dabei waren unter Würdigung aller besonderen Verhältnisse für die einzelnen Kreise die Entwicklungsmöglichkeiten von Wirtschaft und Bevölkerung geschätzt worden. Für das Land hatten sich durch Addition der Kreisergebnisse folgende Planzahlen ergeben (die Zählungsergebnisse von 1939, 1946 und 1950 und eine Schätzung für Mitte 1954 sind zum Vergleich hinzugefügt):

Tabelle 6
**Die Bevölkerung Schleswig-Holsteins nach Wirtschaftsbereichen
in Plan und Wirklichkeit**
1939, 1946—1954

Jahr	Einheit	Land- wirtschaft	Industrie und Handwerk	Handel und Verkehr	Dienste	Selbst. Berufslose	Ins- gesamt
1939	1000	321	492	249	276	201	1539
	v H	20,8	32,1	16,1	17,9	13,1	100,0
1946	1000	443	636	308	338	850	2575
	v H	17,2	24,6	12,0	13,1	33,0	100,0
Plan von 1948	1000	387	805	349	329	269	2139
	v H	17,9	37,7	16,3	15,6	12,5	100,0
1950	1000	405	820 ^a	385	419	566	2595
	v H	15,6	31,6	14,8	16,1	21,8	100,0
1954 ^b	1000	346	737	414	379	449	2325
	v H	14,9	31,7	17,8	16,3	19,3	100,0

^a Einschließlich 65 000 Personen ohne Angabe der Wirtschaftsabteilung. —

^b Geschätzt für Mitte des Jahres.

Quelle: Aufbau im Flüchtlingsland, Kiel 1948, S. 12, sowie Veröffentlichungen und Angaben des Statistischen Landesamts Schleswig-Holstein.

Schon die Ergebnisse der Zählung von 1950 lassen erkennen, daß der Plan die Tendenz zur Verminderung des Arbeitsbesatzes in der Landwirtschaft und Ausbreitung der tertiären Wirtschaftssektoren (Verteilung, Dienste) zu wenig berücksichtigt und außerdem die in der Entwurzelung und der Sozialgesetzgebung begründete Stabilität des Anteils der Rentenbevölkerung unterschätzt hatte, der durch Umsiedlung nur relativ wenig verändert werden konnte. Die Landesregierung machte sich jedoch diese Planzahlen zu eigen und unterstellt seit-

her,⁷ daß für eine Bevölkerung von 2,15 Millionen, und das heißt für einen Zuwachs von rund 35 vH gegenüber 1939, bei ausreichender Hilfe des Bundes bzw. des Auslands eine dauerhafte Existenz in Schleswig-Holstein gesichert werden könne (Zuwachs im Bundesdurchschnitt bis Mitte 1954: 25 vH). Alle langfristigen Kalkulationen, insbesondere die Bauplanung, basieren seit Jahren auf diesen Zahlen, wobei sich allerdings im einzelnen manche Modifikationen als notwendig erwiesen. Für das gesamte Programm der gelenkten Umsiedlung in andere Länder und der Umsetzung in Schleswig-Holstein selbst war es unerlässlich, eine solche Planungsunterlage zu besitzen. Aus der Kenntnis der Verhältnisse in den einzelnen Gemeinden und Kreisen ergab sich im Planungsamt eine Gliederung des Landes in E r g ä n z u n g s -, U m b a u - u n d N e u b a u g e b i e t e.⁸ Dementsprechend war man bemüht, die Intensität der staatlichen Eingriffe durch Umsiedlungsmaßnahmen, öffentlich gelenkten Wohnungsbau, Industriekredite, Verkehrsbauten, Agrarreform, wasserbauliche Arbeiten usw. abzustufen. Aus dem hohen Anteil des Staates an den Anlageinvestitionen in Schleswig-Holstein (1952/53 40—45 vH) geht hervor, wie groß die Lenkungsmacht und -verantwortung war, die tatsächlich den Behörden zufiel.

In den Ergänzungsgebieten, wie dem größten Teil Schleswigs, der Dithmarscher Geest, dem Untereiderraum und Teilen des südöstlichen Holstein war vorgesehen, die durch die Zwangswanderung entstandene Bevölkerungsdichte besonders stark zu reduzieren. Hier erschienen nur geringe Veränderungen der wirtschaftlichen und sozialen Struktur möglich, z. B. durch allgemeine Maßnahmen zur Intensivierung der Landwirtschaft, durch Förderung geeigneter zentraler Orte, Belegung des lokalen Gewerbes, regional begrenzte Verkehrsverbesserungen. Größere Eingriffe waren vorgesehen in den Umbaugebieten (an Hamburg grenzende Kreise, holsteinischer Zentralraum, Gutslandschaften des östlichen Küstengebiets). Hier wurde durch Förderung neuer oder Ausbau alter Industriestandorte, großzügige Verkehrsbauten und Änderung der landwirtschaftlichen Betriebsgrößenstruktur eine starke Erhöhung der Bevölkerungsdichte im Vergleich zur Vorkriegszeit angestrebt. In Orten wie Kiel, Eckernförde und Geesthacht, deren Wirtschaft durch den Fortfall der Rüstungsindustrie einschneidend betroffen war, waren ganz neue Wirtschaftsgrundlagen zu schaffen und schließlich in den Fremdenverkehrsgebieten (Ost- und Nordseebäder, holsteinische Schweiz) der Hotel- und Wohnraum bevorzugt freizumachen oder neu zu bauen.

⁷ Vgl. z. B.: Schleswig-Holstein, Land im Aufbau, hrsg. von der Landesregierung Schleswig-Holstein, Kiel, Juli 1954.

⁸ S. Landesplanung in Schleswig-Holstein, 2. Auflage, Kiel 1951.

Diesen allgemeinen Richtlinien folgend war und ist die Aktivität der Landesregierung darauf gerichtet, durch folgende Maßnahmen die Tragfähigkeit zu verbessern: Ausbau des Nah- und Fernverkehrs, insbesondere der großen Straßen und Schienenwege, die das Land mit dem Industriekern Westdeutschlands verbinden; Erweiterung der Versorgungsbetriebe; Intensivierung der landwirtschaftlichen Leistung bezogen auf Fläche und Beschäftigte; wasserwirtschaftliche und Windschutzmaßnahmen, Gewinnung neuen Marschlandes, Verbesserung der Böden durch Kultivierung von Ödland; Ausbau des Beratungsdienstes und des landwirtschaftlichen Schulwesens; vor allem aber die Förderung von Industrie und Gewerbe. Der letzte Programmpunkt wurde auf deutscher Seite allgemein als zentral betrachtet, so sehr, daß die in den alten Industrielandschaften Deutschlands übliche Bezeichnung Schleswig-Holsteins als Agrargebiet von Vertretern der Landesregierung häufig mit großem Nachdruck zurückgewiesen wurde. Darin zeigt sich der durch den starken Bevölkerungszustrom hervorgerufene Wandel der Landesplanung und Wirtschaftspolitik besonders deutlich. Es erscheint angebracht, in diesem Zusammenhang zu zitieren, was eine maßgebliche Persönlichkeit 1941 hierüber zu sagen hatte. „Schleswig-Holstein“, so hieß es in einem Vortrag⁹ des damaligen Landeshauptmanns Dr. Schow, „hat immer einen überwiegend bäuerlichen Charakter gehabt. Es soll ihn behalten. Fabriken und Betriebe mit Hunderten oder gar Tausenden von Gefolgschaftsmitgliedern haben in unserem Raum keinen Anspruch auf Land.“ Unter dem Bevölkerungsdruck der Nachkriegszeit hat Schleswig-Holstein den gewerblichen Betrieben nicht nur Gelände zur Verfügung gestellt, sondern ihre Ausbreitung durch steuerliche Vorteile, günstige Kredite, Frachtsondertarife und Verkehrserschließung auf jede Weise zu fördern gesucht. Das Land wird infolgedessen in weiten Teilen mehr und mehr zu einem agrarisch-gewerblichen Mischgebiet. In welchem Umfang Schleswig-Holstein die zusätzliche Bevölkerung eingliedern kann, hängt in erster Linie davon ab, wie diese Entwicklung fortschreitet.

Überall wo in jüngster Zeit Grenzen der industriellen Expansion sichtbar zu werden schienen, richteten sich wiederum gewisse Hoffnungen auf die Verlegung militärischer Einheiten und Aufträge nach Schleswig-Holstein. Auf der andern Seite mehrten sich die Stimmen, die auf die wechselseitige Bedingtheit von Landwirtschaft, handwerklich-industrieller Güterproduktion und Dienstleistungsgewerben hinwiesen und dafür eintraten, als Ausgangsbasis weiterer Wohlstandssteigerung mehr als bisher die Landwirtschaft zu entwickeln.

⁹ Zitiert nach „Kieler Neueste Nachrichten“ vom 2. 12. 1941.

Zweites Kapitel

Veränderungen der Bevölkerungsverhältnisse unter dem Einfluß der Zu- und Abwanderung

1. Wanderung und natürliche Bevölkerungsbewegung

Im Unterschied zu früheren Perioden der schleswig-holsteinischen Bevölkerungsentwicklung, die durch hohe Geburtenüberschüsse und eine überwiegend negative Wanderungsbilanz gekennzeichnet waren (s. Tabelle 1), war der natürliche Bevölkerungszuwachs in den ersten Nachkriegsjahren geringfügig, die Zunahme durch Wanderung dagegen von einem Ausmaß, das auf alle Verhältnisse revolutionierend wirken mußte.

Tabelle 7
Die Bevölkerungsentwicklung in Schleswig-Holstein
1946—1954
(1000)

Zeit	Bevölkerung	Zu- oder Abnahme (—) gegenüber dem Vorjahr	davon	
			Geburten- überschuß	Wanderungssaldo
29. 10. 1946	2573,2	.	.	.
1. 1. 1947	2589,5	16,3	1,5	12,9
1. 1. 1948	2634,7	45,2	13,7	31,5
1. 1. 1949	2669,1	34,4	20,6	13,8
1. 1. 1950	2649,1	— 20,0	20,6	— 40,6
1. 1. 1951	2558,3	— 90,8	16,7	— 107,5
1. 1. 1952	2486,8	— 71,5	12,7	— 84,2
1. 1. 1953	2425,0	— 61,8	11,3	— 73,1
1. 1. 1954	2344,7	— 80,3	9,7	— 90,0
1950—1953	—	— 324,4	71,0	— 395,4

Quelle: Berechnet nach den Ergebnissen der Volkszählung vom 29. 10. 1946 und den auf Grund der Volkszählung vom 13. 9. 1950 bereinigten Bevölkerungszahlen (einschließlich Lagerinsassen, aber ohne DP-Lager).

Seit 1949 begannen in der Wanderungsbilanz des Landes die Fortzüge zahlreicher zu werden als die Neuzugänge. Wiederum, wenn auch

jetzt in anderem Sinne, wurden im Unterschied zu normalen Entwicklungen alle Bevölkerungsrelationen vom Wanderungseffekt eingreifend beeinflußt.

Tabelle 8
Die Wanderung über die Grenzen Schleswig-Holsteins
1949—1953

	1949	1950	1951	1952	1953
Zugezogene	67 402	63 879 ^a	53 696	53 510	55 477
darunter Vertriebene .	.	26 071	20 193	19 610	18 712
Fortgezogene	106 643	171 404	137 880	126 629	145 457
darunter Vertriebene .	.	115 947	79 873	71 837	84 396
Wanderungsgewinn oder -verlust	— 39 241	—107 525	—84 184	—73 119	—89 980
darunter Vertriebene .	.	— 89 876	—59 680	—52 227	—65 684
übrige Bevölkerung ..	.	— 17 649	—24 504	—20 892	—24 296

^a Einschließlich rund 8000 aus ehemaligen DP-Lagern in deutsche Verwaltung übernommener Ausländer.

Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein.

Das Wohlstandsgefälle zwischen anderen Ländern der Bundesrepublik und Schleswig-Holstein war so stark geworden, daß auch die einheimische Bevölkerung in erheblich größerer Zahl abwanderte als im Durchschnitt früherer Jahrzehnte (vgl. Tabelle 1). So betrug der Wanderungsverlust der Nichtvertriebenen 1950—1953 im Mittel etwa 22 000 pro Jahr.

Der starken Abwanderung aus Schleswig-Holstein stand ein relativ geringer Geburtenüberschuß gegenüber. Er war weit mehr als ihrem Bevölkerungsanteil entsprochen hätte von den Vertriebenen bestimmt, die z. B. 1951 und 1952 einen auch absolut höheren Geburtenüberschuß hatten als die gesamte übrige Bevölkerung (s. Anhang-tabelle II). Da auch weiterhin ein dominierender Einfluß der Wanderung zu erwarten ist, muß auf Vorberechnungen der Bevölkerung und des Arbeitspotentials verzichtet werden. Die Analyse der Veränderungen, die in den letzten Jahren festzustellen waren, wird jedoch schon gewisse Tendenzen erkennen lassen, aus denen auf die künftige Verteilung und Gliederung der Bevölkerung geschlossen werden kann.

2. Veränderungen in Kreisen und Gemeinden

Obwohl alle Verhältnisse stark im Fluß sind, muß die letzte große Gesamtübersicht, wie sie in den Ergebnissen der Volkszählung vom 13.9.1950 vorliegt, vielen Aussagen zugrundegelegt werden. Damals waren 62 vH der Bevölkerung Einheimische, 33 vH Vertriebene und 5 vH Zugewanderte aus der sowjetischen Besatzungszone und Berlin.

Seitdem hat sich die Zahl der Einheimischen absolut zwar etwas vermindert, ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung ist aber ständig im Wachsen (s. Tabelle 5).

Tabelle 9

**Die Veränderung der Bevölkerung in den Kreisen Schleswig-Holsteins
1939—1953 (1939 = 100)**

Kreisfreie Städte und Landkreise	Wohnbevölkerung		
	29. 10. 1946	13. 9. 1950	31. 12. 1953
Flensburg	143	145	137
Kiel	78	93	95
Lübeck	144	154	149
Neumünster	122	136	135
Kreisfreie Städte	109	121	119
Eckernförde	213	203	170
Eiderstedt	197	173	145
Eutin	217	208	180
Flensburg-Land	195	177	148
Hzgt. Lauenburg	202	206	186
Husum	176	165	141
Norderdithmarschen	191	175	147
Oldenburg	192	188	164
Pinneberg	166	179	171
Plön	184	184	165
Rendsburg	188	187	164
Schleswig	173	165	139
Segeberg	209	207	181
Steinburg	187	181	152
Stormarn	212	216	200
Süderdithmarschen	189	181	150
Südtondern	177	155	130
Kreise	190	186	163
Schleswig-Holstein insgesamt	162	163	148

Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein.

Wegen der Kriegszerstörungen und der schlechteren Versorgungsmöglichkeiten sind die vier kreisfreien Städte des Landes relativ weniger mit Flüchtlingen und Vertriebenen belegt worden als die Landkreise. Ihre Bevölkerungszahl nahm zwischen 1939 und 1950 insgesamt nur um 21 vH zu. Selbst diese Zunahme überstieg bisher ihre wirtschaftliche Tragkraft und hatte eine anhaltende übernormale Arbeitslosigkeit zur Folge. Daß Flensburg und in geringerem Umfang auch Lübeck seit 1949 Bevölkerung abgaben, kennzeichnet gegenüber dem gleichzeitigen starken Wachstum der meisten deutschen Großstädte die besonderen schleswig-holsteinischen Verhältnisse. Noch weit weniger haltbar waren die Bevölkerungsverhältnisse in den Landkreisen. Zunahmen der Einwohnerzahl auf das Doppelte und mehr mußten von vornherein als nur

vorübergehend erträglich gelten. Hier war daher auch die Abwanderung am stärksten, insbesondere aus den von der Landesplanung als Ergänzungsgebiete bezeichneten Teilen Schleswigs und der holsteinischen Westküste.

Die Einheimischen wohnten 1950 zu 40 vH in Gemeinden unter 5000 Einwohner, die Vertriebenen dagegen zu 51 vH, und zwar mit Schwergewicht in den relativ wenig Möglichkeiten für zusätzliche Existenzen bietenden Gemeinden unter 2000 Einwohner (s. Anhang, Tab. III). Die Zugewanderten waren im Unterschied dazu mit größeren Anteilen als die Einheimischen in den Gemeinden mit über 5000 Einwohnern wohnhaft.

Seit der Volkszählung hat sich die Verteilung der Vertriebenen und Flüchtlinge auf die Gemeinden durch die Umsiedlung über die Landesgrenzen, aber auch durch die relativ hohe Mobilität der Vertriebenen innerhalb des Landes stark verschoben (s. Anhang, Tab. VI). Hierzu trugen die Maßnahmen der mit dem Wohnungsbau und der Wohnungsbewirtschaftung befaßten Behörden bei, die z. B. auf die Räumung der Barackenlager, auf den Wohnungstausch zugunsten der Pendler und auf die Rückführung der Evakuierten stärksten Einfluß nahmen. Die Fortschreibung der Bevölkerung nach Gemeindegrößenklassen gliedert zwar nicht nach Vertriebenen und übrigen Einwohnern. Aber auch die Gesamtzahlen lassen den Schluß zu, daß sehr erhebliche Korrekturen in der Verteilung der zusätzlichen Bevölkerung im Gange sind.

Besonders fragwürdig war der starke Bevölkerungszuwachs in den Dörfern. Von den 337 Gemeinden z. B., die 1939 weniger als 200 Einwohner hatten, fanden sich 1950: 244 in der Klasse der Gemeinden mit 200—500 Einwohnern, drei sogar in der nächsthöheren Klasse. Die Bevölkerungszahl jener 337 kleinsten Gemeinden erhöhte sich insgesamt zwischen 1939 und 1950 um 105 vH. Betrachtet man die Verhältnisse in solchen kleinen Orten näher, wie es z. B. L. Rehders¹ getan hat, so wird sich oft ergeben, daß sich die wirtschaftliche Tragfähigkeit in Jahrhunderten nur wenig verändert hat und daß angesichts der auch gegenwärtig geringen Entwicklungsmöglichkeiten der rapide Bevölkerungszuwachs nur ein Provisorium sein kann. Die unteren Gemeindegrößenklassen haben folgerichtig in den letzten Jahren am meisten Bevölkerung abgegeben. Es ist aber recht wahrscheinlich, daß sie insgesamt eine höhere Einwohnerzahl behalten werden als 1939. Das dürfte nicht nur durch die Renteneinkommen, sondern auch durch

¹ Lenchen Rehders, Probstseierhagen, Fiefbergen und Gut Salzau 1945—1950, Wandlungen dreier ländlicher Siedlungen in Schleswig-Holstein durch den Flüchtlingszustrom. 1953, Selbstverlag des Geographischen Instituts der Universität Kiel.

Tabelle 10
Die Bevölkerungsveränderung in Schleswig-Holstein nach Gemeindegrößenklassen
 1939—1953

Gemeindegrößenklassen	Veränderung						Anteile der Größenklassen	
	17. 5. 1939 bis 29. 10. 1946		29. 10. 1946 bis 13. 9. 1950		13. 9. 1950 bis 30. 9. 1953		1939	1953
	1000	vH	1000	vH	1000	vH	vH	vH
unter 2 000 Einwohner ..	+332 215	+ 61	—63 547	— 7	—115 580	— 14	34	30
2 000 bis unter 5 000 Einwohner ..	+157 178	+ 97	—19 205	— 6	— 32 724	— 11	10	11
5 000 bis unter 10 000 Einwohner ..	+ 95 717	+ 54	+52 318	+ 19	— 33 757	— 10	11	12
10 000 bis unter 20 000 Einwohner ..	+208 398	+382	—41 829	—16	— 8 402	— 4	3	9
20 000 bis unter 50 000 Einwohner ..	+138 760	+145	+29 849	+13	— 34 296	— 13	6	10
50 000 bis unter 100 000 Einwohner ..	— 58 780	— 47	+ 7 296	+11	+ 97 201 ^a	+132 ^a	8	7
100 000 und mehr Einwohner	+110 425	+ 26	+56 586	+10	—104 995	— 18	27	21
Insgesamt	+983 913	+ 62	+21 468	+ 1	—232 553	— 9	100	100

^a Die starke Zunahme erklärt sich zum größten Teil dadurch, daß Flensburg aus der Klasse von 100 000 und mehr Einwohnern in diese Klasse gerückt ist.

Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein.

verbesserte Kaufkraft der Urproduzenten und langfristige soziologische Veränderungen ermöglicht werden. In den Gemeinden mit 5000 und mehr Einwohnern finden sich jedoch häufiger Ansatzpunkte für eine kräftige Erweiterung der wirtschaftlichen Basis und damit für die dauerhafte Eingliederung einer größeren Zahl zusätzlicher Bevölkerung.

Tabelle 11

Die Veränderung der Einwohnerzahl in einigen am 1. 1. 1954 mehr als 5000 Einwohner zählenden Gemeinden

1933—1953

	Wohn- bevölkerung am 1. 1. 1954	Zu- oder Abnahme (vH)		
		1933—39	1939—50	1950—53
1. Beispiele anhaltenden Wachstums				
Halstenbek	6950	+ 34,2	+ 77,6	+ 6,7
Harksheide	6636	+ 70,6	+ 116,4	+ 9,8
Heikendorf	5515	+ 30,1	+ 32,7	+ 4,1
Kronshagen	7227	+ 42,2	+ 71,6	+ 20,2
Schenefeld	6317	+ 44,6	+ 98,5	+ 8,1
Wentorf b. Reinbek	5356	+ 170,1	+ 1,4	+ 4,1
2. Beispiele ungünstiger Wachstumsaussichten				
Bargteheide	5889	+ 0,1	+ 118,3	— 11,5
Barmstedt	7993	— 2,9	+ 99,7	— 10,2
Burg a. F.	5023	± 0	+ 78,4	— 17,0
Kellinghusen	7577	— 0,9	+ 91,0	— 13,9
Wilster	5526	— 5,1	+ 74,4	— 19,6

Quelle: 1933, 1939, 1950: Volkszählungsergebnisse, 1. 1. 1954: fortgeschriebene Bevölkerungszahl. Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein.

Es ist bemerkenswert, daß der Bevölkerungsanteil der Gemeinden von 10—50 000 Einwohnern 1939: 9 vH betrug, Ende September 1953 dagegen 19 vH. Die Zahl der Gemeinden in dieser Größenklasse war von 8 auf 23 gestiegen, die der Gemeinden zwischen 5000 und 10 000 von 25 auf 41. Dieser starken und von der Wanderung der letzten Jahre per Saldo wenig berührten Zunahme des Gewichts der Mittel- und Kleinstädte steht bisher eine relative Gewichtsverminderung der vier Städte mit 50 000 und mehr Einwohnern gegenüber. Im einzelnen zeigen sich sehr verschiedene Entwicklungen. In einer Reihe von Städten hatte die Bevölkerung schon seit langer Zeit stagniert und war selbst in der Aufschwungsperiode 1933—1939 nicht gewachsen. Hier bestehen auch jetzt geringe Aussichten für eine dauerhafte Eingliederung des Zustroms der ersten Nachkriegsjahre. In anderen Orten, darunter vor

allem solche im Einzugsgebiet Hamburgs, hat sich durch industrielle Erweiterung der Tragfähigkeit oder durch Pendelwanderer² eine voraussichtlich dauernde Bevölkerungszunahme ergeben. Hier ist auch die Zahl der Bewerber für die Umsiedlung relativ gering. 17 der 68 Anfang 1953 mehr als 5000 Einwohner zählenden Gemeinden hatten seit 1950 noch Bevölkerungszuwachs zu verzeichnen. Bei vielen anderen hielt sich die Abwanderung bisher in engen Grenzen. Die Voraussetzungen des Bevölkerungswachstums in einer Anzahl dieser noch gut übersehbaren Orte systematisch zu untersuchen, wäre eine lohnende Aufgabe, die für viele Entscheidungen wertvolle Urteilsgrundlagen bieten könnte.

3. Wirkung der Wanderung auf Geschlechtsverhältnis und Altersaufbau

Während sich die Bevölkerungszahlen des Landes und der meisten Gemeinden infolge der starken Zu- und Abwanderung drastisch veränderten, blieb der Einfluß auf die Alters- und Geschlechtsrelationen geringer als bei freien Wanderungen üblich. Weder im Einstrom der Flüchtlinge und Vertriebenen noch in der 1949 beginnenden gegenläufigen Bewegung war die Selektion so stark wie etwa bei der Auswanderung nach Übersee. Die 1945—1948 ins Land gekommene zusätzliche Bevölkerung gehörte entgegen einer in diesen Jahren verbreiteten Meinung mit einem etwas höheren Anteil den erwerbsfähigen Altersgruppen an als die Einheimischen. Insbesondere war der Anteil der Alten unter den Zugezogenen etwas geringer. Dieser Unterschied war aber nicht so groß, daß die Altersgliederung der Gesamtbevölkerung dadurch hätte erheblich beeinflußt werden können. In der seit 1949 einsetzenden Abwanderung war die Auslese zwar stärker bemerkbar, aber sie wurde durch die bei der gelenkten Umsiedlung geltenden Vorschriften in engeren Grenzen gehalten als dies bei völlig freier Abwanderung zu erwarten gewesen wäre. Immerhin sind gewisse Veränderungen bemerkenswert.

Es kamen am 13. 9. 1950 auf 100 Männer

der einheimischen Bevölkerung . . .	112 Frauen,
der Vertriebenen	120 Frauen,
der Zugewanderten	103 Frauen.

Ende 1953 hatte sich der Frauenüberschuß der Vertriebenen von 20 auf 25 erhöht, während er sich bei der übrigen Bevölkerung leicht vermindert hatte. Im Durchschnitt der vertriebenen Bevölkerung des Bundesgebiets betrug dagegen Ende 1953 der Frauenüberschuß nur 12.

² Nach Mitteilung des Landesarbeitsamts wohnten in den dem Hamburger Staatsgebiet benachbarten Arbeitsamtsbezirken Schleswig-Holsteins am 30. 6. 1954: 45 551 in Hamburg Beschäftigte.

Auch in den Veränderungen der Altersgruppen ist eine vergleichsweise begrenzte, aber doch deutlich erkennbare Selektionswirkung festzustellen:

Tabelle 12

Abnahme der Vertriebenenzahl in Schleswig-Holstein nach Altersgruppen und Geschlecht

von Ende 1948 bis Ende 1953^a

Altersgruppen (Jahre)	Abnahme 1948 bis 13. 9. 1950		Abnahme 13. 9. 1950 bis Ende 1953			Abnahme 13. 9. 50 bis Ende 1953 in vH		
	Absolut	vH	Insges.	Männer	Frauen	Insges.	Männer	Frauen
Insgesamt	93 373	— 9,8	188 933	91 535	97 398	—22,0	—23,5	—20,8
0 bis unter 18 ...	38 518	—12,3	76 520	39 763	36 757	—27,9	—28,3	—27,4
18 „ „ 50 ...	48 975	—11,4	99 062	45 307	53 755	—26,0	—27,7	—24,7
50 u. darüber	5 880	— 2,8	13 351	6 465	6 886	— 6,7	— 7,6	— 5,9

^a Die Zahlen für Ende 1948 aus der Flüchtlingssondererhebung sind mit dem Zählungsergebnis von 1950 und den fortgeschriebenen Zahlen von 1953 nicht voll vergleichbar.

Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein.

In einer Gesamtabnahme der Vertriebenen von September 1950 bis Ende 1953 um 22 vH ist eine Abnahme von nur 6,7 vH der Vertriebenen im Alter von 50 Jahren und darüber enthalten. Weitere Aufgliederung zeigt, daß die vertriebenen Frauen von 65 und mehr Jahren in dieser Periode sogar absolut zugenommen haben und die Zahl der gleichaltrigen Männer fast unverändert blieb. Infolgedessen bestanden zwischen Vertriebenen und übriger Bevölkerung Ende 1953 nur noch sehr geringe Unterschiede im Altersaufbau (s. Anhang, Tab. IV). Für die Zugewanderten ist er nicht gesondert erfaßt. Es wird angenommen, daß sie die Altersrelationen nicht erheblich beeinflussen, zumal von den Flüchtlingen aus der Sowjetzone der späteren Nachkriegsjahre, die einen besonders hohen Anteil Erwerbsfähiger hatten, nur wenige in das überfüllte Schleswig-Holstein kamen.³ An der geförderten Umsiedlung konnten diese Flüchtlinge nur in Ausnahmefällen teilnehmen.

Im Vergleich zu den übrigen Bundesländern hatten die Vertriebenen in Schleswig-Holstein schon 1950 einen etwas ungünstigeren Altersaufbau. So betrug der Anteil der 18—45jährigen im Bundesdurchschnitt 41,3 vH, in Schleswig-Holstein nur 37,4 vH. Bei den Vertriebenen im Alter von 60 Jahren und darüber betrugen die Prozentsätze 11,1 und 12,1. Der Anteil der Alten war also in Schleswig-Holstein verhältnismäßig hoch. Durch die fortgesetzte Abwanderung verändern sich die Alters-

³ Nach der Sondererhebung von Anfang 1949, die allerdings die Sowjetzonenflüchtlinge nicht vollständig erfaßte, war deren Altersaufbau günstiger als der der Vertriebenen. So betrug der Anteil der Flüchtlinge im Alter von 18 bis unter 60 Jahren in dieser Gruppe 62 vH gegen 56 vH bei den Vertriebenen.

relationen weiter zuungunsten des Landes (s. Anhang, Tab. V). Obwohl im Rahmen der gelenkten Umsiedlung versucht wird, nach Möglichkeit alle Altersgruppen proportional zu beteiligen, gibt es doch kein Mittel, die mit der freien Abwanderung verbundene Selektion zu verhindern.

Tabelle 13
Die Umsiedlung von Vertriebenen aus Schleswig-Holstein in andere Bundesländer

Juli 1949 bis Juni 1954

Zeit	Umsiedler		davon		
	insgesamt	darunter Erwerbs- personen vH	Transport- umsiedlung	Einzel- umsiedlung	ungelenkte Umsiedlung ^a
1949	15 200	39	15 200	.	} 22 649 ^b
1950	75 952	38	66 770	9 182	
	22 649 ^b	.			
1949—50	113 801	38 ^c	81 970	9 182	22 649 ^b
1951	45 186	36		16 921	555
1952	52 279	37	27 710	10 305	4 183
1953	81 088	37	37 791	10 685	2 737
1954 (Januar bis Juni)	21 298	37	67 666 17 273	3 981	44
Insgesamt	313 652	37 ^c	232 410	51 074	30 168

^a Nachträglich geförderte Fälle. — ^b Anrechnungsfälle 1949/50. — ^c Ohne Anrechnungsfälle.

Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein.

Neben der gelenkten Umsiedlung spielte die freie Abwanderung von Einheimischen und Vertriebenen eine bedeutende Rolle. In den Jahren 1949—1953 standen 688 000 Fortzügen aus dem Lande 294 000 Zuzüge gegenüber. Es ergab sich ein gesamter Wanderungsverlust von 394 000 (Vertriebene etwa 296 000). Über zwei Drittel der gesamten Bevölkerungsabgabe entfielen auf die öffentlich geförderte Abwanderung. Hätte der Staat nicht die Förderung angeboten, wäre zweifellos die freie Wanderung größer gewesen. Das gilt auch für die Zukunft.

Das Statistische Landesamt hat den Wanderungssaldo für die drei Jahre 1950—1952 nach Geschlecht und Alter aufgegliedert errechnet.⁴ Danach ergab sich ein Wanderungsverlust von 130 000 männlichen und 135 000 weiblichen Personen. In der nicht gelenkten Umsiedlung war die Abwanderung der 15—25jährigen außerordentlich stark. Für die Gesamtheit der in der Wanderungsstatistik erfaßten 15—45jährigen wurde festgestellt, daß aus dieser Altersgruppe 145 000 Personen mehr

⁴ G. Muske, Vier Jahre Umsiedlung, Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein, 5. Jg., H. 5, S. 166 ff.

das Land verließen als zuwanderten, das waren 14 vH der Altersgruppe. Die Gesamtbevölkerung verminderte sich zugleich aber nur um 8 vH. Daraus ergibt sich, daß 61 000 Personen mehr aus dieser erwerbstätigen Altersgruppe abwanderten als es dem durchschnittlichen Rückgang der Bevölkerung entsprach.

4. Auswanderung

Innerhalb der gesamten Bevölkerungsabgabe spielte die Auswanderung über die Grenzen der Bundesrepublik nur eine geringe Rolle. Die für 1951—1953 vorliegenden Zahlen nach den polizeilichen An- und Abmeldungen können als Anhalt dienen, wenn auch ihr Aussagewert begrenzt ist. Die Vertriebenen nahmen relativ stärker als die übrige Bevölkerung an der Auswanderung nach Nordamerika teil und verhältnismäßig weniger an der oft zeitlich begrenzten Arbeitsaufnahme in Skandinavien und im übrigen europäischen Ausland. In der von der Auswandererberatungsstelle des Landes geführten Statistik erscheint der Auswanderungsdrang der Flüchtlinge größer als der der Einheimischen.

Tabelle 14
Der Wanderungsverkehr Schleswig-Holsteins mit dem Ausland
1951—1953

Jahr	Insgesamt			davon Vertriebene		
	Zuzüge	Fortzüge	Saldo	Zuzüge	Fortzüge	Saldo
1951	3197	9984	—6787	1038	3465	—2427
1952	3643	8531	—4888	1164	3429	—2265
1953	3403	6073	—2670	815	1818	—1003
darunter:						
Nordeuropa .	1416	1444	— 28	318	263	+ 55
übriges						
Europa ...	1462	1176	+ 286	372	311	+ 61
Nordamerika	236	2583	—2347	53	1042	— 989

Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein.

Drittes Kapitel

Veränderungen in der Erwerbs- und Sozialstruktur

1. Erwerbsbeteiligung

Wie im gesamten Bundesgebiet so hat auch in Schleswig-Holstein die Gesamtzahl der Bevölkerung seit 1939 weit stärker zugenommen als die der Erwerbspersonen. Das ist im allgemeinen überwiegend durch die Kriegsverluste begründet, in Schleswig-Holstein außerdem in besonderem Maße durch den starken Zustrom Entwurzelter und durch die Abwanderung aktiver Kräfte. Im Durchschnitt des Bundesgebiets sank

Tabelle 15

Die aktive und versorgte Bevölkerung Schleswig-Holsteins
1939, 1950 und 1954

	17. 5. 1939		13. 9. 1950		30. 6. 1954 (geschätzt)		Zunahme (+) o. Abnahme (—)			
							1939—50		1950—54 (geschätzt)	
	1000	vH	1000	vH	1000	vH	1000	vH	1000	vH
Gesamtbevölke- rung	1589	100	2595	100	2325	100	+ 1006	+ 63	— 270	— 10
Erwerbspersonen . davon	806 ^a	51	1035	40	988	42	+ 229	+ 28	— 47	— 5
Erwerbstätige ..	756	48	862	33	899	39	+ 106	+ 14	+ 37	+ 4
Selbständige Be- rufsslose	148	9	359	14	300	13	+ 211	+ 143	— 59	— 16
Angehörige ohne Hauptberuf	634	40	1200	46	1037	45	+ 566	+ 89	— 163	— 14

^a Einschließlich 50 123 zur Wehrmacht und zum RAD einberufener Personen.
Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein und eigene Schätzungen.

die Erwerbsquote zwischen 1939 und 1950 von 52 auf 46 vH, in Schleswig-Holstein von 51 auf 40 vH. Dem entspricht ein bedeutend vergrößertes Gewicht der versorgten Bevölkerung.

Rechnet man zu den selbständigen Berufsslosen und den Angehörigen ohne Hauptberuf noch die in der Zahl der Erwerbspersonen enthaltenen Arbeitslosen hinzu, so ergibt sich für das Datum der letzten

Volkszählung eine versorgte Bevölkerung von 1 732 000 = 221 vH des Vorkriegsstandes und 67 vH der Gesamtbevölkerung von 1950. Seit dieser Zählung hat sich unter dem Einfluß der wirtschaftlichen Belebung und der Abwanderung die Versorgungslast erleichtert. Der Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung ist von 33 vH im September 1950 auf schätzungsweise 39 vH Mitte 1954 gestiegen, lag aber damit immer noch erheblich unter dem Durchschnitt des Bundesgebietes. Der Anteil der Erwerbspersonen (Erwerbstätige + Arbeitslose) hatte sich bis Mitte 1954 nur auf etwa 42,5 vH erhöht (Bundesgebiet 48). Darin drückt sich eine anhaltende strukturelle Benachteiligung des Landes aus, die sich durch weitere Abwanderung, insbesondere durch die freie Wanderung, noch verschärfen dürfte. Der Anteil der Erwerbspersonen an der Zahl der mit öffentlicher Förderung Umgesiedelten bewegt sich um 37 vH. Bei der nicht unerheblichen freien Abwanderung kommt die übliche Wirkung der Selektion voll zur Geltung. Es ist unwahrscheinlich, daß sich diese Tendenz in absehbarer Zeit ändern wird.

Der starke Unterschied zwischen den Erwerbsrelationen in Schleswig-Holstein und im übrigen Bundesgebiet (s. Anhang, Tab. VII) ist nicht nur in dem ungünstigeren und sich durch Abwanderung weiter verschlechternden Altersaufbau in Schleswig-Holstein begründet, sondern auch in der besonders geringen Erwerbsbeteiligung der Jahrgänge, die im allgemeinen als erwerbsfähig gelten.

Tabelle 16
Die Erwerbsquoten der Bevölkerung Schleswig-Holsteins
1950 in vH der Erwerbsquoten von 1939

Altersgruppen	Erwerbsquoten	
	männlich	weiblich
	1939 = 100	
15—18 Jahre	84,1	79,6
18—20 Jahre	95,7	98,7
20—25 Jahre	98,1	105,7
25—30 Jahre	96,0	102,6
30—35 Jahre	97,2	82,8
35—40 Jahre	98,7	72,7
40—45 Jahre	99,9	70,3
45—50 Jahre	100,5	75,1
50—55 Jahre	98,8	75,0
55—60 Jahre	98,8	66,8
60—65 Jahre	94,5	38,2
65 Jahre u. älter	63,0	26,2

Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein.

Es zeigt sich bei beiden Geschlechtern verglichen mit 1939 ein nicht unerhebliches Zurückbleiben der Jugendlichen in der Erwerbsbeteiligung, und zwar ist diese Erscheinung in Schleswig-Holstein etwas stärker ausgeprägt als im übrigen Bundesgebiet. Sie dürfte z. T. durch ein Hinausschieben des Eintritts in das Berufsleben durch verlängerte schulische Ausbildung begründet sein (9. Schuljahr), vor allem aber durch die Ungunst der Berufschancen, von der die Jugend in Schleswig-Holstein besonders betroffen war. In den Altersgruppen von 20 bis unter 60 haben sich die Erwerbsquoten gegenüber 1939 auf der Männerseite z. T. durch Kriegsbeschädigung, im ganzen aber wenig verringert.¹ Es treten auch keine besonders großen Unterschiede im Vergleich zum Durchschnitt des Bundesgebiets hervor. Auf der Frauenseite ist dagegen vom 30. Lebensjahr an das Zurückbleiben gegenüber 1939 und gegenüber der im Durchschnitt des Bundesgebiets festgestellten Erwerbsbeteiligung sehr bedeutend. Geradezu frappant ist diese Erscheinung bei den Männern über 65 und den Frauen von 60 und mehr Jahren.

Tabelle 17

Die Erwerbsbeteiligung im Alter von 60 und mehr Jahren in Schleswig-Holstein und im Bundesgebiet

1939 und 1950

(Erwerbspersonen als vH der Gesamtbevölkerung dieser Altersgruppen)

Altersgruppen (Jahre)	M ä n n e r			F r a u e n		
	1939		1950	1939		1950
	Schlesw.- Holstein	Schleswig- Holstein	Bundes- gebiet	Schlesw.- Holstein	Schleswig- Holstein	Bundes- gebiet
60 bis unter 65 ...	76	72	73	24	9	21
65 und älter	28	18	27	11	3	10

Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Wirtschaft und Statistik, 5. Jg., N. F., H. 7, 1953, S. 289 sowie eigene Berechnungen.

Die außerordentlich geringe Erwerbsbeteiligung der Frauen über 30 und der Männer über 65 drückt die gesamte Erwerbsquote in Schleswig-Holstein auf den im Vergleich zum übrigen Bundesgebiet sehr niedrigen Stand. Die Ursache ist vor allem in dem hohen Anteil Entwurzelter in Schleswig-Holstein zu suchen. Für die älteren Männer ist dies durch eine repräsentative Auszählung belegt, die vom Statistischen Bundes-

¹ Absolut sind die von Kriegsverlusten besonders stark betroffenen Jahrgänge selbst durch den starken Zustrom, den Schleswig-Holstein aufnahm, nicht aufgefüllt worden. So betrug die Zahl der männlichen Erwerbspersonen im Alter von 25 bis unter 40 Jahren 1939: 206 000, 1950 dagegen nur 197 000 (bei einer Gesamtzunahme der Bevölkerung um 63 vH und einer Zunahme der Erwerbspersonen um 28 vH).

amt vorgenommen wurde. Danach sinken die Erwerbsquoten der vertriebenen Männer im Bundesgebiet vom 50. Lebensjahr an viel stärker als bei der übrigen männlichen Bevölkerung.

Tabelle 18
Die Erwerbsquoten der männlichen Bevölkerung von 50 und mehr Jahren im Bundesgebiet

1950		
Altersgruppen	Vertriebene	Übrige Bevölkerung
50 bis unter 55 Jahre	90,7	93,9
55 bis unter 60 Jahre	79,0	88,9
60 bis unter 65 Jahre	57,9	75,2
65 Jahre und mehr	7,6	29,4

Quelle: „Wirtschaft und Statistik“, 5. Jg., N. F., H. 7, 1953, S. 289.

Für Schleswig-Holstein liegen Zahlen in dieser Gliederung nicht vor. Es kann jedoch kein Zweifel bestehen, daß dieser spezifische Effekt der Entwurzelung hier noch stärker als im übrigen Bundesgebiet wirksam ist. Wenn es schon allgemein für Vertriebene in vorgerückten Jahren schwierig ist, eine neue Existenz zu gründen, so gilt dies in den Verhältnissen des überfüllten Schleswig-Holstein noch mehr. Besondere Unterschiede zwischen Vertriebenen und übriger Bevölkerung ergeben sich dadurch, daß die einheimischen Selbständigen oft bis in ein hohes Alter berufstätig bleiben, während die früher selbständigen Vertriebenen häufig keine entsprechende Existenz wieder aufbauen können und darum vorzeitig aus dem Erwerbsleben ausscheiden. Davon sind dann ihre früher mithelfenden weiblichen Familienangehörigen auch betroffen. Für diese früher mithelfenden Frauen wie auch für die zahlreichen Kriegerwitwen sind Gelegenheit und Anreiz, eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen, wie die Erwerbsquoten zeigen, in Schleswig-Holstein erheblich schlechter als im übrigen Bundesgebiet. Ihre Erfahrung in gewerblicher Arbeit ist im allgemeinen geringer und ihr Wohnsitz im Durchschnitt weiter von gewerblichen Arbeitsstätten entfernt als im Westen des Bundesgebietes. Schließlich ist zu bedenken, daß die Möglichkeiten, Unterhalt oder Teilversorgung aus öffentlichen Mitteln zu bekommen, im Vergleich zur Vorkriegszeit zahlreicher sind.

Seit 1950 haben sich die Erwerbsverhältnisse etwas gebessert, obwohl viele der genannten Schwierigkeiten noch weiter bestehen. Bis Mitte 1954 sank die Arbeitslosigkeit, die im allgemeinen als Maßstab der besonderen Belastung Schleswig-Holsteins angesehen wird, auf etwa die Hälfte ihres Standes von 1950. Dabei war der Rückgang bei

den Vertriebenen verhältnismäßig bedeutender als bei der übrigen Bevölkerung. Auch die Zahl der selbständigen Berufslosen und der Angehörigen ohne Hauptberuf verminderte sich, und zwar relativ viel mehr als die der Gesamtbevölkerung. Das läßt darauf schließen, daß sich neben der Abwanderung eine wahrscheinlich beträchtliche innere Umschichtung zwischen der nichtaktiven und der aktiven Bevölkerung vollzogen hat, deren Ausmaß und Richtung jedoch im einzelnen nicht mehr nachweisbar ist. Jedenfalls dürfte aber die Zahl der neuen Erwerbstätigen weit höher sein als der geschätzte gesamte Nettozugang von 37 000 in der betrachteten Periode.

Tabelle 19

**Die Erwerbsverhältnisse der Vertriebenen und der übrigen Bevölkerung
Schleswig-Holsteins**

September 1950 und Juni 1954^a

Bevölkerungsgruppen	13. 9. 1950			30. 6. 1954 ^a		
	Gesamtbevölkerung	Vertriebene	Übrige Bevölkerung	Gesamtbevölkerung	Vertriebene	Übrige Bevölkerung
1. Absolute Zahlen (1000)						
Bevölkerung	2595	857	1738	2325	653	1672
Erwerbspersonen	1035	322	713	988	276	712
Erwerbstätige	862	235	627	899	239	660
Arbeitslose	173	87	86	89	37	52
Selbständige	143	17	126	144	18	126
Mithelfende Fam.angeh.	92	4	88	84	4	80
Beschäft. Arbeitnehmer .	627	214	413	671	217	454
Nichterwerbstätige (einschl. Arbeitslose) .	1732	622	1110	1426	414	1012
Selbständige Berufslose (ohne Angehörige) ...	359	134	225	300	86	214
Angehörige o. Hptberuf	1200	401	799	1037	291	746
2. Relationen bezogen auf die Bevölkerung						
Bevölkerung	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Erwerbspersonen	39,9	37,6	41,0	42,5	42,3	42,6
Erwerbstätige	33,2	27,4	36,1	38,7	36,6	39,5
Arbeitslose	6,7	10,2	4,9	3,8	5,7	3,1
Selbständige	5,5	2,0	7,2	6,2	2,8	7,5
Mithelfende Fam.angeh.	3,5	0,5	5,1	3,6	0,6	4,8
Beschäft. Arbeitnehmer .	24,2	25,0	23,8	28,9	33,2	27,2
Nichterwerbstätige (einschl. Arbeitslose) .	66,7	72,6	63,9	61,3	63,4	60,5
Selbständige Berufslose (ohne Angehörige) ...	13,8	15,6	12,9	12,9	13,2	12,8
Angehörige o. Hptberuf	46,2	46,8	46,0	44,6	44,6	44,6

^a Zum Teil geschätzt.

Der erwähnte Umschichtungsprozeß war bei den Vertriebenen offenbar viel ausgeprägter als bei der übrigen Bevölkerung. Auch wenn man die stärkere Abwanderung in Betracht zieht, erscheint es möglich, daß verhältnismäßig mehr Vertriebene als übrige Personen neu in das Erwerbsleben eintraten. Es mag sich hier zu einem nicht geringen Teil um Frauen und Jugendliche gehandelt haben. Erstaunlich bleibt jedoch, daß diese Neuzugänge an Erwerbstätigen per Saldo nur eben die Abgänge durch Auswanderung und Tod auffüllten. So kamen, wenn unsere Schätzungen richtig sind, von den neu geschaffenen 37 000 Arbeitsplätzen (selbständige und unselbständige) den Vertriebenen nur 4000 zugute.

2. Soziale Stellung

Gleichzeitig mit dem starken Rückgang der Erwerbsquote haben sich in der Gliederung der Erwerbspersonen nach der sozialen Stellung bedeutende Veränderungen ergeben (s. Anhang, Tab. VIII). Der Anteil der Selbständigen und Mithelfenden sank beträchtlich zugunsten dessen der Arbeitnehmer.² Auf Arbeiter, Angestellte und Beamte entfielen 1939 knapp 70 vH, Mitte 1954 dagegen etwa 77 vH. Dabei sei hier schon angemerkt, daß sich diese Gruppe in der Landwirtschaft zwar in den ersten Nachkriegsjahren absolut stark ausgedehnt hatte, schon Ende 1953 aber wieder etwa auf den Stand von 1939 reduziert war. Auch die Zahl der Selbständigen in der Landwirtschaft zeigt gegenüber der Vorkriegszeit keine ins Gewicht fallende Veränderung. Die Tatsache, daß die Zahl der Erwerbspersonen nur in den nichtlandwirtschaftlichen Berufen erheblich zugenommen hat, ist auch für ihre soziale Stellung von Bedeutung.

Die Hauptursache der Gewichtsverschiebung zwischen den sozialen Gruppen liegt zweifellos im Zustrom der Flüchtlinge und Vertriebenen. Ehe auf deren besondere Lage eingegangen wird, ist jedoch darauf hinzuweisen, daß die Zahl der Selbständigen schon in früheren Jahrzehnten nicht mit dem Anwachsen der Bevölkerung Schritt gehalten hat. So wuchs die Bevölkerung Schleswig-Holsteins zwischen den Zählungen von 1925 und 1939 um 16 vH, die Zahl der Selbständigen aber nahm um 6 vH ab. Vieles spricht dafür, daß sich in der in den einzelnen Wirtschaftsabteilungen seit längerer Zeit teils absolut, teils relativ zurückgehenden Zahl der Selbständigen ein Trend ausdrückt, der durch den Zustrom der Vertriebenen und Flüchtlinge besonders verstärkt wird.

Eine detaillierte Aufgliederung zeigt, in welchem Maße die Vertriebenen Ursache und Leidtragende der sozialen Verschiebungen sind. Von allen vertriebenen Erwerbspersonen waren 1950 nur 6,5 vH Selbst-

² Mit der Abnahme der Bevölkerung ist er wieder gestiegen.

Tabelle 20
Die Erwerbspersonen Schleswig-Holsteins nach Wirtschaftsabteilungen und nach der Stellung im Beruf
am 13. 9. 1950

Wirtschaftsabteilungen	Erwerbs- personen a: vertriebene b: übrige	davon (in vH)			
		Selbständige	mithelfende Familien- angehörige	Beamte	An- gestellte
0 Landwirtschaft und Tierzucht, Forst- und Jagdwirtschaft, Gärtnerei, Fischerei	a 62 519 b 191 181	3 26	4 4	0 0	1 1
1 Bergbau, Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden, Energiewirtschaft	a 6 691 b 12 865	1 3	0 9	0 1	8 20
2 Eisen- und Metallherzeugung und -verarbeitung	a 24 839 b 62 740	3 10	0 1	0 0	9 14
3/4 Verarbeitende Gewerbe (ohne Eisen- und Metallverarbeitung)	a 51 254 b 94 354	8 18	1 2	0 0	8 12
5 Bau-, Ausbau- und Bauhilfs- gewerbe	a 37 429 b 62 629	14 2	1 0	— —	6 3
6 Handel, Geld- u. Versicherungswesen	a 28 258 b 87 960	21 31	3 6	0 0	50 44
7 Dienstleistungen	a 26 822 b 51 148	4 17	1 4	0 0	8 10
8 Verkehrswesen	a 17 404 b 44 225	4 9	0 1	26 25	13 15
9 Öffentl. Dienst und Dienstleistungen im öffentl. Interesse	a 48 289 b 88 847	3 5	0 0	22 22	38 43
9a Ohne Angabe der Betriebszugehörigkeit	a 18 575 b 17 402	— 0	— —	— —	5 8
Insgesamt	a 322 080 b 713 351	5 18	1 12	5 4	14 17

Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein.

ständige oder mithelfende Familienangehörige, von den Erwerbspersonen der übrigen Bevölkerung dagegen 30 vH (Mitte 1954 war das Verhältnis schätzungsweise 8 : 29). 1950 ist nicht erhoben worden, welche soziale Stellung 1939 eingenommen wurde. Für die Vertriebenen und Flüchtlinge gibt hierüber die schleswig-holsteinische Sondererhebung von Anfang 1949 Auskunft. Danach waren von den damals erfaßten 414 000 Erwerbspersonen vor der Ausweisung oder Flucht

Selbständige	16,6 vH,
Mithelfende	11,2 vH,
Beamte	8,3 vH,
Angestellte	26,1 vH,
Arbeiter	37,8 vH.

Diese Anteilszahlen sind mit denen der Tabelle 20 nicht exakt vergleichbar. Sie geben aber doch ein ungefähres Bild von dem Ausmaß der Veränderungen, die sich in der Sozialstruktur insbesondere der nichteinheimischen Bevölkerung Schleswig-Holsteins vollzogen haben.

Tabelle 21
Die Selbständigen in nichtlandwirtschaftlichen Betrieben Schleswig-Holsteins am 13. 9. 1950

Stellung im Beruf	Selbständige Erwerbspersonen		darunter Vertriebene		Vertriebene in vH aller Selbständigen
	insgesamt	vH	insgesamt	vH	
Selbständige insges.	97 287	100	15 708	100	16
davon:					
Selbständige allein-schaffend	44 500	46	9 576	61	22
mit 2—4	38 005	39	5 004	32	13
„ 5—9	9 137	9	707	5	8
„ 10—49	4 882	5	343	2	7
„ 50 u. m. Beschäft. ..	763	1	78	0	10

Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein.

Da der Anteil der Vertriebenen an der Gesamtzahl der 1950 gezählten Erwerbspersonen 31 vH betrug, war ihr Anteil an den Selbständigen in den nichtlandwirtschaftlichen Betrieben mit 16 vH noch relativ hoch, wenn auch zu beachten ist, wie sich dieser Anteil mit der Betriebsgröße verminderte. Dagegen waren von den vertriebenen Erwerbspersonen in der Land- und Forstwirtschaft 1950 nur 3 vH Selbständige und 91 vH Arbeiter (s. hierzu Kap. V).

Tabelle 22
Die Beamten in Schleswig-Holstein nach der Stellung im Beruf
am 13. 9. 1950

Stellung im Beruf	Beamte		darunter Vertriebene		Vertriebene in vH aller Beamten
	insgesamt	vH	insgesamt	vH	
Beamte insgesamt	46 797	100	15 089	100	32
davon:					
des einfachen und mittleren Dienstes	26 093	56	8 620	57	33
des gehobenen Dienstes	16 421	35	5 355	35	33
des höheren Dienstes ...	4 283	9	1 114	7	26

Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein.

Tabelle 23
Die Angestellten in Schleswig-Holstein nach der Stellung im Beruf
am 13. 9. 1950

Stellung im Beruf	Angestellte		darunter Vertriebene		Vertriebene in vH aller Angestellten
	insgesamt	vH	insgesamt	vH	
Angestellte insgesamt ..	165 194	100	46 518	100	28
davon:					
kranken- u. angestellten-versicherungspflichtige ^a	147 945	90	43 119	93	29
nicht kranken-, aber angest.-versicherungspflichtige ^b	11 382	7	2 267	5	20
weder kranken- noch angest.-versicherungspflichtige ^c	5 867	4	1 132	2	19

a Gehälter bis unter 375,— DM. — b Gehälter von 375,— bis unter 600,— DM. — c Gehälter von 600,— DM und mehr.

Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein.

Unter den Beamten und Angestellten hatten die Vertriebenen schon 1950 etwa denselben Anteil erreicht wie an der Gesamtzahl der Erwerbspersonen. Bei den höher bezahlten Angestellten war allerdings die Vertriebenenzahl geringer. Auch bei den vertriebenen Arbeitern war eine entsprechende Staffellung der sozialen Stellung unverkennbar. Hierüber wird im Zusammenhang des folgenden Kapitels mehr zu sagen sein.

Viertes Kapitel

Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

1. Gesamtentwicklung

Der Stand der Eingliederung kann nicht allein nach der Zahl der beschäftigten und arbeitslosen Vertriebenen und Flüchtlinge beurteilt werden, zumal die Beschäftigtenstatistik nur die Vertriebenen gesondert erfaßt und auch das nur selten. Es ist vielmehr nötig, die gesamten Veränderungen der Erwerbslosigkeit und der abhängigen Arbeit zu betrachten, die durch Zu- und Abwanderung von Vertriebenen und Flüchtlingen verursacht sind. Neben dieser Wanderung sind allerdings noch einige andere Faktoren wirksam, deren Bedeutung im einzelnen nicht genau zugerechnet werden kann, so die im langfristigen Trend vor sich gehenden Strukturveränderungen der Wirtschaft und die konjunkturellen Schwankungen. Auch ist auf die Kriegsverluste der einheimischen Bevölkerung und die durch Demontage verlorenen Arbeitsplätze hinzuweisen, Veränderungen, die den Vergleich mit der Vorkriegszeit erschweren.

Der direkt durch Kriegszerstörungen bedingte Ausfall an Arbeitsplätzen ist weniger bedeutsam, da ihr Wiederaufbau keine besonderen Schwierigkeiten bereitete. Nachhaltig eingreifend war dagegen die Demontage von etwa 90 000 Arbeitsplätzen¹, die überwiegend dem Bedarf der Kriegsmarine dienten. Ferner ist hier die Abschneidung von den Märkten jenseits des Eisernen Vorhangs zu nennen, der seit 1945 das Land im Südosten nahezu isolierte und seine Ostseeschifffahrt einschränkte. In den betroffenen Städten — vor allem Kiel und Lübeck — Standorte für neue Industrien zu entwickeln, war nur begrenzt möglich. Infolgedessen war hier eine beträchtliche Arbeitslosigkeit auch der altansässigen Bevölkerung unvermeidlich. Mehrere zehntausend einheimische Männer² waren im Krieg gefallen. Diese Zahl wäre zusammen mit den Demontagen bei der Bewertung des Eingliederungserfolges zu berücksichtigen. Per Saldo gingen zweifellos

¹ Schätzung des Statistischen Landesamts. Statistisches Handbuch für Schleswig-Holstein, Kiel 1951, S. 567. — Dazu sind alle mittelbaren Wirkungen dieses Ausfalls in Betracht zu ziehen.

² Mitte 1953 waren in Schleswig-Holstein 75 000 Kriegstote beurkundet. Der Anteil Einheimischer darunter ist nicht mehr zu ermitteln.

infolge des Krieges mehr Arbeitsplätze verloren als einheimische Erwerbspersonen ausfielen. Schließlich ist darauf hinzuweisen, daß es 1938/39 kaum Arbeitslose gab³, seit 1945 aber eine Erwerbslosigkeit unter den Einheimischen entstand, die erheblich über den Umfang hinausgeht, der durch die Demontagen erklärt werden könnte.

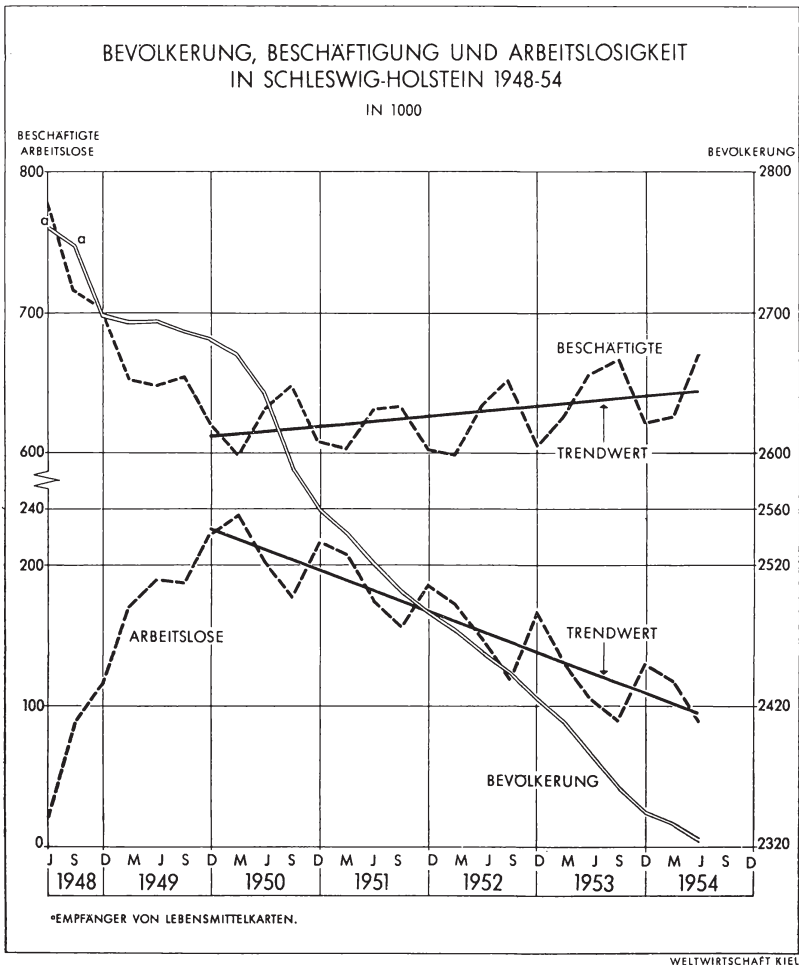
Wenn also am 13. 9. 1950 in Schleswig-Holstein 235 000 Vertriebene (27 vH aller Vertriebenen) als erwerbstätig gezählt wurden, davon 214 000 in abhängiger Stellung, so war dies gewissermaßen als ein Bruttoergebnis der Eingliederung zu werten und auch dies nur mit einigen Vorbehalten. Ihm ist vor allem gegenüberzustellen, daß sich die Gesamtzahl der Erwerbstätigen zwischen den Zählungen von 1939 und 1950 um nur etwa 106 000 (14 vH) erhöhte (die der abhängigen Erwerbstätigen um rund 103 000) und dies bei einer Bevölkerungszunahme um eine Million oder 63 vH. Es wäre töricht, darüber hinwegzusehen, daß Eingliederung einer großen zusätzlichen Bevölkerungsgruppe gleichbedeutend ist mit verschärftem Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt, ganz besonders unter den in Schleswig-Holstein gegebenen Verhältnissen. In diesem Wettbewerb sind in Schleswig-Holstein einheimische Arbeitnehmer mit höherem Anteil erwerbslos geworden als in den weniger mit Vertriebenen und Flüchtlingen belegten und wirtschaftlich anpassungsfähigeren Teilen des Bundesgebiets. Auf der anderen Seite war auch die Arbeitslosenquote der Vertriebenen in Schleswig-Holstein stets viel größer als im Bundesgebiet und als die der nichtvertriebenen Bevölkerung Schleswig-Holsteins (s. Anhang Tab. XII).

Der Grad der erreichten Eingliederung kommt auch in der gesamten Arbeitslosenzahl nur sehr begrenzt zum Ausdruck. Bis zur Währungsreform wurde sie durch geringe Produktivität, Schwarzhandel, Scheinarbeitsverhältnisse u. ä. niedrig gehalten (Stand Ende Juni 1948: 21 250 Arbeitslose). Danach stieg sie um rund 225 000 bis zur Höchstzahl von 246 000 im Februar 1950 und betraf damit jeden vierten Arbeitnehmer. Gleichzeitig sank die Beschäftigtenzahl um rund 165 000. Neu registrierte Erwerbspersonen trugen also relativ wenig zum Anstieg der Arbeitslosigkeit bei. Die *E r w e r b s q u o t e* der Gesamtbevölkerung und noch mehr die der Vertriebenen blieben anomal niedrig.

Das Überangebot von Arbeitskräften hätte theoretisch eine Senkung der Löhne bewirken und damit Unternehmern einen Anreiz bieten können, Betriebe in Schleswig-Holstein zu gründen oder zu erweitern. Praktisch war diese Möglichkeit wegen der für das ganze Bundesgebiet geltenden Tarifverträge nur sehr eingeschränkt gegeben. Das Lohngefälle zwischen dem übrigen Bundesgebiet und Schleswig-Holstein blieb gering und wurde, soweit es bestand, in vielen Fällen durch

³ Juni 1938: 2454 Arbeitslose, Juni 1939: 593 Arbeitslose.

höhere Frachtkosten und andere Nachteile kompensiert, selbst wenn diese z.T. nur in der Vorstellung der Unternehmer existierten. Die Industrialisierung Schleswig-Holsteins erreichte jedenfalls bei weitem nicht das Ausmaß, das der Zunahme der Bevölkerungsdichte entsprochen hätte.



In den Jahren 1950/54 stieg die Beschäftigung im Trend leicht an, während die Arbeitslosigkeit im gleichen Zeitraum stark zurückging. Man kann schätzen, daß in dem gleichzeitigen Wanderungsverlust Schleswig-Holsteins eine Zahl von mindestens 150 000 Erwerbspersonen enthalten war. Durch ihren Fortzug wurde die Arbeitsmarktlage direkt

Tabelle 24
Die Beschäftigten Schleswig-Holsteins und des übrigen Bundesgebietes nach Wirtschaftsabteilungen
 am 25. 6. 1938 und am 30. 6. 1949—1954
 Meßziffern (25. 6. 1938 = 100)

Zeitpunkt	Beschäftigte insgesamt	davon in den Wirtschaftsabteilungen								
		0	1	2	3/4	5	6	7	8	7 + 9
		Land-, Forst-, Jagdwirtsch., Tierzucht, Gärtnerei, Fischerei	Bergbau, Gewinnung u. Verarb. von Steinen u. Erd. Energiewirt.	Eisen- und Metall- erzeugung und -ver- arbeitung	Verarbeitende Gewerbe (ohne Eisen- und Metall- verarbeitung)	Bau-, Ausbau- und Bauhilfs- gewerbe	Handel-, Geld- und Versiche- rungs- wesen	Verkehrs- wesen	Öffentliche Dienste u. priv. Dienstleistung einschl. häusl. Dienste	
Schleswig-Holstein										
25. 6. 1938	100		100	100	100	100	100	100	100	100
30. 6. 1949	130,3	157,1	106,7	85,9	165,0	110,1	138,6	155,0	125,0	
30. 6. 1950	126,9	142,5	110,9	88,3	158,2	131,6	146,6	150,6	113,6	
30. 6. 1951	126,7	131,9	150,0	104,1	155,5	118,3	159,4	154,2	107,8	
30. 6. 1952	127,3	127,5	127,8	105,9	155,2	116,5	162,1	161,2	111,6	
30. 6. 1953	131,8	125,0	130,2	112,4	162,7	137,0	172,8	162,5	110,8	
30. 6. 1954	134,7	117,1	137,8	119,9	167,3	148,6	185,7	164,8	110,0	
übriges Bundesgebiet										
25. 6. 1938	100		100	100	100	100	100	100	100	100
30. 6. 1949	109,3	141,9	98,7	102,4	116,0	91,8	95,5	129,0	109,5	
30. 6. 1950	112,5	127,3	102,8	107,3	123,4	103,9	106,3	125,9	107,1	
30. 6. 1951	119,9	120,7	122,3	122,6	128,0	112,7	119,1	128,6	109,4	
30. 6. 1952	123,7	115,6	112,9	123,0	132,6	124,9	126,8	130,3	118,2	
30. 6. 1953	128,9	112,7	116,7	128,0	137,3	139,1	138,1	132,3	121,6	
30. 6. 1954	128,8	103,7	113,0	131,2	140,1	127,4	143,7	131,5	122,6	

Quellen: Landesarbeitsamt Schleswig-Holstein, Bundesministerium für Arbeit und Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein.

oder indirekt entspannt. Auch in den Tiefpunkten lag die Beschäftigung mit etwa 600 000 noch um rund 100 000 über der von 1938. In den einzelnen Wirtschaftsabteilungen ist die Zunahme gegenüber der Vorkriegszeit jedoch sehr unterschiedlich. Sie ist am größten im verarbeitenden Gewerbe, im Handel, Geld- und Versicherungswesen, am geringsten in der Landwirtschaft. Rechnet man zu den Beschäftigten in der Landwirtschaft auch die mithelfenden Familienangehörigen, so ergibt sich hier sogar eine Abnahme.

Der unterschiedliche Bevölkerungszuwachs in Schleswig-Holstein und im übrigen Bundesgebiet spiegelt sich in der Veränderung des Beschäftigungsniveaus einiger Wirtschaftsabteilungen wider. Und zwar sind dies vor allem das an den örtlichen Bedarf gebundene verarbeitende Gewerbe, der Handel und der Verkehr. Die Ausdehnung dieser Wirtschaftszweige ist weitgehend eine Funktion der Veränderung in der Bevölkerungsdichte und dürfte, wenn nicht das durchschnittliche Einkommen entsprechend steigt, durch die Abwanderung z. T. wieder zurückgehen. In der Eisen- und Metallerzeugung und -verarbeitung ist Schleswig-Holstein auffallend hinter der Entwicklung im übrigen Bundesgebiet zurückgeblieben, noch mehr wenn man die Beschäftigungszunahme in diesem Wirtschaftszweig mit dem Bevölkerungszuwachs vergleicht. Immerhin ist es beachtlich, daß trotz der sehr eingreifenden Demontagen der Vorkriegsstand in diesem Wirtschaftszweig 1951 wieder erreicht und seither überschritten wurde. Ein Vergleich der Veränderungen in der landwirtschaftlichen Beschäftigung läßt vermuten, daß das größere Angebot von Arbeitskräften die Rationalisierung in Schleswig-Holstein mehr als im übrigen Bundesgebiet verzögert hat. Der Rückgang im Kräftebesatz ist allerdings auch hier unverkennbar.

2. Beschäftigung von Vertriebenen und Flüchtlingen

Wie sich in der dargelegten Gesamtentwicklung der Beschäftigung die Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge im einzelnen vollzog, läßt sich aus der Statistik nur sehr unvollkommen ablesen. In der Volkszählung von 1950 wurden nur die Vertriebenen gesondert erfaßt, in den Arbeitsamterhebungen Vertriebene und Zugewanderte. Zu anderen Zeitpunkten sind die Beschäftigten nicht unter dem hier interessierenden Gesichtspunkt aufgegliedert. Nur die arbeitslosen Flüchtlinge (bis Ende 1952 Vertriebene und Flüchtlinge, seither nur Vertriebene) wurden monatlich gesondert ausgewiesen.

Der Anteil der Vertriebenen an der Beschäftigtenzahl ist vom September 1950 bis September 1953 von 34 auf 32 vH zurückgegangen,

Tabelle 25
Die Beschäftigung der Flüchtlinge und der übrigen Bevölkerung
Schleswig-Holsteins
 1950—1953

Stichtag	Beschäftigte	davon			
		Flüchtlinge ^a 1000	vH	übrige Bevölkerung 1000	vH
13. 9. 1950	627 151	213,6 ^b	34,1	413,6	65,9
30. 9. 1951	633 050	234,6	37,1	398,4	62,9
30. 9. 1953	667 025	240,8	36,1	426,2	63,9
30. 6. 1954	671 108	217 ^{bc}	32,3	554 ^c	67,7

a Flüchtlinge = Vertriebene und Zugewanderte. — b Nur Vertriebene. — c Geschätzt. Die Statistik des Landesamts weist für 1953 und 1954 eine Beschäftigung von Vertriebenen aus, die etwa gleich hoch ist wie 1950. Die hier wie auch in Tab. 19 gegebene etwas höhere Schätzung unterstellt, daß die Vertriebeneneigenschaft der Beschäftigten in den Betrieben zum Teil nicht bekannt ist.

Quelle: Statistisches Landesamt. — Landesamtsamt Schleswig-Holstein.

während ihr Bevölkerungsanteil gleichzeitig von 33 auf 29 vH sank. Der Anteil der arbeitslosen Vertriebenen an der Gesamtzahl der Arbeitslosen in Schleswig-Holstein verminderte sich in dieser Zeit von 50 auf 44 vH. Am 30. 9. 1953 betrug der Anteil der Vertriebenen und Flüchtlinge in Schleswig-Holstein

an der Bevölkerung . . . 34,3 vH
 an den Arbeitnehmern . . 37,6 vH
 an den Beschäftigten . . 36,1 vH
 an den Arbeitslosen . . . 49,1 vH

Berücksichtigt man die im Vergleich zu den Einheimischen sehr geringe Zahl von Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen unter den Vertriebenen und Flüchtlingen, so leuchtet ein, daß ein nur etwa ihrem Bevölkerungsanteil entsprechender Beschäftigungsgrad nicht als befriedigend gelten kann. Man wird in dieser sogen. Paritätsfrage jedoch die Folgen der Entwurzelung, die sich in dem hohen Anteil der aus dem Erwerbsleben ausgeschiedenen Vertriebenen ausdrücken, als eine schwer oder gar nicht zu ändernde Gegebenheit berücksichtigen müssen.

Eine Aufgliederung der beschäftigten Flüchtlinge (Vertriebene und Zugewanderte) nach Berufsgruppen ist nur für den 31. 10. 1950 verfügbar (s. Anhang Tab. XI). Sie waren damals im Durchschnitt aller Berufsgruppen mit 38,7 vH beteiligt. Am höchsten lag der Flüchtlingsanteil bei den Glasmachern, was sich dadurch erklärt, daß dieser Beruf überwiegend von sudetendeutschen Vertriebenen (Siedlung Trappen-

kamp) ausgeübt wird. Weit über dem Durchschnitt lagen vor allem die großen Gruppen der weniger beliebten und relativ niedrig bezahlten Berufe. Dementsprechend war der Flüchtlingsanteil in den begehrten Tätigkeiten unterdurchschnittlich. Besonders bemerkenswert ist die hohe Zahl der in der Landwirtschaft arbeitenden Flüchtlinge. Da die Gesamtzahl der Fremd-Arbeitskräfte in der Landwirtschaft zwischen 1939 und 1950 nur wenig zugenommen hat, handelt es sich hier im Gegensatz zu anderen Berufen ganz überwiegend um ein Auswechseln. Einheimische Landarbeiter und mithelfende Familienangehörige haben sich anderen Tätigkeiten zugewandt, Flüchtlinge sind an ihre Stelle getreten. In der Praxis ist dies in noch größerem Umfange geschehen als es die Statistik erkennen läßt. Es ist bekannt, daß ein erheblicher Teil der arbeitslosen Flüchtlinge mehr oder minder anhaltend Schwarzarbeit gerade in der Landwirtschaft leistet. Das ergibt sich schon aus dem engen Zusammenwohnen und ist deshalb auch schwer zu kontrollieren. Gelegentlich der landwirtschaftlichen Betriebszählung vom Mai 1949 wurden in 67 704 Betrieben 278 000 einheimische und 328 000 nichteinheimische Bewohner gezählt. Wie zu erwarten, ergab sich häufig aus der Unterbringung ein Arbeitsverhältnis. Allerdings ist anzumerken, daß nur der kleinere Teil der in landwirtschaftlichen Betrieben Untergebrachten dort auch arbeitete. Zahlreiche für Landarbeiter bestimmte Werkwohnungen wurden auf diese Weise zweckentfremdet. Die Umsiedlung ist im Begriff, dies Problem zu lösen. Schon wird wieder von vielen Bauern (besonders in den mittelgroßen Betrieben) über Mangel an Arbeitskräften geklagt. Gute Betriebsführer haben aus dem großen Angebot der letzten Jahre ihre Auswahl getroffen und diese Kräfte an den Hof zu binden gewußt. Im Durchschnitt gelten jedoch die Arbeits-, Einkommens- und Wohnverhältnisse für Landarbeiter in bäuerlichen Betrieben weiterhin als wenig anziehend. Es ist darum anzunehmen, daß sich die hohe Zahl von Flüchtlingen in dieser wie auch einer Reihe anderer Berufe mehr aus der Not als aus freier Wahl erklärt, so daß mit weiterer Abwanderung aus der Landwirtschaft zu rechnen ist.

Als eine in Schleswig-Holstein verhältnismäßig ausgebreitete Tätigkeit, die aber nicht als „Beschäftigung“ im engeren Sinne gezählt wird, sei hier noch die Notstandsarbeit erwähnt. Gemessen an der Arbeitslosenzahl hat sie nur geringe Bedeutung gewonnen. Ihr psychologischer Wert ist umstritten. Ihr Einsatz für Entrümpelung zerstörter Anlagen, Straßenbauten, Kulturarbeiten und Ausbau der Versorgungsnetze trug in bescheidenem Maße dazu bei, die Grundlagen für neue Arbeitsplätze und damit für eine dauerhafte Wandlung der Beschäftigungslage zu schaffen. Der Anteil Vertriebener an den Notstandsarbeiten entsprach etwa ihrem Anteil an der Arbeitslosigkeit (s. Anhang Tab. XIII).

3. Arbeitslosigkeit der Vertriebenen und Flüchtlinge und ihre regionale Verteilung

Wenn auch, wie wiederholt betont wurde, die Arbeitslosigkeit der Vertriebenen und Flüchtlinge als Maßstab für die Eingliederung nur sehr begrenzten Wert hat, so ist doch ihre genauere Analyse für alle Fragen der Aussiedlung in andere Bundesländer, der Umsiedlung im Lande selbst und der einsatzfähigen Arbeitsreserven von großem Interesse. Insbesondere lohnt es sich, die regionale Verteilung der Arbeitslosen näher zu betrachten. Eine vom Landesarbeitsamt vorgenommene Gliederung der Arbeitslosenzahlen nach Wirtschaftslandschaften zeigt charakteristische Abstufungen der Arbeitslosenquote.

Am niedrigsten, wenn auch doppelt so hoch wie im westdeutschen Durchschnitt war die Quote in den an Hamburg angrenzenden Bezirken. Die Standortbedingungen für die Ausdehnung gewerblicher Aktivität sind hier besonders günstig. Außerdem pendeln von hier 40—50 000 Beschäftigte in das große städtische Wirtschaftszentrum.⁴ Am höchsten war die Quote der Erwerbslosigkeit anhaltend in den Bezirken der Ostküste, wo sich die Folgen starken Bevölkerungszustroms mit denen der Demontage und der Abschneidung früherer Wirtschaftsbeziehungen addieren. Auch in dieser recht globalen Zusammenfassung nach Wirtschaftslandschaften läßt sich in der Entwicklung seit 1949 die Wirkung der Umsiedlung deutlich erkennen. Die Arbeitslosigkeit ist am stärksten in den Bezirken der Westküste und des Mittelrückens zurückgegangen, wo die Entwicklungsaussichten als ungünstig anzusehen sind.

Für alle Ausgleichsplanungen waren die Unterschiede in der Arbeitslosigkeit nach Gemeindegrößenklassen sehr aufschlußreich. Die allgemeinen Quoten (Spalte 6) schwanken 1953 zwar ohne deutliche Tendenz um den Mittelwert von 11,9, aber die Aufgliederung in Stammbevölkerung und Flüchtlinge läßt die Konzentration der Flüchtlingsarbeitslosigkeit in den kleineren Gemeinden erkennen. Auf die Gemeinden bis unter 2000 Einwohnern entfielen 1953 30 vH der Bevölkerung, 25 vH der Arbeitnehmer, 23 vH der Arbeitslosen, 31 vH der arbeitslosen Vertriebenen und 17 vH der übrigen Arbeitslosen. Ein Vergleich mit den Verhältnissen am 30. 9. 1951 läßt die Wirkung der Abwanderung wiederum klar hervortreten. Damals betrug die Arbeitslosenquote der Flüchtlinge z. B. in den Gemeinden unter 500 Einwohnern etwa 15 vH, bei einem Mittelwert von 10,6 vH. Die Abweichung war also noch erheblich größer als 1953. Die Zunahme der Erwerbslosigkeit mit der Gemeindegröße kann als normal gelten. Das ist die Tendenz, die sich für die einheimischen Arbeitnehmer ergibt (Spalte 9). Hier treten auch

⁴ S. Hamburg in Zahlen, Sonderheft vom 28. 6. 1954 — 1950 betrug diese Pendlerzahl etwa 36 000. Dies ist bei der Bewertung des gesamten Beschäftigungszuwachses in Schleswig-Holstein zu berücksichtigen.

Tabelle 26
Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Schleswig-Holstein nach Wirtschaftslandschaften
 1949—1953

Stichtag	Westküste			Mittelrücken			Ostküste			Ring um Hamburg			Schleswig-Holstein		
	Ar- beit- nehmer	Ar- beits- lose	Ar- beits- losen- anteil	Ar- beits- nehmer	Ar- beits- lose	Ar- beits- losen- anteil	Ar- beits- nehmer	Ar- beits- lose	Ar- beits- losen- anteil	Ar- beits- nehmer	Ar- beits- lose	Ar- beits- losen- anteil	Ar- beits- nehmer	Ar- beits- lose	Ar- beits- losen- anteil
	1000	1000	vH	1000	1000	vH	1000	1000	vH	1000	1000	vH	1000	1000	vH
30. Sept. 1949	118,0	26,5	22,5	170,3	39,7	23,3	412,2	98,4	23,9	142,8	21,8	15,3	842,7	187,3	22,2
30. Sept. 1950	112,1	25,8	23,0	167,8	37,3	22,4	404,5	91,6	22,6	144,0	23,4	16,3	828,4	178,1	21,5
30. Sept. 1951	101,9	18,7	18,4	158,5	33,0	20,8	388,0	82,8	21,3	141,5	22,4	15,8	789,9	156,9	19,9
30. Sept. 1952	98,9	13,4	13,5	151,8	24,0	15,8	380,8	63,8	16,8	140,7	17,7	12,6	772,2	118,9	15,4
30. Sept. 1953	94,3	9,5	10,1	148,8	17,6	11,8	375,2	49,2	13,1	138,7	13,7	9,9	756,9	89,9	11,9

Quellen: P. J. Maaßen, Struktur und regionale Verteilung der Arbeitslosigkeit in Schleswig-Holstein, Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein, 2. Jg., Heft 7, Juli 1950, S. 272/73; 4. Jg., Heft 1, Januar 1952, S. 8/9 und 12/14. — Landesarbeitsamt Schleswig-Holstein.

die Demontagen und die Zonentrennung als wirksame Faktoren hervor, die besonders die größeren Städte betrafen und dort viele Einheimische ihren Arbeitsplatz verlieren ließen. Die Gemeinden zwischen 20 000 und 25 000 Einwohnern fallen durch besonders hohe Quoten auf. Es handelt sich hier um vier Gemeinden (Eckernförde, Husum, Heide, Geesthacht), von denen Eckernförde und Geesthacht sehr stark durch Demontagen gelitten haben. Geesthacht hatte zwischen 1939 und 1950 einen Bevölkerungszuwachs von 152 vH, die drei anderen Orte von etwa je 73 vH. So zeigen sich an diesem Beispiel sehr deutlich die strukturellen Ursachen der Arbeitslosigkeit.

Bei allen Zahlen über die Arbeitslosigkeit ist außer dem anhaltenden starken Einfluß der Umsiedlung und freien Wanderung auch die Arbeitsverwendbarkeit der Erwerbslosen zu berücksichtigen. Sie ist seitens der Arbeitsverwaltung durch die Erhebung vom Oktober 1952 untersucht worden.⁵ Danach war der Anteil der voll Verwendbaren in Schleswig-Holstein mit 64 vH aller Arbeitslosen (rund 6 vH aller Arbeitnehmer) höher als im Durchschnitt des Bundesgebietes (58,7), obwohl in diesem Lande wahrscheinlich nach strengerem Maßstab bewertet worden ist als etwa in Nordrhein-Westfalen (45,3 vH voll Verwendbare), wo die Arbeitsreserven zur Zeit der Erhebung vielerorts schon recht knapp waren.

In Schleswig-Holstein wie auch in den beiden anderen „Abgabeländern“ war der durchschnittliche Grad der Verwendbarkeit durch die Vertriebenen ungünstig beeinflusst, durch die Zugewanderten dagegen günstig. Darin dürfte die positive Auslese bei der Zuwanderung aus der Sowjetzone und Berlin und die negative Auslese bei der Umsiedlung der Vertriebenen hervortreten. Außerdem haben die Vertriebenen ganz besonders unter den körperlichen und seelischen Folgen von Entwurzelung, jahrelangem Lagerleben und Dauerarbeitslosigkeit gelitten. Die Dauerarbeitslosen (länger als 52 Wochen ununterbrochen arbeitslos) sind im allgemeinen nur insgesamt ausgewiesen. Es handelt sich dabei um Mindestzahlen, da kurze Arbeitsaufnahmen innerhalb langjähriger Arbeitslosigkeit häufig sind.

Auf Grund einiger Sonderauszählungen kann man annehmen, daß die Vertriebenen und Flüchtlinge von der langfristigen Erwerbslosigkeit noch etwas mehr als in Höhe ihres schon außerordentlich großen Anteils an der gesamten Arbeitslosenzahl betroffen waren und daß der starke Rückgang der Dauerarbeitslosigkeit seit 1952 zum großen Teil auf ihre Umsiedlung und Abwanderung zurückzuführen ist. Ob

⁵ Siehe „Die Schichtung der Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland und Westberlin Mitte Oktober 1952“. Hrsg. von der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Nürnberg 1953, s. Anhang Tab. XV.

Tabelle 27
Arbeitslosenquoten der Vertriebenen, Zugewanderten und der übrigen Bevölkerung in Schleswig-Holstein nach Gemeindegrößenklassen am 30. 9. 1953

Gemeindegrößenklassen	Arbeits- nehmer	Arbeits- lose	d a v o n			Arbeits- lose in vH der Arbeit- nehmer	Arbeits- lose Ver- triebene in vH der Arbeit- nehmer	Arbeits- lose Zu- gewan- derte in vH der Arbeit- nehmer	Arbeits- lose der übrigen Bevölke- rung in vH der Arbeit- nehmer
			Ver- triebe- ne	Zu- ge- wan- derte	übrige Be- völke- rung				
	1	2	3	4	5	Sp. 2/Sp. 1	Sp. 3/Sp. 1	Sp. 4/Sp. 1	Sp. 5/Sp. 1
unter 500 Einwohner	54 071	5 606	3 530	226	1 849	10,4	6,5	0,4	3,4
500 bis unter 1 000 Einwohner	71 809	8 000	4 808	305	2 887	11,1	6,7	0,4	4,0
1 000 bis unter 2 000 Einwohner	66 983	7 138	4 020	314	2 804	10,7	6,0	0,5	4,2
2 000 bis unter 5 000 Einwohner	76 544	8 545	4 223	435	3 887	11,2	5,5	0,6	5,1
5 000 bis unter 10 000 Einwohner	92 487	9 714	4 644	543	4 527	10,5	5,0	0,6	4,9
10 000 bis unter 20 000 Einwohner	72 966	8 526	3 796	621	4 109	11,7	5,2	0,9	5,6
über 20 000 Einwohner	322 075	42 382	14 480	2 210	25 692	13,2	4,5	0,7	8,0
Insgesamt	756 935	89 910	39 501	4 654	45 755	11,9	5,2	0,6	6,0

Quelle: Berechnet auf Grund der Statistik des Landesamts Schleswig-Holstein.

Tabelle 28
Hauptunterstützungsempfänger und Dauerarbeitslose^a
in Schleswig-Holstein
 Dezember 1949 bis Juni 1954

Stand (Ende des Monats)	Hauptunter- stützungs- empfänger insgesamt	davon Dauer- arbeitslose ^a	Dauerarbeits- lose in vH der Haupt- unterstützungs- empfänger
	1	2	3
1949 Dezember	199 105	20 026	10,1
1950 März	217 639	34 488	15,8
Juni	186 468	47 464	25,5
September	159 321	58 409	36,7
Dezember	189 771	78 891	41,6
1951 März	192 426	84 954	44,1
Juni	157 999	96 203	60,9
September	136 688	72 127	52,8
Dezember	161 949	73 412	45,3
1952 März	158 160	72 948	46,1
Juni	129 390	66 121	51,1
September	103 154	57 954	56,2
Dezember	143 915	59 578	41,4
1953 März	120 416	55 981	46,5
Juni	99 127 ^b	44 928	45,3
September	83 469 ^c	44 006	52,7
Dezember	112 823 ^d	46 479	41,2
1954 März	111 490 ^e	45 240	40,6
Juni	61 155	38 654	63,2

^a Über 52 Wochen unterstützt. — ^b Einschl. 2181 Hauptunterstützungsempfänger in den Durchgangslagern Wentorf und Blankensee bei Lübeck für Flüchtlinge aus der Sowjetzone. ^c einschl. 5090. — ^d einschl. 4529. — ^e einschl. 4395.

Quellen: Statistisches Jahrbuch Schleswig-Holstein 1952, S. 63, Tab. 9 und 10. — Statistisches Jahrbuch Schleswig-Holstein 1951, S. 44, Tab. 3 und 4. — Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein.

das Ziel, die Dauerarbeitslosigkeit ganz zum Verschwinden zu bringen, auf den bisher beschrittenen Wegen erreicht werden kann, muß allerdings bezweifelt werden. Wenngleich die 1952 erhobenen Zahlen über die Verwendbarkeit und die Möglichkeiten der Vermittlung in andere Orte und Länder sicherlich nicht als starre Größen anzusehen sind, so dürfte doch gerade unter den Entwurzelten mit einem erheblichen Rest zu rechnen sein, dessen Arbeitsangebot nur nach vorheriger Umschulung und bei großer Fürsorge für den Einzelfall untergebracht werden kann. Man kann vom ökonomischen Standpunkt solche Maßnahmen auf ihre Rentabilität hin prüfen, aber man sollte nicht, wie es häufig geschieht, die Dauerarbeitslosen mit der notwendigen Fluktuationsreserve verwechseln.

Fünftes Kapitel

Probleme der Eingliederung ehemals Selbständiger

1. Allgemeine Entwicklung

Die Eingliederung der ehemals selbständigen Vertriebenen und Flüchtlinge wurde bereits in Kap. III, 2 in den allgemeinen Umrissen behandelt. Sie ist nicht möglich ohne Eingriffe in die Kapitalverteilung und in die Entwicklung der Betriebsgrößenstruktur und darum besonders schwierig. Wie im gesamten Gebiet der Bundesrepublik Westdeutschland¹, so ist auch in Schleswig-Holstein seit Jahrzehnten ein abnehmender Trend des Anteils der Selbständigen an den Erwerbspersonen und an der Bevölkerung zu erkennen (vgl. S. 50 und Anhang VIII).

Das aus der Zahlenübersicht erkennbare Schrumpfen des Anteils der Selbständigen und ihrer Angehörigen, dem in Schleswig-Holstein eine besonders auffällige Zunahme der Rentenbevölkerung (selbständige Berufslose und Angehörige) entspricht, hängt eng zusammen mit den Wirkungen der Industrialisierung und der vom Staat vorgenommenen Einkommensumschichtung. Im Rückgang des Anteils der Selbständigen drücken sich vor allem die aus allen modernen Ländern bekannten Veränderungen der Betriebsgrößenstruktur aus, die weitgehend von ökonomischen und technischen Eigengesetzlichkeiten determiniert sind. Wenn diese Entwicklung in einzelnen Wirtschaftszweigen durch staatliche Eingriffe aufgehalten wird, so muß dafür der Preis volkswirtschaftlich überhöhter Kosten gezahlt werden. Für solche Eingriffe sprechen gewichtige nichtökonomische Gründe. Um diese aber gegen die ökonomischen Argumente abwägen zu können, wäre es wün-

¹ Vgl. den Aufsatz des Verfassers „Offene Fragen der Vertriebenen-eingliederung“ in „Der Arbeitgeber“, Köln, 15. 2. 1953, und seine Schrift „Die Flüchtlinge als Belastung und Antrieb der westdeutschen Wirtschaft“, Kieler Studien Nr. 12, Kiel 1952, S. 36 ff. In diesen Schriften wurde nachdrücklich darauf hingewiesen, daß gerade die Fragen der Eingliederung Selbständiger dringend empirischer Einzeluntersuchung bedürfen. Da dieser Hinweis kaum Konsequenzen gehabt hat und auch für die vorliegende Studie keine Mittel für entsprechende Forschungen zur Verfügung standen, kann im folgenden wiederum nur ein allgemein gehaltener Abriß der Probleme gegeben werden.

schenswert, empirische und theoretische Untersuchungen dieses ganzen Fragenkomplexes weit mehr als bisher zu veranlassen und zu fördern.

Für einige selbständige Berufe ergab sich seit 1945 eine besondere Lage. So war es infolge der starken Bevölkerungszunahme notwendig und rentabel, z. B. in den freien Berufen (Ärzte, Anwälte u. ä.), in den weniger kapitalintensiven Zweigen des Handels und Handwerks, sowie in manchen Dienstleistungsgewerben die Zahl der selbständigen Existenzen erheblich zu vergrößern (vgl. Tabelle 20 und Anhang Tab. VIII).

Tabelle 29

Die Bevölkerung in Schleswig-Holstein^a nach der Stellung im Beruf
1925—1950
(vH)

Stellung im Beruf	1925	1933	1939	1946	1950
Selbständige	21,4	19,0	15,0	13,9	12,9
Mithelf. Fam. Angehörige	6,8	8,1	7,6	3,6	3,9
Beamte u. Angestellte ..	17,1	15,7	18,9	14,9	17,3
Arbeiter	44,1	42,9	42,7	34,6	44,1
Erwerbsbevölkerung insges.	89,4	85,7	84,2	67,0	78,2
Wehrmacht u. RAD	—	—	3,1	—	—
Selbständige Berufslose	10,6	14,3	12,7	33,0	21,8
Gesamtbevölkerung	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

^a 1925 einschl. Land Lübeck und Landesteil Lübeck, abzügl. Stadtkreis Altona, Landgemeinde Blankenese, Stadtkreis Wandsbek. — 1933 einschl. Land Lübeck und Landesteil Lübeck, abzügl. Stadtkreis Altona, Landgemeinde Billstedt, Landgemeinde Lokstedt, Landgemeinde Rahlstedt, Stadtkreis Wandsbek.

Quellen: 1925 und 1933, Statistik des Deutschen Reiches, Berufszählung. — 1939 und 1946, Statistisches Handbuch für Schleswig-Holstein, Kiel 1951, S. 327, 330, 331, 332, 337. Statistische Berichte, Arb. Nr. VIII/8/2 vom 2. 1. 1950, Tab. 2 und Tab. 5. — 1950, Statistische Berichte, Arb. Nr. VIII/8/18 vom 8. Juli 1952, und Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, „Die Erwerbspersonen nach Wirtschaftsgruppen und Stellung im Beruf“, auf Grund der Volkszählung 1950.

Zwar bedurfte es auch in diesen Fällen zunächst oft öffentlicher Hilfsmaßnahmen. Sie blieben aber in der Summe der aufgewandten Beträge relativ geringfügig und gaben auch in der öffentlichen Diskussion verhältnismäßig wenig Anlaß zu Differenzen. Trotzdem wäre es wissenswert, was in diesen Bereichen eigentlich vor sich gegangen ist und weiter geschieht. Doch gibt es über die hier aus den Volkszählungen entnommenen Zahlen hinaus — z. B. über den großen Bereich des Handels — kaum aufklärende Unterlagen oder Repräsentativuntersuchungen.

Überall da, wo eine selbständige Existenz nur auf der Basis beträchtlicher Produktionsmittel möglich war und ganz besonders in der Landwirtschaft blieb der Eingliederungserfolg gering. Die Zahl der Selbständigen insgesamt stieg zwar zwischen 1939 und 1950 um 24 vH. Die Bevölkerung aber hatte sich um 63 vH vergrößert, und ein Teil der zusätzlichen Möglichkeiten selbständiger Existenz war von Altangesessenen wahrgenommen worden. Ihre Gesamtzahl war 1950 um 7 vH geringer als 1939, aber die Zahl der Selbständigen unter ihnen hatte um etwa 8 vH zugenommen. Seit 1950 ist die Zahl der Selbständigen nicht mehr ermittelt worden. Trotz vielen Förderungsmaßnahmen dürfte sie sich seither nur wenig vergrößert haben (vgl. die Schätzung in Tabelle 19). Im folgenden wird versucht, die Fragen der Eingliederung Selbständiger in Landwirtschaft, Industrie und Handwerk etwas eingehender zu behandeln und an diesen Beispielen allgemeine Entwicklungen zu zeigen.

2. Landwirtschaft

Politisch-soziale und ökonomische Argumente vermischen sich in der Diskussion der Eingliederung Selbständiger in der Landwirtschaft nur allzu leicht, so daß eine klare Übersicht über das Für und Wider oft nicht zustande kommt und dem Handelnden eine hinreichende Urteilsgrundlage fehlt. Es ist zweckmäßig, die beiden genannten Arten von Argumenten streng zu trennen.

Die politisch-sozial begründeten Bestrebungen, die Zahl der Selbständigen in der Landwirtschaft zu vergrößern, finden sich in der geschichtlichen Entwicklung lange bevor die Lage nach dem ersten und insbesondere nach dem zweiten Weltkrieg ihnen stärksten Nachdruck gab. Die Begründung war im wesentlichen:

1. Den besitzenden bäuerlichen Mittelstand als stabilisierendes Element der gesellschaftlichen Verfassung zu verbreitern, und zwar vor allem in den Grenzgebieten.
2. Das Bauerntum als Garanten des Wachstums oder doch der ausreichenden Erneuerung der Bevölkerung zu stärken.
3. Die Machtstellung des Großgrundbesitzes zu schwächen.

Zu diesen Motiven, die sich früher in erster Linie auf das Siedlungsinteresse der nichterbenden Bauernsöhne und der Landarbeiter stützten, kam seit 1945 die Sorge um die Vertriebenen und Flüchtlinge hinzu, wobei als zusätzliches politisches Argument Geltung gewann

4. Das Bauerntum aus den Vertreibungsgebieten zu erhalten, insbesondere auch im Blick auf die erstrebte Rückgliederung dieser Gebiete.

Um diese Argumente abzuschwächen wird angeführt, daß auch andere große Berufsgruppen einen stabilisierenden Einfluß haben, begründet

u. a. durch Ausbildung, Einkommen, Hausbesitz und ihr gesellschaftliches Leitbild. Dabei wird insbesondere an die gehobene Schicht der Facharbeiter und Angestellten gedacht. Daß das Bauerntum für die Erneuerung und das Wachstum der Bevölkerung tragend sei, wird auf Grund einer differenzierten Analyse der neueren Entwicklung der Reproduktionsziffern bestritten.² Die Vorstellung von einer übermäßigen Machtstellung des Großgrundbesitzes ist in der öffentlichen Meinung kaum noch zu finden. Dem Gedanken, daß es notwendig sei, eine bäuerliche Reserve für den Tag der Rückgliederung der Vertreibungsgebiete zu konservieren, wird die Ungewißheit dieser Aussicht entgegengehalten und die Überlegung, daß es in einem solchen Fall bei den sehr engen Verhältnissen großer Teile der deutschen Bauernschaft immer reichlich Anwärter für die Rücksiedlung geben werde.

Aus der ökonomischen Betrachtungsweise ergeben sich bei der gegenwärtigen Produktionsrichtung keine Argumente, die für eine planmäßige Vergrößerung der Betriebszahl in der Landwirtschaft sprächen. Das wäre nur der Fall, wenn solche Stellen auf bisher nicht oder wenig genutztem Land geschaffen werden könnten und wenn Investitionen hierfür eine angemessene Verzinsung versprochen. Diese Voraussetzung ist in Deutschland, von geringfügigen Ausnahmen abgesehen, nicht gegeben. Soweit es sich aber bei diesen Plänen darum handelt, mehr Stellen zu schaffen durch Aufteilen bestehender Betriebe, sprechen alle Erwägungen der Wirtschaftlichkeit dagegen.

Zahlreiche Untersuchungen sind zu dem übereinstimmenden Ergebnis gelangt, daß sich bei der Aufteilung großer Betriebe in kleinere im allgemeinen eine höhere Leistung je Flächeneinheit ergibt, aber eine geringere Arbeitsproduktivität und dementsprechend ein geringeres Einkommen je Kopf.³ Die für die Siedlung benötigten zusätzlichen Investitionen verzinsen sich mit weit unterdurchschnittlichen Sätzen. Stamer berechnete auf Grund der schleswig-holsteinischen Siedlungsergebnisse der Jahre 1949—1951 den volkswirtschaftlichen Kapitalaufwand für jeden damit zusätzlich gewonnenen Arbeitsplatz auf 90 000 DM (ohne Einstandspreis der Siedlungsfläche und ohne Wohnungsbau, also überwiegend Erschließung, zusätzliche Wirtschaftsgebäude, Überinventar u. ä.). Für derartige Beträge können u. U. in anderen Wirtschaftszweigen mehrere Arbeitsplätze nebst Eigenheim und Garten geschaffen werden.

² Vgl. z. B. G. Mackenroth, *Bevölkerungslehre, Soziologie und Statistik der Bevölkerung*, 1953, S. 273 ff.

³ Vgl. hierzu und zum folgenden vor allem die ausgezeichnete Untersuchung von Hans Stamer „Die wirtschaftlichen Auswirkungen der ländlichen Siedlung“ (erscheint in Kürze als „Kieler Studie“ Nr. 32).

Das sind ökonomische Grundsatsachen, die gegen die politisch-sozialen Argumente abgewogen werden müssen. In Schleswig-Holstein war die Entscheidung in dieser Frage mitbestimmt durch den ganz außerordentlich starken Bevölkerungsdruck und die anfangs geringen Aussichten, die wirtschaftliche Tragkraft des Landes von der gewerblichen Wirtschaft her angemessen zu verstärken. Rückblickend erscheint es so, als hätte niemals ein Zweifel bestehen dürfen, daß die Förderung der Betriebe größter Marktleistung und der Bewegung des Bodens zum besten Wirt von der gesamtwirtschaftlichen Lage zwingend vorgeschrieben war. Tatsächlich ist aber dieser Gesichtspunkt in der öffentlichen Diskussion der Siedlungsfragen in Schleswig-Holstein von 1945 bis zur Gegenwart nur selten erwähnt worden.

Der starke Bevölkerungszustrom, darunter eine große Zahl bestbewährter Landwirte, ist nicht in erster Linie zum Anlaß geworden, Kräftebestand und Leistung der Landwirtschaft nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu erneuern und entscheidend zu verbessern. Praktisch wirksam wurde der Bevölkerungsdruck in der Landwirtschaft ganz überwiegend nur zugunsten der sozialen Argumente. Die Not der Vertriebenen trat den von Besitzverlusten fast ganz verschonten einheimischen Bauern und Gutsherren täglich vor Augen. Gelegentlich der landwirtschaftlichen Betriebszählung vom Mai 1949 wurden in 67 704 Betrieben Schleswig-Holsteins 278 000 einheimische und 328 000 nichteinheimische Bewohner gezählt. Die Belegung wuchs mit der Betriebsgröße. In der Größenklasse 50—100 ha wurden im Durchschnitt neben 4,7 eingesessenen Personen 15,7 Vertriebene und Flüchtlinge gezählt. So ist es zu erklären, daß auch recht weitgehende Eingriffe in das Privateigentum zugunsten der im Osten Enteigneten in den ersten Nachkriegsjahren allgemein in Erwägung gezogen wurden. Der besonders in Ostholstein ausgebreitete Großgrundbesitz hatte schon in der Zwischenkriegszeit auf Grund des Reichssiedlungsgesetzes von 1919 ein Drittel seines Landes der Siedlung zur Verfügung gestellt. Er war auch jetzt bereit, ein Landopfer zu bringen, zumal der Gedanke, daß der Großbesitz „entmachtet“ werden müsse, in den ersten Nachkriegsjahren bei den Besatzungsdienststellen und den Linksparteien sehr wirksam war. Eine starre Weigerung hätte u. U. radikale Konsequenzen gehabt. Außerdem sahen besonders in den ersten Jahren nach dem Zusammenbruch viele Landeigentümer in den vertriebenen Standesgenossen nicht nur eine latente Bedrohung, sondern Menschen, die brüderlicher Hilfe bedurften. So war, als sich 1946 der erste schleswig-holsteinische Landtag konstituierte, eine aus vielen Motiven gemischte Bereitschaft im ganzen Lande vorhanden, etwas Einschneidendes für die Entwurzelten zu tun, nicht aber eine klare Vorstellung von den wirtschaftlichen Folgen dieses oder jenes nun einzuschlagenden Weges.

In der ersten Sitzung des schleswig-holsteinischen Landtages wurde von der sozialdemokratischen Fraktion ein Antrag vorgelegt (Vorlage Nr. 23 vom 9. 4. 1946), in dem die Enteignung des privaten Großgrundbesitzes und die Bildung von Siedlungsausschüssen in allen Kreisen gefordert wurde. Von Regierungsseite war bereits eine Verordnung vorbereitet worden, die eine progressive Landabgabe vorsah. Der Großgrundbesitz sollte auf Stammhöfe von höchstens 125 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche reduziert und die darüber hinausgehenden Flächen dem Landlieferungsverband (nach dem Reichssiedlungsgesetz von 1919) angedient werden. Auch der Besitz der toten Hand war danach heranzuziehen. Ferner wurde in diesem Verordnungsentwurf bemerkenswerterweise vorgeschlagen, die „wüsten“ Höfe (auf 2000 geschätzt), die schlecht bewirtschafteten Höfe und den bäuerlichen Mehrfachbesitz in das öffentlich geförderte Siedlungsvorhaben einzubeziehen. Das Ziel war, 50 000 Kleinsiedlungen, 18 500 Landarbeiterstellen und 13 200 Bauern-, Handwerker- und Gärtnerstellen neu zu schaffen. Der revolutionäre Entwurf wurde von dem der Rechten angehörenden Ministerpräsidenten Steltzer in der Landtagssitzung vom 6. Mai 1946 vertreten. Er wurde aber von seiner Partei nicht gedeckt, in der die Meinung überwog, daß man einen allgemeinen deutschen Verlustausgleich abwarten solle. Den Sozialdemokraten ging der Entwurf nicht weit genug. Der Großgrundbesitz erschien ihnen zu schonend behandelt und die mit dem Entwurf u. a. beabsichtigte Änderung der ländlichen Arbeitsverfassung als bedenkliche Bindung der Landarbeiter. So kam es zu keiner Einigung und das ganze Vorhaben wurde in der Folge verschleppt und eingeschränkt. Diese Entwicklung ist von F. Boyens⁵ so ausführlich und sachkundig geschildert worden, daß es hier genügen mag, für alle Einzelheiten auf seine Schrift hinzuweisen. Es sei hier nur noch erwähnt, daß schließlich durch die Verordnung Nr. 103 der Militärregierung für die britische Besatzungszone vom 4. 9. 1948, die keine Progression vorsah, der Rahmen festgelegt wurde, an den sich die Agrarreformbestimmungen des Landes Schleswig-Holstein im wesentlichen hielten. Sie waren im übrigen infolge zahlreicher offen gebliebener Rechtsfragen so schwer in der Praxis anzuwenden, daß die Auf siedlung nur dadurch 1950 beginnen konnte, daß der Großgrundbesitz im Frühjahr 1949 freiwillig eine Fläche von rund 30 000 ha (davon etwa 25 000 ha besiedlungsfähig) hierfür zur Verfügung stellte, wofür er zu relativ günstigen Begingungen entschädigt wurde. Weitergehende Siedlungsabsichten fanden im Flüchtlingssiedlungsgesetz vom 8. 8. 1949 und im Bundesvertriebenengesetz vom 25. 3. 1953 einen Rückhalt.

⁵ Friedrich *Boyens*, Siedlung und Bodenreform als Aufgabe des Bundes, Agricola Verlag, Hamburg 1950.

Bisher ungenutzten Boden in Kultur zu nehmen und darauf neue Siedlungen zu errichten, war in Schleswig-Holstein nur in ganz geringem Umfange möglich, und auch das nur, soweit die Erschließungsarbeiten aus öffentlichen Mitteln unter Verzicht auf normale Verzinsung und Amortisation finanziert werden konnten. In den ersten Nachkriegsjahren reichten die staatlichen Mittel kaum aus, um das von der Nordsee gefährdete Drittel des Landes zu schützen und die auf lange Sicht berechneten Anlandungsarbeiten im Wattengebiet notdürftig fortzuführen. 1953 trat die Landesregierung mit dem „Programm Nord“ vor die Öffentlichkeit. Darin ist vorgesehen, rund 1300 ha Vorland südlich des Hindenburgdammes einzudeichen, 37 000 ha im Schleswiger Marschgebiet und 30 000 ha im Gebiet zwischen Flensburg und der Marsch durch Regelung der Wasserwirtschaft, Windschutzpflanzungen, Wegebau usw. zu sanieren und besserer Nutzung zu erschließen. Dadurch hofft man, 2430 Familien auf Neusiedlerstellen und 4412 Familien auf Landarbeiterstellen ansetzen zu können. Mit diesem Programm dürften jedoch die Möglichkeiten, neuen Siedlungsboden zu gewinnen, für absehbare Zeit erschöpft sein. Außerdem ist bei der Vergabe der neuen Stellen auch der Anspruch der einheimischen Bewerber zu berücksichtigen.

Die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Betrieben seitens der Vertriebenen und Flüchtlinge war und ist schwer zu ermitteln, da sie sich je nach den gebotenen Bedingungen als sehr variabel erweisen dürfte. Eine Größenvorstellung versuchte man zu gewinnen, indem man von der Zahl der vor der Vertreibung oder Flucht landwirtschaftlich Selbständigen ausging und entsprechend der Abwanderung in andere Gebiete und Berufe Abschlüsse vornahm. Dabei wurde im allgemeinen weder der Nachwuchs der Vertriebenen berücksichtigt noch die Wahrscheinlichkeit, daß bei einem günstigen Angebot sich viele anderweitig Eingegliederte zur Landwirtschaft zurückwenden würden.⁶

Da der größte Teil der von Schleswig-Holstein seit 1945 zusätzlich aufgenommenen Bevölkerung aus den agrarisch bestimmten Provinzen Ostdeutschlands stammte, ist anzunehmen, daß hier der Anteil der aus der Landwirtschaft kommenden Vertriebenen höher war als im westdeutschen Durchschnitt. Nach der Berechnung von Reichling⁷ soll dieser

⁶ Bei der schleswig-holsteinischen Beratungsstelle für Siedlungsbewerber waren im Maximum 21 000 Bewerber aus der Gesamtbevölkerung vorge­merkt, davon etwa 85 vH Vertriebene. Mitte 1954 wurde die Zahl der ernsthaften Bewerber auf insgesamt 5—8000 geschätzt.

⁷ Wirtschaft und Statistik, 1. Jg. N. F., Heft 10, S. 303 ff.

Anteil im gesamten Bundesgebiet 40 vH betragen haben.⁸ Für die an abhängige landwirtschaftliche Arbeit Gewöhnten oder dazu Bereiten bot sich, wie schon dargestellt wurde, in erheblichem Umfang die Möglichkeit, durch Kriegsverluste freigewordene oder von Einheimischen verlassene Arbeitsplätze einzunehmen. Als selbständige Betriebsinhaber in der Landwirtschaft tätig zu werden, gelang jedoch nur einem kleinen Bruchteil der etwa 35 000 nach Schleswig-Holstein Vertriebenen, die früher eine solche Stellung innehatten. In den Ergebnissen der schleswig-holsteinischen Sondererhebung von Anfang 1949 findet sich der Zahl von 34 549 ehemals selbständiger Landwirte, Tierzüchter, Fischer usw. die Zahl von 2600 wieder selbständig Tätiger gegenübergestellt, davon in Landwirtschaft und Tierpflege 497, im Gartenbau 334, als Fischer 984, weitere als Spediteure, Fuhrunternehmer u. dgl. Bei den beiden zuletzt genannten Gruppen waren offenbar die geretteten Pferde, Wagen und Kutter die Basis neuer Selbständigkeit. Die ostpreußischen und pommerschen Fischer haben sich mit einem erheblichen Anteil in der Kutter- und Küstenfischerei der Ostseeküste behauptet. Sie stellten Anfang 1953 mit 1066 Fahrzeugen fast die Hälfte dieser Flotte.

In den Ergebnissen der Volkszählung vom 13. September 1950 werden als Selbständige in den fraglichen Berufsgruppen 1814 Vertriebene ausgewiesen, davon

1018 in landwirtschaftlichen Berufen,
46 als Tierzüchter,
210 als Gartenbauer,
2 in Forstberufen,
538 in Fischereiberufen.

Die verschiedenen Siedlungsmaßnahmen haben sich jedoch erst nach dieser Zählung voll ausgewirkt. Für Mai 1954 liegt eine Erhebung vor, die Zahl und Anteil der Vertriebenenbetriebe in der Landwirtschaft erkennen läßt, wobei jedoch zu berücksichtigen ist, daß über die Hälfte der Vertriebenenbetriebe in den Größenklassen bis zu 10 ha gezählt wurde, die größtenteils keine Selbständigkeit fundieren können.

In einem Bericht vor dem schleswig-holsteinischen Landtag faßte der Landwirtschaftsminister Sieh am 24. März 1954 die gesamten Ergebnisse der Siedlung wie folgt zusammen:⁹ Auf Grund des Reichssiedlungs-

⁸ Gelegentlich der schleswig-holsteinischen Sondererhebung bei Ausgabe der Flüchtlingsausweise von Anfang 1949 ergab sich für die Berufe des Pflanzenbaus und der Tierwirtschaft ein Anteil von 25,8 vH, für sonstige Berufe von 29,1 vH. Für diese letzte Gruppe berechnet Reichling dagegen nur einen Anteil von 9,9 vH. Es ist zu vermuten, daß in der Gruppe „sonstige Berufe“ der schlesw.-holst. Sondererhebung zahlreiche mit der Landwirtschaft verbundene Tätigkeiten erfaßt sind.

⁹ Schleswig-Holst. Landtag, 2. Wahlperiode, Stenogr. Bericht über die 34. Tagung, 79. Sitzung. S. 1408 ff.

gesetzes von 1919 „wurden in Schleswig-Holstein von 1919—1941 rund 111 000 ha besiedelt. ... Einschließlich der von 1900—1912 auf einer Fläche von weiteren rund 18 000 ha geschaffenen Rentengüter sind in Schleswig-Holstein bis zum zweiten Weltkrieg rund 7500 neue Siedlerstellen entstanden. ... Schon 1939 verdankte fast jeder zehnte landwirtschaftliche Betrieb Schleswig-Holsteins seine Entstehung einem Siedlungsverfahren.“ Von 1945—1953, so führte der Minister weiter aus, oder vielmehr fast ausschließlich in den vier Jahren 1950—1953, seien im Wege

Tabelle 30

Der Anteil der Vertriebenen an der Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Betriebe Schleswig-Holsteins nach Größenklassen

Mai 1954

Größenklassen nach der Betriebsfläche	Betriebe		Betriebsfläche (ha)	
	insgesamt ^a	Ver- triebenen- betriebe	insgesamt ^a	Ver- triebenen- betriebe
Alle Betriebe von 0,5 und mehr ha	67 704	3731 ^b (5,5 vH)	1 400 736	54 078 (3,9 vH)
davon in vH				
0,5 bis unter 2 ha	16,6	23,6	0,9	1,8
2 „ „ 5 ha	17,8	18,7	2,8	3,9
5 „ „ 10 ha	13,3	11,5	4,7	5,8
10 „ „ 20 ha	19,7	24,3	14,1	25,8
20 „ „ 50 ha	25,5	17,7	38,5	36,0
50 „ „ 100 ha	5,8	3,1	18,2	13,5
100 ha und darüber	1,3	1,0	20,9	13,3

^a Die Gesamtzahlen sind der landwirtschaftlichen Betriebszählung von 1949 entnommen, da Zahlen aus der Bodenbenutzungserhebung von 1954 nicht zu erhalten waren. Doch kann angenommen werden, daß sich die Gesamtzahlen seit 1949 nur relativ wenig verändert haben. — ^b Dazu 178 Betriebe, deren einheimische Inhaberinnen einen Vertriebenen geheiratet haben. — Die Zahl der Vertriebenenbetriebe betrug im Mai 1953: 3322 und 1952: 3030.

Quelle: Statistisches Landesamt.

der klassischen Siedlung weitere 27 050 ha besiedelt worden, dazu 36 655 ha (2547 Stellen), die Siedlungsverfahren nach dem Flüchtlingsgesetz und dem Bundesvertriebenengesetz unterlagen. Einschließlich Anliegerland, Wegen, Gräben usw. seien 69 268 ha der Siedlung zugeführt und 8551 Siedlerstellen errichtet worden, davon 47 519 ha und 6527 Stellen zugunsten Vertriebener.

In diesem Bericht wie auch in allen ähnlichen Zusammenstellungen wird leider nicht gesagt, wie weit nun das Ziel, die Zahl der Selbständigen zu vergrößern, damit per Saldo gefördert wurde. Nach den

Volkszählungsergebnissen nahm die Gesamtzahl der Selbständigen in der Wirtschaftsabteilung Land- und Forstwirtschaft (die auch Gärtnerei, Fischerei, Tierzucht und Jagdwirtschaft umfaßt) von 1925 bis 1950 nur um einige Hundert zu.¹⁰ Offenbar standen den Zugängen erhebliche Abgänge gegenüber. Auch wenn man berücksichtigt, daß von den aufgeführten Siedlerstellen von vornherein nur ein Teil die Selbständigkeit gewährte, erhebt sich doch die Frage, ob sich hier nicht eine den politisch-sozial begründeten Siedlungsanstrengungen entgegengesetzte ökonomische Tendenz durchsetzt.

Tabelle 31
**Die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe Schleswig-Holsteins
nach Betriebsgrößenklassen
1925, 1933, 1939 und 1949**

Betriebsgröße	Zahl der Betriebe					Betriebs- fläche 1949 als vH von 1925
	1925 ^a	1933 ^a	1939	1949	1949 als vH von 1925	
0,5 ha bis unter 2 ha	14 097	9 886	11 725	11 226	79,6	83,1
2 ha bis unter 5 ha	13 420	12 460	11 356	12 031	89,6	92,4
5 ha bis unter 20 ha	22 009	22 796	22 455	22 378	101,7	110,8
20 ha bis unter 50 ha	14 835	15 658	16 991	17 263	116,4	114,3
50 ha bis unter 100 ha	4 434	4 113	4 058	3 918	88,4	88,1
100 ha und darüber	1 158	1 001	939	888	76,7	87,0
Insgesamt	69 953	65 914	67 524	67 704	96,8	100,7

^a Auf den Gebietsstand von 1939 annähernd umgerechnet.

Quellen: Statistik des Deutschen Reichs, Band 409, Landwirtschaftliche Betriebszählung, Volks-, Berufs- und Betriebszählung vom 16. Juni 1925; Grundlagen der landwirtschaftlichen Erzeugung und des Marktes in Schleswig-Holstein, Wirtschaftsjahr 1951/52, 1. Teil. Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Schleswig-Holstein, Kiel 1952, S. 4.

Wie die Übersicht zeigt, hat sich die Gesamtzahl der landwirtschaftlichen Betriebe von 1925 bis 1949 nicht vergrößert. Nur in der Größenklasse der Betriebe von 20—50 ha ist eine Zunahme zu verzeichnen. Auch in der Periode 1950 bis 1953, in der, wie oben berichtet, einige Tausend neue landwirtschaftliche Betriebe geschaffen wurden, hat offenbar die Gesamtzahl der Betriebe nicht zugenommen. Die Ergebnisse der Bodenbenutzungserhebung vom Mai 1953 sind zwar strittig, aber es dürfte feststehen, daß sich auch in diesem Zeitraum die Betriebszahl eher verkleinert als vergrößert hat.

Was hier eigentlich vor sich gegangen ist, bedürfte einer eingehenden Untersuchung. Vermutlich sind durch Kauf, Pacht usw. von Teilen der

¹⁰ Vgl. Anhang, Tab. XIV a.

Betriebe nicht nur Verschiebungen in den Größenklassen über 0,5 ha vor sich gegangen, sondern auch zahlreiche Betriebe unter diese Grenze der Erfassung als landwirtschaftlicher Betrieb abgesunken. Für die neuere Entwicklung mag zur Erklärung dienen, daß der Anteil der Siedlungen, die durch das Aufteilen von Großbetrieben zustande kommen, stark zurückgegangen ist. Die „klassische“ Siedlung verliert ganz allgemein an Bedeutung neben der öffentlich geförderten Übernahme auslaufender und wüster Höfe, der Einheirat, der Pacht und dem Ankauf.¹¹ Die Agrarpolitik der Regierung und auch die Politik der Bauernverbände läßt allmählich mehr Verständnis für das erkennen, worauf es vor allem ankommt: Die Bewegung des Bodens zum tüchtigen Wirt zu fördern. Nur wenn Maßnahmen, die auf dieses Ziel ausgerichtet sind, neben der öffentlichen und privaten Investitionstätigkeit größere Bedeutung gewinnen, lassen sich alle der Landwirtschaft gestellten großen Aufgaben gleichzeitig befriedigend lösen, nämlich:

1. einen zunehmenden Beitrag zum Wachstum der Gesamtwirtschaft zu leisten,
2. die Landwirtschaft auf die wirtschaftliche Integration Europas vorzubereiten, insbesondere auf die freie Konkurrenz mit der dänischen Landwirtschaft,
3. den tüchtigen Bauern, gleich welcher Herkunft, und vor allem dem der Landwirtschaft verbundenen Nachwuchs von Einheimischen und Vertriebenen Aussichten für die Übernahme von Höfen zu eröffnen.

Die erstgenannte Notwendigkeit ergibt sich daraus, daß die Einkommenskapazität der Gesamtwirtschaft, selbst wenn man annimmt, daß die Bevölkerung auf zwei Millionen zurückgeht, noch durchaus unzulänglich ist, so daß ständig Hilfe vom Bund benötigt wird. Da das Wachstum der nichtagrarischen Zweige der Wirtschaft allzusehr davon abhängt, ob es von Märkten außerhalb des Landes ausreichend verstärkte Impulse erhält, hat die Belebung des inneren Marktes von der Landwirtschaft her große Bedeutung. Wenn sich die Kaufkraft der Landwirtschaft über erhöhte Produktivität erheblich verbessert, kann es eher gelingen, weitere dauerhafte Existenzmöglichkeiten in nichtlandwirtschaftlichen Berufen zu schaffen, einen größeren Teil der mit dem hohen Prozentsatz nichtaktiver Bevölkerung gegebenen Versorgungslast aus eigener Kraft des Landes zu tragen, das Wohlstandsgefälle zwischen Stadt und Land sowie auch zwischen dem dänischen und dem deutschen Teil der jütländischen Halbinsel einzuebnen.

¹¹ S. hierzu L. Neundörfer, Die soziale und wirtschaftliche Auswirkung des Flüchtlingssiedlungsgesetzes. Gutachten im Auftrage der Bundesregierung. Frankfurt 1953.

Damit verbindet sich der ökonomischen Argumentation ein neues politisch-soziales Motiv. Für jeden, der die Nordgrenze Schleswig-Holsteins überschreitend in das dänische Schleswig einreist, ist es erstaunlich zu erleben, wieviel weniger hier von einem Niveauunterschied zwischen Land und Stadt die Rede sein kann. In dem wirtschaftsgeographisch relativ einheitlichen jütländischen Raum ist, seit sein südlicher Teil 1864 an Preußen angeschlossen wurde, die Wohlstandsentwicklung sehr unterschiedlich verlaufen. Die schleswig-holsteinische Landwirtschaft kam bald in den Genuß einer kontinuierlichen Schutzzollpolitik. Die des dänischen Teils wurde dagegen den Krisen, die durch die Einfuhr billigen Überseegetreides entstanden, ohne Schutz ausgesetzt. Sie paßte sich um den Preis schärfster Auslese unter den Betriebsinhabern erfolgreich an, indem sie sich auf überwiegende Veredelungswirtschaft umstellte. Die Auslese im Wettbewerb stand in Wechselwirkung mit einer ständigen Hebung des allgemeinen und fachlichen Bildungsniveaus (Wirkung der von Grundvig begründeten Volkshochschulbewegung!) sowie des Beratungs- und Genossenschaftswesens. Dänemarks Neutralität in zwei Weltkriegen kam als weiterer günstiger Faktor hinzu. Im Ergebnis dieser unterschiedlichen Entwicklung ist die Landwirtschaft des nördlichen Teils der Halbinsel der im südlichen Teil durchschnittlich weit überlegen.¹² Die alten, der modernen Landbautechnik und Stallwirtschaft nicht mehr entsprechenden Gebäude sind nördlich der deutsch-dänischen Grenze zu einem weit höheren Anteil durch neue Bauten ersetzt, die maschinelle Ausrüstung ist weit besser, desgleichen die Wege und Straßen, der durchschnittliche Zustand von Acker und Grünland, die Organisation von Absatz und Einkauf u. a. m.

Das so entstandene wirtschaftlich-kulturelle Wohlstandsgefälle an der deutschen Nordgrenze gibt besonderen Anlaß, dem Konservierungs- und Versorgungsprinzip bei der Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge den Gedanken gegenüberzustellen, daß die große Zuwanderung nach Schleswig-Holstein dem Lande Anlaß und Gelegenheit gibt, die durch Generationen unzulänglich gebliebene Auslese nachzuholen und den Kräftebestand der Landwirtschaft eingreifend zu erneuern. Eine überwiegend am Versorgungsprinzip orientierte Eingliederungspolitik hat keine Aussicht sich gegen das Gewicht der Beharrungskräfte durchzusetzen und läuft darauf hinaus, das geschilderte Gefälle noch zu verstärken. Es bedarf kaum des Hinweises, daß sich dann bedenkliche Perspektiven ergeben für den Fall, daß eines Tages der nationale Schutz der Landwirtschaft abgebaut wird.

¹² Siehe hierzu G. Blohm, Die betriebswirtschaftliche Situation der Landwirtschaft Schleswig-Holsteins im Vergleich zu derjenigen Dänemarks und Südschwedens. Schriftenreihe der landwirtschaftlichen Fakultät der Universität Kiel, Heft 10. 1954.

Wenn man sich klar macht, daß die Qualität der in der Landwirtschaft tätigen Menschen für die gesamte zukünftige Entwicklung des Landes von entscheidender Bedeutung ist, so erkennt man, wie dringend es nötig ist, Bestrebungen, die Gesamtzahl der Bauern zu erhöhen, abzulösen durch eine Politik, die vor allem auf ein Auswechseln der Betriebsführer nach dem Ausleseprinzip abgestellt ist. In Verkenntung ihres wirklichen Interesses und ihrer eigentlichen Verantwortung betrachten es viele führende Bauern als eine Provokation, wenn man sie fragt, um wieviel die Leistung und das Einkommen ihres Dorfes oder Kreises gesteigert werden könnte, wenn die durchschnittliche Qualität der Bauern dem Niveau der fähigeren Betriebsführer angeglichen würde. Fensch¹³ und Kahsnitz¹⁴ haben die Frage der personbedingten Leistungsunterschiede in der Landwirtschaft eingehend untersucht. Kahsnitz kam zu dem Urteil: „Wenigstens ein Viertel der Betriebe hat im alten Trott weitergewirtschaftet. Die erzielten Erfolge wurden nur dadurch erreicht, daß etwa ein Drittel der Betriebe, die schon immer gut und überdurchschnittlich gearbeitet hatten, nun auch die neuzeitlichsten Errungenschaften der Wissenschaft und Technik sich restlos zu eigen machten.“ Kahsnitz stellte in einzelnen Fällen nur durch die Fähigkeit des Betriebsführers bedingte Leistungsunterschiede von Hof zu Hof bis zu 200 vH fest. Fensch ermittelte auf Grund eines sehr viel umfangreicheren Materials Durchschnittswerte des Rohertrages, des Reinertrages und des Umsatzes je Hektar bei gleichen Standortverhältnissen, gleicher Betriebsgröße und gleichem Grünlandanteil. Er teilte die von ihm untersuchten Betriebe in je ein Drittel gute, mittlere und schlechte. Es ergaben sich zwischen dem guten und dem schlechten Drittel Leistungsunterschiede von 50–70 vH. Diese Erkenntnisse, die seither noch durch manche anderen Forschungen bestätigt worden sind, lassen darauf schließen, daß die Auslese unter den Betriebsführern in der Landwirtschaft Westdeutschlands und auch Schleswig-Holsteins seit langer Zeit weit weniger wirksam gewesen ist als etwa in der gewerblichen Wirtschaft, weit weniger auch als in der Landwirtschaft fortschrittlicher Nachbarländer.

Die Klagen, daß tüchtiger einheimischer Bauernnachwuchs seine Ausichten auf Übernahme eines eigenen Betriebes durch die Maßnahmen zugunsten Vertriebener gemindert sieht, sind verständlich. Aber sind sie nicht recht kurzsichtig begründet? Liegt nicht der Ausweg darin, die Mobilität des Bodens insgesamt zu vergrößern? Dann dürfte man

¹³ Fensch, H. L., Die Wirkung der Preise, unveröff. Manuskript 1944, S. 69 ff.

¹⁴ Kahsnitz, H. G., Das Wesentliche der Leistungssteigerung in der Landwirtschaft, in: Neuaufbau vom Boden her, H. 9, Hamburg 1948, S. 44.

sich allerdings nicht scheuen, eine Agrar-, Preis- und Steuerpolitik zu befürworten, die nicht mehr zum Ziele hat, auch dem Unfähigen noch seine Existenz als Bauer zu garantieren, sondern vor allem darauf ausgeht, den Tüchtigen Chancen zu bieten. Dann müßten die Bauernverbände auch ihren ganzen Einfluß dafür einsetzen, daß Höfe aus der Hand alternder Bauern oder Bäuerinnen rechtzeitig dem Erben übergeben werden oder auf andere Weise einen tüchtigen Wirtschaftler finden. Nach einer Erhebung des Statistischen Landesamts war in Schleswig-Holstein im Wirtschaftsjahr 1952/53 das Durchschnittsalter der abgebenden Eigentümer 71 Jahre. Bei den Betrieben unter 10 ha wurde die Übergabe im Durchschnitt erst mit 75 Jahren vollzogen.

Daß das Verständnis für die hier angedeuteten Notwendigkeiten in den Kreisen der Verantwortlichen wächst, wurde schon gesagt. Doch ist die Auseinandersetzung in der breiteren Öffentlichkeit noch überwiegend bestimmt von unfruchtbaren Wünschen der Einheimischen und der Vertriebenen, einen früheren Zustand zu erhalten oder wiederherzustellen. So werden weder die vorhandenen Möglichkeiten der Eingliederung vertriebener Bauern voll ausgenutzt noch wird diese Aufgabe zum Anlaß, die gesamte Agrarpolitik den langfristigen Notwendigkeiten entsprechend zu ändern. Die Belastung wird nicht so zum Antrieb, wie es zu wünschen wäre.

3. Industrie und Handwerk

Ebenso wie in der Landwirtschaft Schleswig-Holsteins die Aussichten für zusätzliche selbständige Existenzen durch die natürlichen Gegebenheiten und die Tendenz zur optimalen Betriebsgröße stark begrenzt sind, wirken diese Momente auch in der gewerblichen Wirtschaft einer Zunahme der Betriebszahl entgegen. Die Vorkommen industrieller Rohstoffe sind relativ unbedeutend und die Verkehrslage des Landes gibt diesem Mangel großes Gewicht. Es kommt hinzu, daß die öffentliche Hand — wenn man von den Unternehmen der Kriegsmarine abieht — jahrzehntelang wenig getan hat, um die Nachteile der Randlage durch verkehrs- und gewerbefördernde Maßnahmen nach Möglichkeit auszugleichen. Diese Versäumnisse konnten in den wenigen Jahren seit der Währungsreform doch nur in verhältnismäßig geringem Ausmaß nachgeholt werden, obwohl jetzt die Bemühungen der Landes- und der Bundesregierung in diese Richtung gingen und obgleich die zusätzliche Bevölkerung neue Möglichkeiten bot. Der Bevölkerungszuwachs hat zweifellos gewerblichen Unternehmen aller Art neue Chancen eröffnet. Da aber damit gerechnet werden mußte, daß ein mehr oder minder großer Teil der Vertriebenen, Flüchtlinge und Evakuierten

wieder abwandern würde, waren die Kalkulationen für die überwiegend der Nahversorgung dienenden Betriebe mit einem erheblichen Unsicherheitsfaktor belastet. Die Lohnkosten sind infolge der überregionalen Tarifvereinbarungen von dem Massenangebot von Arbeitskräften in Schleswig-Holstein zu keiner Zeit so beeinflusst worden, daß damit allein ein ausreichend starker Anreiz für Unternehmer gegeben gewesen wäre. Dem Vorteil etwas niedrigerer Löhne und Lebenshaltungskosten standen und stehen in vielen Branchen Standortnachteile gegenüber, wie z. B. die relativ hohen Frachtkosten und der Mangel an erstklassigen speziellen Zulieferungsbetrieben und Diensten aller Art. Trotzdem hat das reichliche Angebot von Arbeitskräften jeder Qualität in Verbindung mit der Initiative und Zähigkeit vertriebener Unternehmer in den ersten Jahren nach dem Kriege in vielen Fällen neue Standorte begründet. In einer ganzen Reihe von kleinen Orten sind Industrien entstanden, die (neben den vielen abgeleiteten Einkommen) Lebensmöglichkeiten für eine gegenüber der Vorkriegszeit stark vergrößerte Bevölkerung schufen. Der größere Teil der neuen industriellen Betriebe hat sich jedoch an den alten zentralen Standorten niedergelassen und hier zum Teil die Lücken ausgefüllt, die durch die Demontagen der Rüstungsbetriebe entstanden waren.

Tabelle 32

**Industriebetriebe^a von Vertriebenen und Flüchtlingen in Schleswig-Holstein
1951—1953**

Zeit bzw. Branche	Betriebe	Beschäftigte	Umsatz im Erhebungsmonat (1000 DM)
April 1951	698	16 122	·
September 1952	650	15 854	25 613
September 1953	636	16 334	28 827
darunter			
Steine und Erden	38	691	1 062
Maschinenbau	24	855	784
Schiffbau	3	683	3 199
Elektrotechnik	12	480	509
Feinmechanik, Optik .	13	300	212
Glasindustrie	20	674	626
Holzverarbeitung	53	859	671
Schuhindustrie	16	657	1 043
Textilindustrie	94	2 944	5 040
Bekleidungsindustrie	89	3 983	6 507

^a Ohne Bauindustrie, örtliche Einheiten.

Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein.

In den Jahren 1949—53 sind in Schleswig-Holstein bei leicht rückläufiger Gesamtzahl¹⁵ etwa 1500 neue Industriebetriebe mit etwa 52 000 Arbeitsplätzen begründet worden.¹⁶ Die Zahl der Betriebe von Vertriebenen und Flüchtlingen wurde im September 1953 mit 636 ermittelt (davon 430 in Händen Vertriebener). Unter ihnen hatten die Betriebe der Textil- und Bekleidungsindustrie das größte Gewicht.

Die Betriebe von Vertriebenen und Flüchtlingen waren mit etwa 20 vH an der Betriebszahl, mit rund 12 vH an der Beschäftigung und mit etwa 8 vH am Umsatz der Gesamtindustrie des Landes beteiligt. Unter den von ihnen Beschäftigten befanden sich zwei Drittel Vertriebene und Flüchtlinge.

Tabelle 33

Industriebetriebe von Vertriebenen und Flüchtlingen in Schleswig-Holstein nach Größenklassen

30. 9. 1953

Betriebsgrößenklasse	Zahl der Be- triebe	Beschäftigte				Umsatz in 1000 DM
		insgesamt	in vH	darunter Vertriebene und Flüchtlinge		
				insgesamt	in vH der Gesamt- beschäf- tigten	
1 Beschäftigter	63	63	0,4	63	100	44
2 bis 4 Beschäftigte	146	414	2,5	328	79	456
5 bis 9 Beschäftigte	114	771	4,7	533	69	1 004
10 bis 19 Beschäftigte	112	1 594	9,8	1 074	67	2 052
20 bis 49 Beschäftigte	123	3 776	23,1	2 402	64	5 426
50 bis 99 Beschäftigte	47	3 172	19,4	2 082	66	4 717
100 bis 199 Beschäftigte	19	2 709	16,6	1 659	61	4 183
200 u. mehr Beschäftigte	12	3 835	23,5	2 245	59	10 944
	636	16 334	100	10 386	64	28 827

Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein.

Die Betriebsgrößenstruktur der Flüchtlingsindustrie nähert sich nur langsam dem Landesdurchschnitt, der Anteil der Flüchtlingsbetriebe mit 200 und mehr Beschäftigten ist erst etwa halb so groß wie in der Gesamtindustrie. In der Kapitalausstattung bestehen weiter jene

¹⁵ April 1951: 3313 Industriebetriebe, September 1953: 3206.

¹⁶ Informationsdienst der Landesregierung Schleswig-Holstein, Nr. 7, April 1954.

bedenklichen Unterschiede, wie sie Albers¹⁷ für 1949/50 ermittelt hat. Ein repräsentativer Bilanzvergleich ist seitdem nicht vorgenommen worden, Einzelauskünfte lassen aber darauf schließen, daß sich an der Kapitalschwäche der Flüchtlingsbetriebe im ganzen wenig geändert hat. Die von Albers im Zusammenhang mit der Frage der Steuerbegünstigung oder andersartigen Subventionierung dieser Betriebe dargelegten Probleme haben kaum an Bedeutung verloren. Von seiten der Kieler Industrie- und Handelskammer wurde in diesem Zusammenhang die Frage aufgeworfen, wie weit solche Maßnahmen mit dem marktwirtschaftlichen Prinzip zu vereinbaren sind.¹⁸ Ist es zu rechtfertigen, wenn die Wirkungen des Wettbewerbs durch staatliche Maßnahmen eingeschränkt werden, um eine Unternehmerexistenz und bestimmte Arbeitsplätze zu erhalten? „Natürlich gibt es eine ganze Reihe von Fällen“, so heißt es in der Stellungnahme der Kammer, „in denen es darum geht, an sich lebensfähige, aber vorübergehend in Schwierigkeiten befindliche Betriebe zu sanieren. Zum Beispiel ist hinreichend bekannt, daß von den nach dem Kriege neu gegründeten Unternehmungen viele von Beginn an unter einem Mangel an Betriebsmitteln gelitten haben. Von diesen Unternehmungen ist hier nicht die Rede. Auch jene Unternehmungen sind hier nicht gemeint, die angesichts des immer noch nicht funktionierenden Kapitalmarktes genötigt waren, langfristige Investitionen kurzfristig zu finanzieren. Schwierigkeiten, die sich aus einer solchen — im Prinzip falschen — Finanzierungsmethode ergeben, sind Symptome einer heilbaren Krankheit. Es sollte nicht unterlassen werden, solche Krankheitserscheinungen mit allen verfügbaren Mitteln zu beseitigen, wie dies auch seitens der für die Investitionspolitik unseres Landes verantwortlichen Stellen in zunehmendem Maße geschieht. Uns geht es darum, einen scharfen Trennungsstrich zu ziehen zwischen den Betrieben, die echt sanierungsfähig sind, und solchen, bei denen der Versuch der Sanierung nur eine Verewigung der Unwirtschaftlichkeit einleiten könnte. Es kommt darauf an, daß die vorhandenen produktiven Mittel zu dem Ort ihrer optimalen Ausnutzung hingelenkt werden.“

Man sieht, wie schwierig die Grundsatz- und Ermessensfragen sind, die Gesetzgeber und Verwaltung in diesem Zusammenhang zu entscheiden haben, zumal für die mögliche wissenschaftliche Vorklärung wenig getan wird. Noch schwerer werden die Entscheidungen, wenn es um die Neugründung von Betrieben mit staatlicher Hilfe geht. Der Wunsch der früher als Unternehmer tätig gewesenenen Vertriebenen

¹⁷ W. Albers, Die Kapitalausstattung der Flüchtlingsbetriebe in Westdeutschland, Kiel, Institut für Weltwirtschaft, 1952.

¹⁸ Die Sozialisierung des Verlustes, in: „Wirtschaft zwischen Nord- und Ostsee“, Kiel, Februar 1954.

und Flüchtlinge trifft sich mit dem der Regierung, die industriellen Möglichkeiten des Landes weiter auszubauen und dem Vorhandensein gewisser Kreditfonds, die für diesen Zweck geschaffen sind. Aber wie unübersehbar ist in vielen Fällen das Risiko, das die staatlichen Stellen eingehen, wie wenig geklärt sind die Grundsatzfragen regional geplanter Investitionspolitik, um die es hier letzten Endes geht. In einer offenen Regionalwirtschaft, in der weder die aus- und eingehenden Güterströme noch die Kapitalbewegungen statistisch erfaßt sind und die sich noch dazu in einem Prozeß anhaltender Abwanderung von Arbeitskräften befindet, sind die für die Gewerbeförderung zuständigen Stellen in einer denkbar schwierigen Lage.

Der Wissenschaftler mag den Mut, mit dem trotzdem täglich Entscheidungen getroffen werden, bewundern. Er muß jedoch empfehlen, die Urteilsgrundlagen mit allen verfügbaren Mitteln der Forschung und Statistik soviel wie möglich zu verbessern. Als ein sehr beachtenswerter Schritt in diese Richtung ist die vom Kieler Wirtschaftsministerium geförderte Untersuchung Führers über die Investitionswirkungen¹⁹ zu werten, auf die hier nachdrücklich hingewiesen sei. Das Gewicht des Problems wird u. a. in der Feststellung erkennbar, daß z. B. von den Brutto-Anlageinvestitionen des Jahres 1952 in Schleswig-Holstein 40—45 vH aus öffentlichen Mitteln finanziert wurden, ein etwa doppelt so hoher Anteil wie im Durchschnitt des Bundesgebiets, daß aber trotzdem die Investitionen je Kopf der Bevölkerung um 40 vH geringer waren als im Bundesgebiet. In diesem Zusammenhang ist auch die in der genannten Arbeit vorgenommene Analyse des Einkommenseffektes der Investitionen interessant. Die industriellen Investitionskredite werden überwiegend für Ausrüstungskäufe verwandt. Da die schleswig-holsteinische Industrie nur in begrenztem Umfang in der Lage ist, diese Nachfrage nach Höhe und Sortiment zu befriedigen, fließen die der Industrie gewährten Kredite „fast vollständig wieder ins übrige Bundesgebiet ab, ohne in Schleswig-Holstein eine nennenswerte expansive Wirkung auf Einkommen und Beschäftigung auszuüben“. Eine Ausnahme macht hier fast nur die Bauwirtschaft (einschl. landwirtschaftliche Meliorationen u. dgl.). Damit wird auch von dieser Seite verständlich, wie sehr der Landesregierung an einem breiteren Ausbau der industriellen Produktion gelegen sein muß und wie schwierig der Weg zu diesem Ziel ist. Zugleich werden damit auch die Chancen deutlich, die dem tüchtigen vertriebenen Unternehmer offenstehen.

¹⁹ Hellmuth Führer, Die Brutto-Anlageinvestitionen in Schleswig-Holstein und ihre Wirkung auf Volkseinkommen, Beschäftigung und Produktions- und Beschäftigungskapazität in den Jahren 1949 bis 1952. Kieler jur. Diss., Masch.schr. 1954.

Zahl und Ausdehnungsmöglichkeiten der industriellen Betriebe Schleswig-Holsteins sind sehr weitgehend von Entwicklungen der Märkte außerhalb des Landes abhängig. Von den Handwerksbetrieben gilt dies z. T. auch, soweit sie nämlich als Zulieferer der Industrie von deren Absatzschwankungen mitbetroffen sind oder von den Veränderungen der Kaufkraft, die mit der industriellen Beschäftigung zusammenhängen. Die Ausdehnungselastizität des nur für den

Tabelle 34

Veränderungen der Betriebszahl im Handwerk des Kammerbezirks Lübeck 1938—1953

Handwerkszweig	Betriebszahl		Veränderung (Zu- oder Abnahme) in vH
	1938	1953	
Handwerksbetriebe insgesamt	19 300	20 015	+ 3,7
darunter:			
Maurer	1 013	880	— 13,1
Zimmerer	625	562	— 10,1
Maler	1 411	1 300	— 7,9
Glaser	158	147	— 7,0
Bäcker	1 076	983	— 8,6
Müller	323	294	— 9,0
Damenschneider	1 697	1 441	— 15,1
Schuhmacher	2 008	1 543	— 23,2
Schmiede	851	807	— 5,2
Stellmacher	455	391	— 14,1
Wäscher und Plätter	261	157	— 39,8
Friseure	1 424	1 626	+ 14,2
Elektro-Installateure und -mechaniker	396	603	+ 52,3
Rundfunkmechaniker	21	157	+ 647,6
Kraftfahrzeughandwerk	282	417	+ 47,9

Quelle: Mitteilung der Handwerkskammer Lübeck.

Nahbedarf tätigen Handwerks ist im übrigen wie die des Einzelhandels weitgehend eine Funktion der Bevölkerungszahl. Der starke Zustrom von Vertriebenen und Flüchtlingen ermöglichte eine Zunahme der Betriebe; die darauf folgende Abwanderung entzieht vielen Betrieben die Existenzgrundlage. Welche Gruppen von Betrieben von diesen Veränderungen der Bevölkerung profitiert haben bzw. darunter leiden, ist im einzelnen nicht festgestellt. Ohne staatlichen Eingriff wäre wahrscheinlich auch in diesem Bereich der größte Teil der zusätzlichen Kaufkraft den bodenständigen Unternehmungen zugute gekommen.

Wie aber diese Eingriffe mit den Gesetzen des Marktes abzustimmen waren, ist nie eingehend geprüft worden. In der wissenschaftlichen Literatur sind nur sehr spärliche Ansätze zur besseren Erkenntnis der Entwicklungen zu erkennen, die das Handwerk seit der Vorkriegszeit bestimmen. Dem Bemühen, die Zahl der Betriebe entsprechend der Bevölkerungszunahme zu vergrößern wirkt offenbar eine ökonomische Tendenz entgegen, die Kleinstbetrieben ungünstig ist und ihren Anteil im Durchschnitt stark zurückgehen läßt. Die größere Konsumentenzahl hat in vielen ausgesprochen für den Nahbedarf arbeitenden Handwerkszweigen keine Zunahme der Betriebszahl bewirkt. Im Vergleich zur Vorkriegszeit ist vielmehr oft eine Abnahme festzustellen.

Die Beispielszahlen aus dem Lübecker Kammerbezirk lassen stark unterschiedliche Entwicklungen in den einzelnen Handwerkszweigen erkennen, die für die Eingliederung von großer Bedeutung sind. Trotz einer Bevölkerungszunahme von etwa 50 vH hat sich die Gesamtzahl der Betriebe nicht nennenswert vergrößert. Die Zunahme ist vor allem konzentriert bei den neuen Handwerken oder solchen, die von veränderten Wohnheiten (Damenfrisuren) oder vermehrtem Anteil des reinen Handelsumsatzes am Gesamtumsatz der Betriebe profitieren. Die außerordentlich verstärkte Bautätigkeit hat nicht verhindern können, daß in zahlreichen daran beteiligten Handwerkszweigen die Betriebszahl abnahm. Ebenso ist die Zahl der Wäschereien zurückgegangen, obwohl sich die Gewohnheit, außer dem Hause waschen zu lassen, ausgebreitet hat. Gleichzeitig mit dem Schrumpfen der Betriebszahl war in vielen Handwerkszweigen eine Zunahme der Beschäftigung und des Umsatzes zu verzeichnen. Für die Lebensfähigkeit der Betriebe spielt offenbar die Kapitalausstattung eine zunehmend wichtiger werdende Rolle, daneben die Fähigkeit des Meisters, sich den Entwicklungen der Technik und des Marktes anzupassen und die Mittel der Technik ökonomisch einzusetzen. Der Handwerker, der zugleich ein guter Fachkünstler, Unternehmer und Kaufmann ist und sich auf betriebliches Rechnungswesen versteht, hat im allgemeinen günstige Entwicklungsmöglichkeiten. Doch ist die Beobachtungsperiode zu kurz, um darüber urteilen zu können, ob im Eingliederungsprozeß eine Auswahl aus Einheimischen und Vertriebenen, die diesen Anforderungen entspricht, zum Zuge kommt und somit die Eingliederung eine bessere Versorgung mit Gütern und Diensten herbeiführt.

Die unzureichende Kapitalausstattung ist für viele Neugründungen von Vertriebenen und Flüchtlingen im Handwerk ein schwer zu beherrschender Mangel. Diese Neugründungen haben deshalb von vornherein überwiegend in den arbeitsintensiven Branchen stattgefunden und selbst hier konnten sie sich oft nur solange halten, bis die ihnen eröffneten besonderen Kreditmöglichkeiten erschöpft waren. Leider

stehen nur Gesamtzahlen der Eintragungen und Löschungen zur Verfügung, aus denen nichts über die Art der beteiligten Betriebe hervorgeht.

Tabelle 35
Zu- und Abgänge von Handwerksbetrieben in Schleswig-Holstein
1945—1953

Jahr	Eintragungen		Löschungen		Saldo	
	insgesamt	davon Flüchtlingsbetriebe	insgesamt	davon Flüchtlingsbetriebe	insgesamt	davon Flüchtlingsbetriebe
1945-48	16 603	8 086	7 093	2 670 ^a	+ 9 510	+ 5 420 ^a
1949	4 582	1 866	4 088	1 283	+ 494	+ 583
1950	3 149	1 201	4 150	1 250	— 1 001	— 49
1951	2 114	718	3 779	941	— 1 665	— 223
1952	2 079	401	3 483	788	— 1 404	— 387
1953	1 399	379	2 936	729	— 1 537	— 350
1945-53	29 926	12 651	25 529	7 661	+ 4 397	+ 4 994

^a Für den Bezirk Flensburg mit 30 vH aller Löschungen geschätzt.

Quelle: Mitteilung der Handwerkskammern Flensburg und Lübeck auf Grund der Handwerksrollen.

Es ergibt sich, daß im Durchschnitt 1945/49 das Verhältnis von Neueintragungen zu Löschungen bei den Flüchtlingsbetrieben 100 : 40 war, bei den übrigen Betrieben 100 : 64. Im Zeitraum 1950—1953 betrug dagegen dies Verhältnis bei den Flüchtlingsbetrieben 100 : 137, bei den übrigen Betrieben 100 : 176. Die Zahl der Betriebe Einheimischer hat insgesamt leicht abgenommen, ihr Umsatz dagegen hat sich nach aller Wahrscheinlichkeit stark verbessert. Darüber hinaus konnten sich rund 5000 Handwerksbetriebe von Vertriebenen und Flüchtlingen behaupten, über deren Geschäftslage, Größengliederung usw. jedoch Näheres nicht bekannt ist.

Zur Finanzierung der Eingliederung von Vertriebenen und Flüchtlingen in die gewerbliche Wirtschaft dienten neben allgemeinen das Wirtschaftswachstum fördernden Investitionen und Steuererleichterungen insbesondere die Einrichtungen des Wirtschaftsfonds (vgl. oben S. 29) und des Lastenausgleichs. Aber auch von anderen Kreditaktionen wie den Sanierungs-, Mittelstands- und Produktivitätsprogrammen konnten Vertriebene und Flüchtlinge anteilig profitieren. Einer Aufstellung des Kieler Sozialministeriums zufolge²⁰ wurden von 1949 bis Ende 1953

²⁰ Korte, Die wirtschaftliche Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge im Lande Schleswig-Holstein. „Der Flüchtlingsberater“, 7. Jg. (1954), Heft 7, S. 201 ff.

Kredite in Höhe von mindestens 107 Mill. DM für gewerbliche Betriebe von Vertriebenen und Flüchtlingen vergeben, darunter rund

- 36 Mill. DM Existenzaufbauhilfe nach dem Soforthilfegesetz,
- 11 Mill. DM Aufbaudarlehen nach dem Gesetz über den Lastenausgleich,
- 7,9 Mill. DM Darlehen zur Beschaffung von Arbeitsplätzen,
- 11 Mill. DM über den Landeskreditausschuß,
- 24 Mill. DM aus den Wirtschaftsfonds,
- 16,4 Mill. DM aus der Wirtschaftsaufbaukasse.

Inwieweit daneben Kredite der privaten Geldinstitute in Anspruch genommen wurden, welchen Umfang die Selbstfinanzierung hatte und wieviel gerettetes Eigenkapital für die Neugründung der Flüchtlingsbetriebe zur Verfügung stand, entzieht sich der Kenntnis.

Von den Soforthilfe- und Lastenausgleichsdarlehen ist die Hälfte Handelsbetrieben zugute gekommen. Gerade in diesem Bereich ist jedoch die Gefahr der Überbesetzung nicht von der Hand zu weisen, besonders angesichts der abnehmenden Bevölkerung. Es ist bemerkenswert, daß auch der eben zitierte Bericht aus dem Sozialministerium betont, daß es nicht die Aufgabe sein könne, „Kümmerexistenzen rein aus sozialen Gründen zu begünstigen — so hart dieses auch im Einzelfalle sein mag — oder bereits angesetzte Betriebe bei schwindender Existenzmöglichkeit künstlich zu erhalten und dadurch den Siechtumsprozeß nur zu verlängern. Die Kreditpolitik wird vielmehr in erster Linie auf die Erhaltung und den Auf- und Ausbau der Vertriebenen- und Flüchtlingsbetriebe abzielen, die eine Dauerexistenz gewährleisten, aber noch der finanziellen Unterstützung durch verbilligte Kredite aus öffentlichen Mitteln bedürfen. Dabei wird es auch notwendig sein, in wirklich ausreichendem Maße zu helfen, ein Umstand, der in den früheren Jahren wegen der damals noch nicht genügend vorhandenen Mittel leider oft nicht beachtet werden konnte.“²¹

4. Steuerleistung der einkommensteuerpflichtigen Vertriebenen

Die statistischen Landesämter haben für das Kalenderjahr 1950 eine umfassende Statistik der Einkommen-, Lohn- und Körperschaftssteuer durchgeführt. Für Schleswig-Holstein liegen die Ergebnisse der Einkommensteuerstatistik vor, in der die Vertriebenen ausgegliedert sind.²² Obwohl diese Zahlen kaum noch als aktuell gelten können, sollen sie doch hier wiedergegeben werden, weil sie etwas dazu beitragen mögen, die Situation der selbständigen Vertriebenen zu beleuchten. Nach der Berufszählung vom 13. 9. 1950 waren unter den vertriebenen Erwerbs-

²¹ Korte, a. a. O., S. 204.

²² S. A. Hansen, Die veranlagten Einkommen in Schleswig-Holstein. Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein, 6. Jg., H. 7, Juli 1954, S. 256 ff.

personen 16 719 Selbständige (5 vH ihrer Erwerbspersonen, 12 vH aller Selbständigen). Nach der Einkommensteuerstatistik waren 1950 10 306 Vertriebene als Steuerpflichtige erfaßt (10 vH aller Steuerpflichtigen). Ihr durchschnittliches Einkommen entsprach etwa dem der Steuerpflichtigen insgesamt. Ihre Steuerschuld war dagegen erheblich niedriger. Das ist vor allem durch die ihnen nach §§ 33a EStG gewährten Freibeträge zu erklären. Diese wurden von 10 200 einkommensteuerpflichtigen Vertriebenen in Anspruch genommen, wodurch sich ihr steuerpflichtiges Einkommen um 9 Mill. DM (16 vH) verringerte. Zweifellos hat diese Steuerermäßigung sehr dazu beigetragen, den Vertriebenen den Aufbau und die Behauptung einer selbständigen Existenz zu erleichtern.

Tabelle 36

Einkommen und Steuerschuld der Vertriebenen und der Gesamtbevölkerung Schleswig-Holsteins^a

1950

	Steuerpflichtige		Einkommen			Steuerschuld		
	absolut	in vH	in 1000 DM	in vH	je Steuerbelasteter in DM	in 1000 DM	in vH	je Steuerbelasteter in DM
Steuerbelastete insgesamt	102 738	100	579 232	100	5 638	112 186	100	1 092
darunter Vertriebene	10 306	10	55 039	10	5 340	7 040	6	683

^a Nur steuerbelastete unbeschränkt Steuerpflichtige, ohne nichtbuchführende Land- und Forstwirte.

Quelle: Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein, 6. Jg. 1954, H. 7, S. 258.

Wegen der Freibeträge erscheinen die Vertriebenen in der Einkommenstufe unter 1500 DM nur mit 1 vH von allen vertriebenen Steuerpflichtigen. Ihr Anteil war im übrigen bei den mittleren Einkommen größer und bei den höheren Einkommen niedriger als das der Nichtvertriebenen (vgl. Anhang Tabelle XVI). Anhaltspunkte für die Entwicklung dieser Verhältnisse seit 1950 und für die Einkommenschichtung des sehr viel größeren Kreises der lohnsteuerpflichtigen Vertriebenen sind nicht vorhanden. Es ist offenbar sehr viel leichter (und billiger), mit den Mitteln der Repräsentativbefragung das subjektive Bewußtsein der Eingliedertheit zu ermitteln als die objektiven Tatbestände der Einkommensentwicklung, die für die Untersuchung des hier gestellten Themas grundlegend sein sollten.

Sechstes Kapitel

Die Wirkung der Wanderungsbewegungen auf die Gesamtwirtschaft Schleswig-Holsteins

Der Zustrom und die seit 1949 folgende Abwanderung von Vertriebenen und Flüchtlingen haben zwangsläufig Umfang und Struktur der Wirtschaft in Schleswig-Holstein stark beeinflußt. Die wirtschaftliche Eingliederung der zusätzlichen Bevölkerung war nur in dem Maße möglich wie die Gesamtwirtschaft wuchs und sich anpaßte. Wie weit die Vertriebenen und Flüchtlinge als Produzenten und Konsumenten an den Veränderungen im Sozialprodukt und seiner Verwendung beteiligt waren, wäre wissenswert. Aber ihr Einfluß läßt sich nicht isolieren. Sie sind nicht die alleinigen Urheber der Strukturverschiebungen. Jeder Vergleich mit einem Jahr vor dem Beginn der großen Wanderungsbewegungen ist fragwürdig, weil vor und während des Einstroms der Entwurzelten der Krieg und seine Folgen für die Gesamtwirtschaft ganz neue Verhältnisse schufen. Die Determinanten des wirtschaftlichen Wachstums regional aufgegliedert darzustellen, begegnet schon in normalen Verhältnissen kaum überwindlichen Schwierigkeiten¹, wieviel mehr in den turbulenten Jahren, über die hier berichtet wird. Eine geschlossene regionale Analyse der für unseren Zweck relevanten ökonomischen Vorgänge wird vollends unmöglich, weil es sich um ein kleines Gebiet handelt, in dem die außenwirtschaftlichen Abhängigkeiten besonders groß, aber keine Unterlagen über die aus- und eingehenden Güter- und Geldströme vorhanden sind. Auch nach der personellen Methode der Volkseinkommensberechnung über die Steuerleistung läßt sich der Beitrag der Vertriebenen und Flüchtlinge nicht gesondert feststellen. Das ist schon deswegen unmöglich, weil die Steuerstatistik diesen Personenkreis nicht ausgliedert. Nur für das Rechnungsjahr 1950 ist die Steuerleistung der Vertriebenen gesondert erfaßt worden, jedoch beschränkt auf die veranlagte Einkommensteuer, die relativ wenig Bedeutung hat, zumal bei der geringen Zahl von Selbständigen unter den Vertriebenen.

¹ Vgl. z. B. G. J. Hill und W. Stolper, Regional economic development in the United States. Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 69, 1952, S. 41 ff.

Die bisher in Schleswig-Holstein praktisch angewandte Methode der Berechnung des Volkseinkommens nach der Wertschöpfung der einzelnen Wirtschaftssektoren bietet keine brauchbaren Anhaltspunkte für die Erfassung des Anteils der Vertriebenen und Flüchtlinge. So bleibt also kein anderer Weg, die Wirkung der Wanderungsbewegungen auf die Gesamtwirtschaft sichtbar zu machen, als die Veränderungen des Volkseinkommens im ganzen, je Kopf und im Verhältnis zum Bundesgebiet darzustellen.

Tabelle 37

Das Volkseinkommen Schleswig-Holsteins und der Bundesrepublik Deutschland

1936, 1949—1951

— in jeweiligen Preisen —

Jahr	Nettosozialprodukt						
	Bundesrepublik			Schleswig-Holstein			
	Mill. DM	Veränderung gegenüber		Mill. DM	in vH der Bundesrepublik	Veränderung gegenüber	
		dem Vorjahr vH	1936 = 100			dem Vorjahr vH	1936 = 100
1936	37 723	·	·	1 425	3,8	·	·
1949	64 549	·	71	2 815	3,9	·	97
1950	71 700	11	90	3 149	4,4	12	121
1951	90 101	26	139	3 688	4,1	17	159

Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein.

Die Berechnung des Volkseinkommens, besonders für eine so kleine, unübersehbar verflochtene Wirtschaft wie die Schleswig-Holsteins, mag viele Fehlschätzungen enthalten, aber die Zuwachsraten dürften einigermaßen die Wirklichkeit wiedergeben. Sie zeigen, daß sich das Nettosozialprodukt in Schleswig-Holstein gegenüber der Vorkriegszeit weit mehr vergrößert hat als im gesamten Bundesgebiet, offenbar als Folge der unterschiedlichen Zunahme der Bevölkerung. Schon 1951 blieb der Zuwachs in Schleswig-Holstein hinter dem im Bundesgebiet zurück.

Die Berechnung der Volkseinkommensveränderungen je Kopf zeigt ein beträchtliches Zurückbleiben Schleswig-Holsteins hinter dem nominalen und realen Durchschnittseinkommen im Bundesgebiet. Während im Gesamtgebiet schon 1951 je Einwohner um 5 vH mehr Güter und Dienste bereitgestellt wurden als 1936, waren es in Schleswig-Holstein um 15 vH weniger. Das Sozialprodukt des Landes war zwar auch real

größer als 1936, aber es hatte mit dem Bevölkerungszuwachs bei weitem nicht Schritt halten können. Der Anteil Schleswig-Holsteins am Nettosozialprodukt des Bundesgebietes war 1936 etwa ebenso groß (3,8 vH) wie sein Bevölkerungsanteil, 1951 war er dagegen mit 4,1 vH um 21 vH kleiner als der Anteil an der Bevölkerung des Bundesgebietes (5,2 vH).

Tabelle 38

Das Volkseinkommen der Bundesrepublik Deutschland und Schleswig-Holsteins je Kopf der Bevölkerung
1936, 1949—1951

Jahr	Nettosozialprodukt je Einwohner							
	Bundesrepublik Deutschland				Schleswig-Holstein			
	in jeweiligen Preisen		in Preisen von 1936		in jeweiligen Preisen		in Preisen von 1936	
	insgesamt	1936 = 100	insgesamt	1936 = 100	insgesamt	1936 = 100	insgesamt	1936 = 100
1936	988	100	988	100	963	100	963	100
1949	1 352	137	834	84	1 039	108	629	65
1950	1 509	153	937	95	1 206	125	739	77
1951	1 876	190	1 034	105	1 463	152	817	85

Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Wirtschaft und Statistik, 1953, S. 139.

Tiefgreifende Veränderungen ergaben sich außerdem in der Gliederung des Sozialprodukts nach der Entstehung. Der Anteil der Sachgüter produzierenden Wirtschaftszweige sank (in konstanten Preisen) von 65 vH im Jahre 1936 auf 56 vH im Jahre 1951. Gleichzeitig erhöhte sich der Anteil der Dienstleistungen von 35 auf 44 vH. Der Anteil der öffentlichen Verwaltung (einschl. Besatzungsdienste) war 1951 mit 12,3 vH fast doppelt so groß wie 1936. Man darf annehmen, daß neben dem Übergang von der Provinzial- zur Staatsverwaltung die Ursache dieser Veränderung nicht zuletzt in den der Verwaltung obliegenden Eingliederungsaufgaben und zusätzlichen Fürsorgediensten aller Art zu suchen ist.

Bemerkenswert ist ferner das relative Zurückbleiben des Anteils der Landwirtschaft im Vergleich zu 1936 und die kräftige Wiedererholung der Industrie nach dem tiefen Abfall der ersten Nachkriegsjahre. Leider ist die Berechnung des Sozialprodukts in Schleswig-Holstein mit dem Jahre 1951 zunächst nicht weitergeführt worden. Erst 1955 dürfte auf Grund der aus den großen Erhebungen des Jahres 1950 gewonnenen Unterlagen mit revidierten und fortgesetzten Daten über

die volkswirtschaftlichen Gesamtgrößen zu rechnen sein. So wird man sich für die neueren Jahre inzwischen mit einigen laufend veröffentlichten Indikatoren begnügen müssen.

Tabelle 39
Das Nettozialprodukt in Schleswig-Holstein nach der Entstehung
1936 und 1949—1951
in vH (Preise von 1936)

Wirtschaftssektoren	1936	1949	1950	1951
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	21,6	16,9	16,0	16,5
Industrie	31,5	22,0	24,3	27,0
Handwerk	11,8	13,3	13,9	12,9
Großhandel	4,3	5,3	5,2	5,4
Einzelhandel	4,9	6,1	6,0	6,0
Freie Berufe	4,3	6,0	5,6	5,5
Verkehr	7,3	8,1	8,1	8,0
Banken u. priv. Versicherungen	1,4	1,4	1,2	1,2
Wohnungswesen	3,6	3,1	3,1	3,0
Gaststätten und Hotels	1,5	1,2	1,2	1,2
Private Dienstleistungen	1,3	1,3	1,1	1,0
Öffentliche Verwaltung einschl. Dienste f. d. Besatzung	6,6	15,4	14,2	12,3
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein.

Die Landwirtschaft hat danach zwar ihre Leistung bei abnehmendem Arbeitskräftebesatz seit 1951 weiter gesteigert, aber bei weitem nicht das Versorgungsverhältnis je Kopf wiederherstellen können wie vor dem Bevölkerungszustrom. Setzt man den Getreidewert der Bruttobodenproduktion im Durchschnitt der Jahre 1935—38 = 100, so ergibt sich folgende Reihe:

$$\begin{aligned} 1947/48 &= 66,6 \\ 1949/50 &= 99,0 \\ 1950/51 &= 109,3 \\ 1951/52 &= 107,9 \\ 1952/53 &= 117,1 \\ 1953/54 &= 122,3 \end{aligned}$$

Die Industrie Schleswig-Holsteins hat gleichfalls weiter expandiert. Ihr Produktionsindex (1936 = 100) stieg von 123 im Jahre 1951 auf 136 im Durchschnitt des Jahres 1953 und erreichte im Juni 1954 den Stand von 156 (Vorjahr 134). Da die Bevölkerung andauernd abnahm, ist der je Einwohner berechnete Produktionsindex im Gegensatz zum

übrigen Bundesgebiet ständig stärker gestiegen als der absolute. Die industrielle Produktion je Einwohner war jedoch Mitte 1954 noch um etwa 5 vH kleiner als 1936. Die bei abnehmender Bevölkerung sonst auftretenden Probleme sind für die Produktion der schleswig-holsteinischen Regionalwirtschaft insgesamt nicht aktuell. Es handelt sich hier um einen Prozeß der Anpassung, in dem in vielen Produktionszweigen die Leistung weiter vergrößert werden kann, ohne an die Grenzen zu stoßen, die durch die Aufnahmefähigkeit des Nahversorgungsbereichs gezogen sind, ganz abgesehen von den Chancen des Absatzes jenseits der Landesgrenzen, der elastischer ist und weit mehr Bedeutung gewinnen kann als es die Berechnungen der Landesplanung annahmen. Entsprechend diesen Wachstumsmöglichkeiten sind auch die der Eingliederung hier noch nicht erschöpft. An welchem Punkt der Produktionsausdehnung die Bevölkerungsabnahme in Stagnation oder langsame Wiederzunahme übergehen wird, läßt sich allerdings nicht voraussehen, da dies von zu vielen nicht berechenbaren Determinanten abhängt. Daher ist wohl im einzelnen auch auf der Produktionsseite der Wirtschaft größere Vorsicht bei Investitionen geboten als in früheren Jahren. Noch weit mehr gilt dies für Verteilung und Dienste, deren Umsatzaussichten ganz überwiegend von Kaufkraft und Konsumneigung im Nahbereich abhängen.

So wird die Veränderung der Bevölkerungszahl in Schleswig-Holstein von vielen selbständigen Betriebsinhabern ähnlich aufmerksam beobachtet wie in früheren Zeiten die Kursbewegungen an den Börsen. Es gibt nur wenige Länder in der Welt, wo die Wechselbeziehungen zwischen Bevölkerung und Wirtschaft so im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses stehen. Auch die Ausnahmestellung des Landes in der Bundesrepublik wird vor allem von daher gesehen und zahlenmäßig belegt. Das Statistische Landesamt veröffentlicht regelmäßig eine Zusammenstellung „Schleswig-Holstein im Bund“, die verschiedene Wirtschaftsdaten mit den Veränderungen der Bevölkerung in Vergleich setzt. Eine ähnliche Aufstellung in begrenzter Auswahl mag auch hier von Nutzen sein, um die Entwicklung seit 1950 zu verdeutlichen.

Es empfiehlt sich, in den vier letzten Spalten jeweils die Verhältniszahl der Bevölkerung ins Auge zu fassen und mit ihr als Maßstab zunächst in der Vertikalen die übrigen Daten der gleichen Spalte zu vergleichen. Wenn demnach die Bevölkerung Schleswig-Holsteins 1950—1954 um 10 vH abgenommen hat, alle über Produktion und Wohlstand berichtenden darunter verzeichneten Daten aber eine mehr oder minder große Zunahme aufweisen, so wird man daraus trotz allem gebotenen Mißtrauen gegen statistische Durchschnitte auf fortschreitende Eingliederung und Anpassung der Wirtschaft schließen dürfen. Wenn andererseits für die Gesamtbevölkerung des Bundesgebietes im

Tabelle 40.
Schleswig-Holsteins Bevölkerung und Wirtschaft im Verhältnis zu der des Bundesgebietes
1950 und 1954

	Einheit	Monat	Bund		Schleswig-Holstein		Werte 1954 in vH von 1950		Werte Schles- Holsteins in vH des Bundes	
			1950	1954	1950	1954	Bund	Schl.-Holst.	1950	1954
Bevölkerung und Be- schäftigung										
Bevölkerung	1000	März	47 696 ^a	49 389	2 595 ^a	2 336	103,5	90,0	5,4	4,7
davon Vertriebene	1000	März	7 876 ^a	8 445	857 ^a	662	107,2	77,0	10,9	7,8
1000 Zugewanderte	1000	März	1 555 ^a	2 242	134 ^a	132	144,2	99,0	8,6	5,9
Beschäftigte Arbeitnehmer ...	1000	Juni	13 846	16 500	632	671	119,2	106,2	4,6	4,1
Arbeitslose	1000	Juni	1 538	1 008	203	89	65,5	43,8	13,2	8,8
Dauerarbeitslose	1000	Juni	156	278	47	39	178,2	83,0	30,1	14,0
Beschäftigte in der Industrie ..	1000	April	4 622	5 970	102	132	129,2	129,4	2,2	2,2
Arbeitsstunden im Bauhaupt- gewerbe	1000	April	76 857	137 827	3 457	5 415	179,3	156,6	4,5	3,9
Wohlstandsindika- toren										
Bestand an Personenkraft- wagen	1000	April	516 ^c	1 311	20 ^c	50	254,1	250,0	3,9	3,8
Spareinlagen	Mill. DM	April	3 383	12 843	117	425	379,6	363,2	3,5	3,3
Einnahmen aus:										
Gemeindesteuern	Mill. DM	Rechn.-	2 649	4 586 ^d	119	168 ^d	173,1	141,2	4,5	3,7
Umsatzsteuern	Mill. DM	Jahr	4 925	8 978 ^d	175	272 ^d	182,3	155,4	3,6	3,0
Einkommensteuern	Mill. DM	"	1 948	4 727 ^d	75	150 ^d	242,7	200,0	3,6	3,2

a Am 13. 9. 1950. — b Länger als 52 Wochen Unterstützte. — c 1. 7. 1950. — d 1953.
Quelle: Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein, Arbeits- und Sozialstatistische Mitteilungen, Wirtschaft und Statistik, Statistisches
Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1953. Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeitslosenversicherung,
Monatsberichte der Bank Deutscher Länder, Statistisches Jahrbuch Schleswig-Holstein 1951, Schleswig-Holstein im Bund und
Angaben des Statistischen Landesamtes.

gleichen Zeitraum eine Zunahme von 3,5 vH ausgewiesen wird, so ist großenteils erklärt, warum die entsprechenden darunterstehenden Zuwachsprozente im Bundesgebiet zum Teil erheblich größer sind als für Schleswig-Holstein. Bemerkenswert ist, daß die Zunahme der Industriebeschäftigten im Bundesgebiet prozentual nicht größer war als in Schleswig-Holstein, daß aber die Zahl der Dauerarbeitslosen nur im übrigen Bundesgebiet zunahm, in Schleswig-Holstein dagegen zurückging.

Betrachtet man die letzte Spalte, so fällt ins Auge, daß das Land bei einem Bevölkerungsanteil von 4,7 vH mit relativ geringeren Anteilen in Beschäftigung, Spareinlagen, Steueraufkommen, nach wie vor ungünstig gestellt ist und sicher mit Recht als ein auch weiterhin grundlegender Sanierung bedürftiges Gebiet gilt. Es sei hinzugefügt, daß Schleswig-Holstein Ende 1953 mit einem Anteil von 6,2 vH der anerkannten Kriegshinterbliebenen des Bundes belastet war und mit einem Anteil von 5,5 vH der Personen im Alter von 65 und mehr Jahren. Andererseits zeigt ein Vergleich der letzten mit der vorletzten Spalte, daß sich die Diskrepanz zwischen dem Bevölkerungsanteil und den übrigen Prozentsätzen seit 1950 durchweg verringert hat. Von einem Zurückfallen des Landes in der gesamten Wohlstandsentwicklung des Bundes wird man danach nicht sprechen können, sondern vielmehr auf langsam fortschreitende Angleichung schließen dürfen.

Das allmähliche Abflachen des Wohlstandsgefälles zwischen dem übrigen Bundesgebiet und Schleswig-Holstein, damit gegenüber dem dänischen Nachbarland, ist überwiegend durch Lenkungsmaßnahmen des Bundes ermöglicht worden und wird aller Wahrscheinlichkeit nach auch nur dann andauern, wenn diese helfenden Eingriffe fortgesetzt werden. Die wichtigsten Mittel dieser Angleichungspolitik des Bundes waren die Umsiedlung, der Finanzausgleich, die Lenkung der öffentlichen Investitionsmittel und der öffentlichen Aufträge, schließlich die Differenzierung der Frachttarife. Was grundsätzlich über die Berechtigung einer solchen regional differenzierten „raumordnenden“ Wirtschaftspolitik zu sagen wäre, ist seitens des Instituts für Raumforschung wiederholt so überzeugend dargelegt worden,³ daß es sich hier erübrigt, darauf ausführlich einzugehen. Es mag genügen, darauf hinzuweisen, daß eine Ausgleichspolitik zugunsten von relativ unentwickelten Gebieten auch in anderen marktwirtschaftlich organisierten

³ Zur Frage regionaler Wirtschaftspolitik. Denkschrift des Instituts für Raumforschung Bonn, Bad Godesberg, März 1954. S. a. die dort aufgeführte Literatur. Vgl. ferner *Edding, Hornschuh, Wander*, Das deutsche Flüchtlingsproblem, Neue Unterlagen zur Beurteilung der Bevölkerungsstruktur und der regionalen Lastenverteilung, Kiel, Februar 1949, insbes. S. 58 ff.; *F. Edding*, Die Flüchtlinge als Belastung und Antrieb der westdeutschen Wirtschaft, Kiel 1952, insbes. S. 41 f.

Ländern, z. B. in Großbritannien und in den Vereinigten Staaten, als notwendig gilt und schon jetzt von der Wissenschaft als eine der dringlichsten Aufgaben der erstrebten europäischen Union ins Auge gefaßt wird. Dabei besteht Klarheit darüber, daß eine solche Politik immer in Gefahr steht, die mit Subventionen verbundenen nachteiligen Wirkungen hervorzurufen, und daher in dieser Richtung besonders wachsam sein muß.

Die Umsiedlungsmaßnahmen waren zweifellos unentbehrlich, um einen Notstand zu beseitigen, dem unter den gegebenen Umständen durch freie Wanderung erst nach viel zu langer Zeit hätte abgeholfen werden können und dann mit einer sehr viel krasserem Selektionswirkung als sie tatsächlich eingetreten ist. Das Land wurde durch die Umsiedlung von direkten und indirekten Kosten sowie in der Wohnungswirtschaft entlastet. Brachliegende Arbeitskraft erhielt endlich ihre Chance und der Nachwuchs Ausbildungsmöglichkeiten. Gleichzeitig wurde das Land allerdings von wertvollen Arbeitsreserven entblößt. Der Zeitpunkt dürfte nicht mehr fern sein, wo sich der Landtag mit der Frage wird beschäftigen müssen, ob und unter welchen Bedingungen die Vorteile dieser Lenkungsmaßnahmen noch größer sein können als ihre Nachteile.

Der überregionale Finanzausgleich⁴ hatte für Schleswig-Holstein schon vor dem Kriege große Bedeutung, insbesondere seit es durch das Groß-Hamburg-Gesetz finanziell geschwächt worden war. In den Jahren 1945—1947 wurde durch den Ausgleich innerhalb der Britischen Besatzungszone einigermaßen für die Mittel zur Deckung der öffentlichen Aufgaben in Schleswig-Holstein gesorgt. Mit der Auflösung des zentralen Haushaltsamtes der Britischen Zone im Jahre 1948 und mit der Währungsreform (Erstausrüstung nach dem Anteil am Steueraufkommen!) wurde die Lage dagegen unerträglich. Die den Ländern verliehene partielle Finanzhoheit bedeutete für Schleswig-Holstein eine unerträgliche Benachteiligung, da aus überwiegend kriegsbedingten Gründen seine Aufgaben außerordentlich vergrößert, sein Steueraufkommen aber relativ verkleinert war. In der Konferenz der Ministerpräsidenten und Finanzminister der Länder in Schlangenbad vom 28. Oktober 1948 wurde bei Stimmenthaltung der Vertreter aus der französischen Zone eine Entschließung angenommen, in der ein Ausgleich der Kriegsfolgelasten als notwendig anerkannt wurde. Bis zum Wirksamwerden eines entsprechenden Gesetzes solle die Zahlungsfähigkeit der besonders benachteiligten Länder durch unverzinsliche Kassenkredite der weniger betroffenen Länder aufrechterhalten werden.

⁴ Vgl. hierzu Frieda Otto, Schleswig-Holstein im Finanzausgleich 1945 bis 1952, unveröffentlichtes Manuskript, Kiel, Bibliothek des Instituts für Weltwirtschaft.

Eine angemessene gesetzliche Regelung des Finanzausgleichs kam jedoch erst nach Konstitution der Bundesrepublik zustande. Bis dahin mußte sich Schleswig-Holstein von einem Zahlungstermin zum andern mit Notbehelfen verschiedener Art vor dem Staatsbankrott zu bewahren suchen. Seine zunehmende Verschuldung veranlaßte das Land 1949, ein „Nothilfegesetz“ zu fordern, das über die „aus dem Finanzausgleich zu erwartenden Verbrauchshilfen“ hinaus eine einmalige Sanierung des Haushalts und produktive Aufbauhilfen gewährleisten sollte.⁵ Auch der beste Finanzausgleich könne bei den besonderen Verhältnissen des Landes nichts anderes bedeuten als ein unabsehbares und sehr kostspieliges Kurieren am Symptom. „In allen deutschen Ländern stehen Aufgaben und finanzielle Möglichkeiten in einem krassen Mißverhältnis. Aber wenn man auch nur von Gradunterschieden der Not sprechen kann, so dürfen doch diese Verschiedenheiten nicht so weit gehen, daß eines der Länder, und noch dazu ein Grenzland, zum Elendsgebiet schlechthin wird.“

Zu einem Nothilfegesetz kam es nicht, aber die dafür vorgeschlagenen einzelnen Bestimmungen wurden im Laufe der Zeit, wenn auch zum Teil sehr abgeschwächt, verwirklicht. Auf Grund der in der Verfassung der Bundesrepublik vorgesehenen Verteilung der öffentlichen Aufgaben, wurde das Land von den direkten laufenden Kriegsfolgekosten weitgehend befreit, mußte allerdings auch einen erheblichen Teil seines Steueraufkommens an den Bund abführen. Durch besondere Bundeshilfen wurde sein Haushalt saniert. Im Finanzausgleich zwischen den Bundesländern wurde die Belastung des Landes durch den Zustrom von Vertriebenen und Flüchtlingen sowie andere Kriegsfolgen mehr und mehr berücksichtigt. Darüber hinaus wurde — wenn auch mit wenig Zielklarheit — der Forderung nach einer strukturändernden Ausnahmebehandlung in der Verteilung der zentralen Investitionsmittel und öffentlichen Aufträge in gewissem Umfang Rechnung getragen.

In welchem Gesamtumfang in den letzten Jahren Investitionsmittel und Finanzhilfen aus dem übrigen Bundesgebiet nach Schleswig-Holstein geflossen sind, war nicht zu ermitteln, noch weniger der Zu- und Abstrom privaten Kapitals. Aus den vorhandenen Unterlagen geht nur hervor, daß der private Anteil an der gesamten Nettokapitaleinfuhr sehr gering war. Dem Wissenschaftler erscheint es schwer verständlich, daß die Regierung eines Landes, in dem der von der öffentlichen Hand gesteuerte Anteil an den Investitionen so groß ist wie in Schleswig-Holstein, nicht alles daran setzt, um den gesamten inneren Kreislauf wie auch die grenzüberschreitenden Geld- und Güterströme so transparent zu machen wie möglich. Er muß sich mit der

⁵ Hilfe für Schleswig-Holstein, Denkschrift der schleswig-holsteinischen Landesregierung, Kiel, November 1949.

Auskunft bescheiden, daß es sich hier um Interna handelt und hoffen, daß die verantwortlichen Instanzen mehr wissen als sie bekannt zu machen bereit sind. In diesem Zusammenhang mag es genügen, darauf hinzuweisen, daß die Eingliederung in Schleswig-Holstein ihren gegenwärtigen Stand nur dadurch erreichen konnte, daß laufend beträchtliche Finanzhilfen und Kredite von außerhalb des Landes das hier erarbeitete Einkommen ergänzten.

Die weitere Sanierung des Landes und wirtschaftliche Eingliederung dürfte davon abhängen, ob es gelingt, diese Hilfen in größerem Umfang zu erhalten als bisher, daneben aber der Initiative der Fähigen gleich welcher Herkunft bessere Chancen im Wettbewerb zu eröffnen. Es wird darauf ankommen, die Subventionen, die Gesamtwirtschaft und Einzugliedernde vorläufig noch benötigen, so anzusetzen und mit einer solchen Wirtschaftspolitik zu verbinden, daß das erstrebte Ziel der Lebensfähigkeit aus eigener Kraft möglichst bald erreicht wird.

A n h a n g

Verzeichnis der Tabellen und Dokumente

Tabelle I:	Die Wohnparteien in Schleswig-Holstein nach Art der Unterbringung am 13. 9. 1950.
Tabelle II:	Geborene und Gestorbene der Vertriebenen und der übrigen Bevölkerung in Schleswig-Holstein 1950—1953.
Tabelle III:	Einheimische, Vertriebene und Zugewanderte nach Gemeindegrößenklassen 1950.
Tabelle IV:	Altersaufbau der Bevölkerung Schleswig-Holsteins am 31. 12. 1953.
Tabelle V:	Altersgliederung der Vertriebenen in Schleswig-Holstein 1948, 1950, 1953.
Tabelle VI:	Die Wanderung innerhalb Schleswig-Holsteins 1950 bis 1953.
Tabelle VII:	Erwerbsstruktur der Vertriebenen und der übrigen Bevölkerung in einigen Ländern der Bundesrepublik am 13. 9. 1950.
Tabelle VIII:	Die Erwerbspersonen in Schleswig-Holstein nach der Stellung im Beruf 1933—1950.
Tabelle IX:	Arbeitslosigkeit der Vertriebenen und der übrigen Bevölkerung Schleswig-Holsteins 1949—1954.
Tabelle X:	Die Beschäftigten Schleswig-Holsteins und des übrigen Bundesgebietes nach Wirtschaftsabteilungen am 25. 6. 1938 und am 30. 6. 1949—1954.
Tabelle XI:	Die beschäftigten und arbeitslosen Arbeiter, Angestellten und Beamten nach Berufsgruppen in Schleswig-Holstein am 31. 10. 1950.
Tabelle XII:	Die vertriebenen Erwerbspersonen und Erwerbslosen Schleswig-Holsteins nach Wirtschaftsabteilungen am 13. 9. 1950.
Tabelle XIII:	Die Notstandsarbeiter in Schleswig-Holstein vom April 1949 bis März 1954.
Tabelle XIVa, b:	Die Erwerbspersonen in Schleswig-Holstein nach Wirtschaftsabteilungen und nach der Stellung im Beruf 1925 bis 1950.

- Tabelle XV:** Die Arbeitsverwendbarkeit der Arbeitslosen Schleswig-Holsteins nach Bevölkerungsgruppen im Oktober 1952.
- Tabelle XVI:** Die Einkommensschichtung der Vertriebenen und der übrigen Steuerbelasteten 1950.
- Dokument 1:** Antrag Schleswig-Holsteins zur Frage der Flüchtlingsverteilung, der Länderkonferenz der britischen Zone am 22. 11. 1947 vorgelegt.
- Dokument 2:** Abschrift des Schreibens des Ministerpräsidenten der Landesregierung Schleswig-Holstein vom 4. April 1949 an den Gouverneur von Schleswig-Holstein, Mr. Asbury, betr.: Umsiedlung von Flüchtlingen aus Schleswig-Holstein nach Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen.
- Dokument 3:** Abschrift des Schreibens des Ministerpräsidenten des Landes Schleswig-Holstein vom 19. Oktober 1948 an den Oberbefehlshaber der amerikanischen Besatzungszone, General Clay, betr.: Übernahme von Flüchtlingen aus Schleswig-Holstein.
- Dokument 4:** Abschrift des Schreibens des Regional Commissioners Land Schleswig-Holstein, 312 Headquarters, vom 7. Juni 1948 an den Ministerpräsidenten des Landes Schleswig-Holstein, betr.: Flüchtlinge.
- Dokument 5:** Antwort des Landes Schleswig-Holstein auf einen Fragebogen der ECA-Technical-Assistance-Commission für die Eingliederung der Flüchtlinge in die deutsche Bundesrepublik (Sonne-Kommission) von Herbst 1950.

Tabelle I

Die Wohnparteien in Schleswig-Holstein nach Art der Unterbringung
am 13. 9. 1950

Art der Unterbringung	(Bundes- gebiet)	Schleswig- Holstein	d a v o n	
			Vertriebene	übrige Be- völkerung
Als Wohnungsinhaber in Normalwohnungen ..	vH (61,2)	453 350 52,3	53 200 17,8	400 150 70,5
Als Wohnungsinhaber in Notwohnungen und als wohnungslose in An- stalten und Massen- unterkünften Eingewiesene	vH (4,4)	71 250 8,2	46 200 15,5	25 050 4,4
Als Untermieter in Nor- mal- u. Notwohnungen	vH (34,5)	341 550 39,4	199 550 66,7	142 050 25,0
Insgesamt	vH (100)	866 150 100	298 900 100	567 250 100

Quelle: Wirtschaft und Statistik, 4. Jg. N.F., H. 4, April 1952, „Die Verteilung des Wohnraumes auf die Bevölkerung“, S. 150—156. Tab. 11. — 4. Jg. N.F., H. 6, Juni 1952, S. 247, Tab. 1 und 2. — Statistisches Taschenbuch über die Heimatvertriebenen, Hrsg. Statistisches Bundesamt Wiesbaden 1953, S. 31.

Tabelle II

**Geborene und Gestorbene der Vertriebenen und der übrigen Bevölkerung
in Schleswig-Holstein**

1950—1953

		Vertriebene	übrige Bevölkerung
Geborene	1950	14 612	26 758
	1951	13 432	24 612
	1952	11 830	23 826
	1953	10 476	23 248
Gestorbene	1950	6 351	18 354
	1951	6 430	18 933
	1952	5 987	18 351
	1953	5 856	18 123
Geburten- überschuß	1950	+ 8 261	+ 8 404
	1951	+ 7 002	+ 5 679
	1952	+ 5 843	+ 5 475
	1953	+ 4 620	+ 5 125
Je 1000 der Bevölke- rung:			
Geborene	1950	16,0	15,8
	1951	16,0	14,6
	1952	15,7	14,0
	1953	15,0	13,8
Gestorbene	1950	7,0	10,8
	1951	7,7	11,3
	1952	7,9	10,8
	1953	8,4	10,7
Geburten- überschuß	1950	+ 9,1	+ 4,9
	1951	+ 8,3	+ 3,4
	1952	+ 7,8	+ 3,2
	1953	+ 6,6	+ 3,0

Quelle: Statistisches Landesamt.

Tabelle III
Einheimische, Vertriebene und Zugewanderte nach Gemeindegrößenklassen
1950

Gemeindegrößenklassen	Einheimische Bevölkerung			Heimatvertriebene			Zugewanderte		
	absolut	vH	in vH der Wohnbevölg.	absolut	vH	in vH der Wohnbevölg.	absolut	vH	in vH der Wohnbevölg.
unter 200 Einw.	6 813	0	55	5 105	1	42	361	0	3
200 — 500 „	82 483	5	56	60 458	7	41	5 108	4	3
500 — 1 000 „	169 691	11	56	120 290	14	40	11 186	8	4
1 000 — 2 000 „	203 343	13	57	137 293	16	39	13 016	10	4
unter 2 000 „	462 330	29	57	323 146	38	40	29 671	22	4
2 000 — 3 000 „	86 929	5	58	55 224	6	37	6 769	5	5
3 000 — 5 000 „	88 716	6	58	54 853	6	36	8 150	6	5
2 000 — 5 000 „	175 645	11	58	110 077	13	37	14 919	11	5
5 000 — 10 000 „	198 720	12	61	107 905	13	33	17 861	13	6
10 000 — 20 000 „	131 970	8	60	73 387	9	33	15 781	12	7
5 000 — 20 000 „	330 690	21	61	181 292	21	33	33 642	25	6
20 000 — 25 000 „	58 184	4	64	27 750	3	30	5 261	4	6
25 000 — 50 000 „	109 335	7	63	54 214	6	31	9 454	7	5
50 000 — 100 000 „	51 517	3	70	18 292	2	25	3 672	3	5
20 000 — 100 000 „	219 036	14	65	100 256	12	30	18 387	14	5
100 000 und mehr „	413 202	26	69	145 056	17	24	37 299	28	6
Insgesamt	1 600 903	100	62	859 827 ^b	100	33	133 918	100	5

a = Gesamtbevölkerung abzüglich Heimatvertriebene und Zugewanderte. — b einschließlich der Personen mit ungeklärtem Wohnsitz am 1. 9. 1939.
Quelle: Die Bevölkerungsstruktur in Schleswig-Holstein. Ergebnisse der Volkszählung vom 13. September 1950. Herausgegeben vom Statistischen Landesamt Schleswig-Holstein, Kiel 1953; Statistik von Schleswig-Holstein Heft 8, S. 12, Tabelle 7.

Tabelle IV
Altersgliederung der Bevölkerung Schleswig-Holsteins
 am 31. 12. 1953

Altersgruppen	Gesamtbevölkerung		Vertriebene		übrige Bevölkerung	
	insgesamt	vH	insgesamt	vH	insgesamt	vH
0 bis unter 6 Jahre ..	200 672	8,6	59 527	8,9	141 145	8,4
6 bis unter 15 Jahre ..	355 288	15,2	98 812	14,8	256 476	15,3
15 bis unter 18 Jahre ..	133 922	5,7	39 661	5,9	94 261	5,6
18 bis unter 21 Jahre ..	104 451	4,5	31 589	4,7	72 862	4,3
21 bis unter 35 Jahre ..	398 333	17,0	120 958	18,1	277 375	16,5
35 bis unter 50 Jahre ..	465 897	19,9	130 071	19,5	335 826	20,0
50 bis unter 60 Jahre ..	302 581	12,9	86 485	12,9	216 096	12,9
60 bis unter 65 Jahre ..	118 255	5,0	33 908	5,1	84 347	5,0
65 Jahre und darüber ..	265 344	11,3	66 999	10,0	198 345	11,8
Insgesamt	2 344 743	100,0	668 010	100,0	1 676 733	100,0

Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein.

Tabelle V
Altersgliederung der Vertriebenen in Schleswig-Holstein
 1948, 1950, 1953
 vH

Altersgruppen	Insgesamt			männlich			weiblich		
	Ende 1948	13.9. 1950	31.12. 1953	Ende 1948	13.9. 1950	31.12. 1953	Ende 1948	13.9. 1950	31.12. 1953
0 bis unter 6 Jahre ..	7,7	7,9	8,9	8,7	8,9	10,3	6,8	7,1	7,8
6 bis unter 15 Jahre ..	20,2	18,7	14,8	23,0	21,1	17,0	17,9	16,8	13,0
15 bis unter 18 Jahre ..	5,1	5,4	5,9	5,6	6,1	6,5	4,6	4,8	5,4
18 bis unter 21 Jahre ..	5,1	4,4	4,7	5,4	4,9	5,3	4,6	4,0	4,3
21 bis unter 35 Jahre ..	17,8	18,0	18,1	15,4	16,5	16,7	19,8	19,3	19,2
35 bis unter 50 Jahre ..	22,6	22,1	19,5	21,4	20,7	17,8	23,5	23,2	20,8
50 bis unter 60 Jahre ..	10,8	11,4	12,9	10,2	10,6	12,2	11,4	12,0	13,5
60 bis unter 65 Jahre ..	4,0	4,3	5,1	3,7	4,0	4,7	4,2	4,5	5,4
65 Jahre und darüber ..	6,9	7,8	10,0	6,6	7,2	9,4	7,2	8,2	10,6
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100

Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein.

Tabelle VI
Die Wanderung innerhalb Schleswig-Holsteins
 1950—1953

	In andere Kreise des Landes Fortgezogene	Innerhalb des Kreises Umgezogene
1950		
Insgesamt	68 364	71 003
darunter		
Vertriebene	25 397	32 034
vH	37,1	45,1
1951		
Insgesamt	74 989	73 326
darunter		
Vertriebene	26 238	31 533
vH	35,0	43,0
1952		
Insgesamt	69 274	62 794
darunter		
Vertriebene	22 924	25 454
vH	33,1	40,5
1953		
Insgesamt	67 667	61 113
darunter		
Vertriebene	20 825	23 204
vH	30,8	38,0

Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein.

Tabelle VII
Erwerbsstruktur der Vertriebenen und der übrigen Bevölkerung in einigen Ländern der Bundesrepublik
 am 13. 9. 1950
 (Gesamtzahl der Vertriebenen oder der übrigen Bevölkerung = 100)

Land	Erwerbstätige		Nicht Erwerbstätige							
	Ver- triebene	übrige Bevölk.	Insgesamt		Arbeitslose		Selbst. Berufslose		Angeh. ohne Hauptber.	
			Ver- triebene	übrige Bevölk.	Ver- triebene	übrige Bevölk.	Ver- triebene	übrige Bevölk.	Ver- triebene	übrige Bevölk.
Bundesrepublik	36,1	44,7	63,9	55,3	6,4	2,4	14,3	11,6	43,2	41,4
davon										
Schleswig-Holstein ..	27,4	36,1	72,6	63,9	10,2	4,9	15,6	12,9	46,8	46,0
Niedersachsen	32,8	41,9	67,2	58,1	7,6	3,5	14,9	12,1	44,7	42,4
Bayern	34,0	48,6	66,0	51,4	8,3	3,1	15,7	11,1	41,9	37,2
Hessen	37,4	44,9	62,6	55,1	5,1	2,4	14,3	11,7	43,1	41,0
Baden-Württemberg .	42,0	50,0	58,0	50,0	3,3	1,1	13,0	10,4	41,7	38,5
Nordrhein-Westfalen	43,3	41,9	56,7	58,1	2,3	1,4	12,5	11,8	41,9	44,9
Hamburg	49,3	41,1	50,7	58,9	6,3	4,7	7,1	12,6	37,3	41,6

Quelle: Statistische Berichte des Statistischen Bundesamtes, Arb.-Nr. VIII/20/8 vom 25. 8. 1952.

Tabelle VIII

Die Erwerbspersonen in Schleswig-Holstein nach der Stellung im Beruf
1933, 1939 und 1950

Stellung im Beruf		1933 ^a	1939	1950
1. Selbständige	1000	124	116	143
	vH	18,3	15,3	13,9
2. Mithelfende Familien- angehörige	1000	112	116	92
	vH	16,5	15,3	8,8
1+2	vH	34,8	30,6	22,7
3. Beamte und Angestellte ...	1000	116	154	212
	vH	17,1	20,4	20,5
4. Arbeiter	1000	328	371	588
	vH	48,1	49,0	56,8
3+4	vH	65,2	69,4	77,3
Insgesamt	1000	681	756	1035
	vH	100,0	100,0	100,0
Davon in der Land- und Forst- wirtschaft	1000	238	221	254

^a Gebietsstand 1950 durch annähernde Umrechnung zugrundegelegt.
Quelle: Volkszählungsergebnisse.

Tabelle IX
Arbeitslosigkeit der Vertriebenen und der übrigen Bevölkerung Schleswig-Holsteins
 1949—1954

Stichtag	Arbeitslose		Anteil der			
	Flüchtlinge ^a	übrige Bevölkerung	Flüchtlings- wohnbevöl- kerung an der Wohn- bevölkerung	arbeitslosen Flüchtlinge ^a an allen Arbeitslosen	übrigen Wohnbevöl- kerung an der Wohn- bevölkerung	Arbeitslosen der übrigen Bevölkerung an allen Arbeitslosen
	1000	1000	vH	vH	vH	vH
	1	2	3	4	5	6
30. 9. 1949	110,6	76,7	39,3	59,0	60,7	41,0
28. 2. 1950	141,0	105,4	39,2	57,2	60,8	42,8
30. 9. 1950	101,1	77,0	38,4	56,8	61,6	43,2
28. 2. 1951	115,5	100,3	37,7	53,5	62,3	46,5
30. 9. 1951	83,8	73,1	37,0	53,4	63,0	46,6
28. 2. 1952	98,3	94,2	36,4	51,0	63,6	49,0
30. 9. 1952	60,7	58,1	35,8	51,1	64,2	48,9
28. 2. 1953	73,4b	90,0	29,9b	44,9b	70,1	55,1
30. 9. 1953	39,5b	50,4	28,8b	43,9b	71,2	56,1
28. 2. 1954	64,3b	91,7	28,4b	41,2b	71,6	58,8

^a Flüchtlinge = Vertriebene und Zugewanderte. — b Nur Vertriebene.

Quellen: „Wir schaffen Arbeit und helfen der Jugend“, a. a. O., S. 18, Übers. 6. — Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein.

Tabelle XI

**Die beschäftigten und arbeitslosen Arbeiter, Angestellten und Beamten
nach Berufsgruppen in Schleswig-Holstein**

am 31. 10. 1950

Berufsgruppen	Be- schäftigte	darunter Flüchtlinge		Arbeitslose Flüchtlinge	
		Anzahl	vH aller Be- schäftigten	Anzahl	vH aller Arbeits- losen
Alle Berufe	610 206	236 441	38,7	100 425	55,9
darunter					
Glasmacher	665	375	56,4	161	68,2
Ackerbauer, Tierzüchter, Gartenbauer	95 936	48 752	50,8	16 193	70,5
Textilhersteller u. -ver- arbeiter	25 611	11 498	44,9	4 299	60,1
Erziehungs- und Lehr- berufe, Seelsorger	6 818	3 045	44,7	604	59,3
Hauswirtschaftl. Berufe .	53 987	23 942	44,3	5 651	54,5
Gesundheitsdienst, Körperpflege	14 228	6 063	42,6	1 667	55,1
Nahrungs- und Genuß- mittelhersteller	29 255	11 281	38,6	5 694	54,7
Lederhersteller u. -ver- arbeiter	7 331	2 827	38,6	2 008	57,4
Hilfsberufe der Stoff- erzeugung u. -verar- beitung	16 257	6 177	38,0	4 530	46,0
Holzverarbeiter und zu- gehörige Berufe	20 615	7 591	36,8	2 690	54,4
Verwaltungs- und Büro- berufe	47 540	17 481	36,8	7 124	55,8
Bauberufe	49 851	18 129	36,4	6 177	54,7
Kaufmänn. Berufe	58 059	19 242	33,1	8 690	60,1
Ingenieure u. Techniker	9 302	3 030	32,6	1 221	50,3
Metallerzeuger u. -ver- arbeiter	70 361	21 988	31,3	7 825	46,7
Verkehrsberufe	39 220	12 172	31,0	6 774	48,8
Graphische Berufe	5 344	1 651	30,9	510	48,5
Elektriker	11 350	3 499	30,8	1 290	43,8
Maschinisten und zu- gehörige Berufe	5 269	1 158	22,0	759	48,0

Quelle: Landesarbeitsamt Schleswig-Holstein.

Tabelle XII
Die vertriebenen Erwerbspersonen und Arbeitslosen Schleswig-Holsteins nach Wirtschaftsabteilungen
am 13. 9. 1950

Wirtschaftsabteilungen	Erwerbs- personen insgesamt	darunter				Arbeitslose unter den nichtvertr. Erwerbs- personen
		Vertriebene		Arbeitslose		
		absolut	vH Sp. 1	absolut	vH Sp. 2	
1		2	3	4	5	6
0 Landwirtschaft und Tierzucht, Forst- und Jagdwirtschaft, Gärtnerei, Fischerei	253 700	62 519	25	13 878	22	4
1 Bergbau, Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden, Energiewirtschaft	19 556	6 691	34	2 104	31	10
2 Eisen- und Metallherzeugung und -verarbeitung	87 579	24 839	28	5 636	23	14
3/4 Verarbeitende Gewerbe (ohne Eisen- u. Metallverarbeitung) ...	145 608	51 254	35	12 443	24	13
5 Bau-, Ausbau- u. Bauhilfsgewerbe	100 058	37 429	37	10 983	29	15
6 Handel, Geld- u. Versicherungsw.	116 218	28 258	24	5 293	19	8
7 Dienstleistungen	77 970	26 822	34	7 106	26	17
8 Verkehrswesen	61 629	17 404	28	2 716	16	8
9 Öffentl. Dienst u. Dienstleistungen im öffentl. Interesse	137 136	48 289	35	9 242	19	13
9a Ohne Angabe der Betriebszugehörigkeit	35 977	18 575	52	18 052	97	94
Insgesamt	1 035 431	322 080	31	87 453	27	12

Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein.

Tabelle XIII
Die Notstandsarbeiter in Schleswig-Holstein
 von April 1949 bis März 1954

Stichtag	Notstands- arbeiter insgesamt	d a v o n			
		Frauen	Frauen in vH der gesamten Notstands- arbeiter	Vertriebene	Vertriebene in vH der gesamten Notstands- arbeiter
	1	2	3	4	5
30. 4. 1949	1 251
30. 6. 1949	2 280
30. 9. 1949	7 061	56	0,8	.	.
31. 12. 1949	2 895	—	—	.	.
31. 3. 1950	7 227	126	1,7	4 409	61
30. 6. 1950	8 510	65	0,8	4 871	57
30. 9. 1950	7 030	59	0,8	4 162	59
31. 12. 1950	1 309	—	—	739	56
31. 3. 1951	3 114	11	0,4	1 746	56
30. 6. 1951	8 929	212	0,2	5 085	57
30. 9. 1951	8 816	73	0,8	5 005	57
31. 12. 1951	4 511	7	0,1	2 664	59
31. 3. 1952	6 470	155	2,4	3 745	58
30. 6. 1952	8 174	134	1,6	4 669	57
30. 9. 1952	12 158	26	0,2	6 710	55
31. 12. 1952	2 745 ^a	—	—	.	.
31. 3. 1953	7 623	132	1,7	.	.
30. 6. 1953	7 146	150	2,1	.	.
30. 9. 1953	8 150	13	0,2	.	.
31. 12. 1953	4 871	10	0,2	.	.
31. 3. 1954	3 271	12	0,4	.	.

a Außerdem 943 Stamarbeiter.

Quelle: „Wir schaffen Arbeit und helfen der Jugend.“ 3 Jahre wertschaffende Arbeitslosenfürsorge und Jugendaufbauwerk. Hrsg. vom Ministerium für Arbeit, Kiel 1952, Seite 33, Tabelle 4. — Landesarbeitsamt Schleswig-Holstein.

Tabelle XIV a

**Die Erwerbspersonen in Schleswig-Holstein^a nach Wirtschaftsabteilungen
und nach der Stellung im Beruf^b**

1925—1950

Stellung im Beruf	16. 6. 1925	16. 6. 1933	17. 5. 1939	13. 9. 1950
Land- und Forstwirtschaft				
Selbständige	50 732	52 787	49 250	51 324
Mithelf. Fam. Angehörige	80 316	93 935	95 173	79 059
Beamte u. Angestellte ..	8 391	3 433	3 120	2 862
Arbeiter	88 167	88 040	73 702	120 455
Erwerbspersonen insg.	227 606	238 195	221 245	253 700
Industrie und Handwerk				
Selbständige	35 765	34 085	30 957	38 322
Mithelf. Fam. Angehörige	4 341	5 435	6 294	3 479
Beamte u. Angestellte ..	22 179	18 229	26 681	34 151
Arbeiter	159 922	147 690	182 655	276 849
Erwerbspersonen insg.	222 207	205 439	246 587	352 801
Handel und Verkehr				
Selbständige	31 319	30 634	29 190	41 834
Mithelf. Fam. Angehörige	10 061	12 401	13 264	8 014
Beamte u. Angestellte ..	49 724	49 356	47 809	80 719
Arbeiter	38 568	44 298	43 800	68 070
Erwerbspersonen insg.	129 672	136 689	134 063	198 637
Öffentl. Dienste und private Dienstleistungen^c, Gesundheitsdienst				
Selbständige	5 369	6 761	6 477	11 944
Mithelf. Fam. Angehörige	283	629	972	1 107
Beamte u. Angestellte ..	42 125	45 198	76 031	94 259
Arbeiter	61 852	47 642	70 816	122 983
Erwerbspersonen insg.	109 629	100 230	154 296	230 293
Alle Wirtschaftsabteilungen				
Selbständige	123 185	124 267	115 874	143 424
Mithelf. Fam. Angehörige	95 001	112 400	115 703	91 659
Beamte u. Angestellte ..	122 419	116 216	153 641	211 991
Arbeiter	348 509	327 670	370 973	588 357
Erwerbspersonen insg.	689 114	680 553	756 191	1 035 431

^a 1925 einschl. Land Lübeck und Landesteil Lübeck, abzüglich Stadtkreis Altona, Landgemeinde Blankenese, Stadtkreis Wandsbek. 1933 einschl. Land Lübeck und Landesteil Lübeck, abzügl. Stadtkreis Altona, Landgemeinde Billstedt, Landgemeinde Lockstedt, Landgemeinde Rahlstedt, Stadtkreis Wandsbek. — ^b Nach der Systematik der Zählung von 1939. — ^c Einschließlich häusliche Dienste.

Quellen: 1925 und 1933, Statistik des Deutschen Reiches, Berufszählung. 1939, Statistisches Handbuch für Schleswig-Holstein, Kiel 1951, S. 327, 330, 331, 332, 337. Statistische Berichte, Arb.-Nr. VIII/8/2 vom 2. 1. 1950, Tabelle 2 und Tabelle 5. 1950, Statistische Berichte, Arb.-Nr. VIII/8/18 vom 8. Juli 1952, Übersicht 3, S. 7, und Zahlen des Statistischen Landesamts Schleswig-Holstein, „Die Erwerbspersonen nach Wirtschaftsgruppen und Stellung im Beruf“ auf Grund der Volkszählung 1950.

Tabelle XIV b
Die Erwerbspersonen in Schleswig-Holstein^a nach Wirtschaftsabteilungen
und nach der Stellung im Beruf^b

1925—1950
(vH)

Stellung im Beruf	16. 6. 1925	16. 6. 1933	17. 5. 1939	13. 9. 1950
Land- und Forstwirtschaft				
Selbständige	22,3	22,2	22,3	20,2
Mithelf. Fam. Angehörige	35,3	39,4	43,0	31,2
Beamte u. Angestellte ..	3,7	1,4	1,4	1,1
Arbeiter	38,7	37,0	33,3	47,5
Erwerbspersonen insg.	100,0	100,0	100,0	100,0
Industrie und Handwerk				
Selbständige	16,1	16,6	12,6	10,9
Mithelf. Fam. Angehörige	2,0	2,6	2,6	1,0
Beamte u. Angestellte ..	10,0	8,9	10,8	9,7
Arbeiter	72,0	71,9	74,1	78,5
Erwerbspersonen insg.	100,0	100,0	100,0	100,0
Handel und Verkehr				
Selbständige	24,2	22,4	21,8	21,1
Mithelf. Fam. Angehörige	7,8	9,1	9,9	4,0
Beamte u. Angestellte ..	38,3	36,1	35,7	40,6
Arbeiter	29,7	32,4	32,7	34,3
Erwerbspersonen insg.	100,0	100,0	100,0	100,0
Öffentl. Dienst und private Dienstleistungen, Gesundheitsdienst				
Selbständige	4,9	6,7	4,2	5,2
Mithelf. Fam. Angehörige	0,3	0,6	0,6	0,5
Beamte u. Angestellte ..	38,4	45,1	49,3	40,9
Arbeiter	56,4	47,5	45,9	53,4
Erwerbspersonen insg.	100,0	100,0	100,0	100,0
Alle Wirtschaftsabteilungen				
Selbständige	17,9	18,3	15,3	13,9
Mithelf. Fam. Angehörige	13,8	16,5	15,3	8,8
Beamte u. Angestellte ..	17,8	17,1	20,3	20,5
Arbeiter	50,6	48,1	49,1	56,8
Erwerbspersonen insg.	100,0	100,0	100,0	100,0

^a 1925 einschl. Land Lübeck und Landesteil Lübeck, abzüglich Stadtkreis Altona, Landgemeinde Blankenese, Stadtkreis Wandsbek. 1933 einschl. Land Lübeck und Landesteil Lübeck, abzügl. Stadtkreis Altona, Landgemeinde Billstedt, Landgemeinde Lockstedt, Landgemeinde Rahlstedt, Stadtkreis Wandsbek. — ^b Nach der Systematik der Zählung von 1939. — ^c Einschließlich häusliche Dienste.

Quellen: 1925 und 1933, Statistik des Deutschen Reiches, Berufszählung. 1939, Statistisches Handbuch für Schleswig-Holstein, Kiel 1951, S. 327, 330, 331, 332, 337. Statistische Berichte, Arb.-Nr. VIII/8/2 vom 2. 1. 1950, Tabelle 2 und Tabelle 5. 1950, Statistische Berichte, Arb.-Nr. VIII/8/18 vom 8. Juli 1952, Übersicht 3, S. 7, und Zahlen des Statistischen Landesamts Schleswig-Holstein, „Die Erwerbspersonen nach Wirtschaftsgruppen und Stellung im Beruf“ auf Grund der Volkszählung 1950.

Tabelle XV
Die Arbeitsverwendbarkeit der Arbeitslosen Schleswig-Holsteins nach Bevölkerungsgruppen
im Oktober 1952

Bevölkerungs- gruppen	Arbeitslose insgesamt	davon waren ... arbeitsverwendbar						
		voll		darunter ausgleichs- fähig ^a in vH	beschränkt		nicht (kaum noch)	
		absolut	in vH aller Arbeits- losen		absolut	in vH aller Arbeits- losen	absolut	in vH aller Arbeits- losen
Einheimische	56 678	36 724	64,8	23,3	16 677	29,4	3 277	5,8
darunter								
Evakuierte	4 693	3 170	67,5	34,7	1 232	26,3	291	6,2
Vertriebene	53 413	33 172	62,1	40,3	17 196	32,2	3 045	5,7
Zugewanderte	6 025	4 370	72,5	48,8	1 464	24,3	191	3,2
Ausländer ^b	1 407	945	67,2	27,9	395	28,1	67	4,8
Sämtliche Arbeitslose ..	117 523	75 211	64,0	32,4	35 732	30,4	6 580	5,6

a Als ausgleichsfähig gelten solche Arbeitslose, denen Arbeit auswärts „zugemutet“ werden kann, wenn sie gleichzeitig auch bereit sind, eine solche Tätigkeit mit nachfolgendem Wechsel des Wohnortes oder doch unter zeitweiliger Trennung vom bestehenden Wohnort aufzunehmen.

b Staatenlose, heimatlose Ausländer (DP's) und sonstige Ausländer.

Quelle: Jahresbericht 1952 der Bank für Vertriebene und Geschädigte, Bad Godesberg 1953.

Tabelle XVI

Die Einkommensschichtung der Vertriebenen und der übrigen Steuerbelasteten^a

1950

Einkommensgruppen in DM	Steuerpflichtige		Einkommen der		Steuerschuld der	
	Ver- triebene	Übrige Steuerbe- lastete	Ver- triebenen	übrigen Steuerbe- lasteten	Ver- triebenen	übrigen Steuerbe- lasteten
Einkommensgruppen insgesamt	10 306	92 432	in 1000 DM			
			55 039	524 193	7 040	105 146
	in vH					
davon						
unter 1 500 ^b	1	10	0	2	0	0
1 500 — 3 000	30	28	13	11	2	2
3 000 — 5 000	34	26	24	18	8	7
5 000 — 8 000	21	20	25	22	16	14
8 000 — 12 000	9	9	16	15	18	15
12 000 — 16 000	3	3	7	7	12	10
16 000 — 25 000	2	2	5	8	12	12
25 000 — 50 000	1	1	4	7	12	14
50 000 — 100 000	0	0	2	3	7	8
100 000 und mehr	0	0	3	7	12	18

^a Nur steuerbelastete unbeschränkt Steuerpflichtige, ohne nichtbuchführende Land- und Forstwirte.

^b Bei der Aufbereitung der statistischen Blätter wurde zuerst nach „Steuerbelasteten“ und „Steuerbefreiten“ aufgegliedert, wobei für die Zuordnung zu den Steuerbelasteten die Eintragung einer Steuerschuld maßgebend war. Diese war jedoch bei Vertriebenen, die ein Einkommen unter 1500 DM hatten und den Steuerfreibetrag gemäß § 33 a EStG in Anspruch nahmen, in der Regel nicht vorhanden. Von den steuerbefreiten Vertriebenen hatten 57 vH ein Einkommen unter 1500 DM.

Quelle: Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein, 6. Jg., Nr. 7, 1954, S. 262.

Dokument 1

Antrag
Schleswig-Holsteins
zur Frage der Flüchtlingsverteilung,
der Länderkonferenz der britischen Zone am 22. 11. 1947 vorgelegt.

„Ausgehend von der Erkenntnis,

- a) daß die Aufnahme der aus dem deutschen Osten Vertriebenen, ihre gerechte Verteilung und ihre gute Unterbringung eine gesamtdeutsche Verpflichtung ist, an deren Lösung alle Länder mitzuarbeiten haben,
 - b) daß das Land Schleswig-Holstein, um leben zu können, von mindestens 850 000 Flüchtlingen entlastet werden muß,
 - c) daß die Inangriffnahme dieses Zieles mit Rücksicht auf die Not der betroffenen Personen keinen Aufschub verträgt und nicht länger durch Beratungen und statistische Erhebungen oder Berechnungen verzögert werden darf, wird vorgeschlagen, nach folgendem Plan zu verfahren:
1. Bis zur Gewinnung endgültiger Unterlagen wird sofort damit begonnen, aus Schleswig-Holstein bis auf weiteres jährlich 150 000 Ostflüchtlinge in andere Länder zu überführen.
 2. Als vorläufiger Verteilungsmaßstab dient der nachstehende Schlüssel:

Niedersachsen	20 000
Nordrh.-Westfalen	20 000
Bayern	20 000
Hessen	30 000
Württ.-Baden	60 000
 3. Sobald die französische Zone der Bizone angeschlossen oder zur Aufnahme von Flüchtlingen bereit ist, sind dorthin jährlich weitere 100 000 Flüchtlinge zu befördern.
 4. Über den endgültigen Ausgleich wird auf Grund der inzwischen zu gewinnenden statistischen Unterlagen (Wohnraum-Statistik) usw.) entschieden.“

gez. Lüdemann

gez. Damm

Dokument 2

Telephone Kiel 37 Ext 240
Your Reference
Our Reference 23 904/5

Regional Commissioner's Office
H. Q. Land Schleswig-Holstein
Kiel
312 Headquarters
Control Commission for Germany
(British Element).
B.A.O.R. 6

7. June, 1948.

To: -Minister President
Land SCHLESWIG-HOLSTEIN,
Landeshaus,
KIEL

Subject: R e f u g e e s.

I am pleased to be able to inform you that the Military Governor has decided that action must be taken to relieve the congestion of refugees in

Schleswig-Holstein. To this end, he has issued instructions, through Regional Commissioners, to the Ministers President of Land Niedersachsen and Land North Rhine Westphalia that each of them is required by Military Government to accept within the next three months 5,000 refugees from Schleswig-Holstein.

Will you please arrange to establish immediate contact with the Land Governments of Niedersachsen and North Rhine Westphalia in order to arrange for the implementation of the Military Governor's decision.

I shall be glad to receive from you as soon as possible an outline of your plan for this transfer of population, particularly in regard to the method of selection of the refugees to be moved under this operation.

gez. W. Asbury
Regional Commissioner
Land SCHLESWIG-HOLSTEIN

Dokument 3

Landesregierung Schleswig-Holstein

— Der Ministerpräsident —

Kiel, den 4. April 1949.

An den

Herrn Gouverneur von Schleswig-Holstein

Mr. Asbury

Kiel

Betr.: Umsiedlung von Flüchtlingen aus Schleswig-Holstein nach Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen.

Bezug: 1. 23904/5/Gov. vom 19.10.1948.

2. Mein Schreiben Az. 723 (E) vom 4.12.1948.

Über den Umfang der Umsiedlung von Flüchtlingen nach Nordrhein-Westfalen nach dem Stand vom 31.12.1948 ist zu berichten:

1. Geschlossene Umsiedler-Transporte:

- | | | | |
|------------------------|---------------|-------|--------------|
| a) vom 10.—15. 7. 1948 | nach Erkelenz | | 181 Personen |
| b) am 21. 8. 1948 | nach Geldern | | 204 Personen |
| c) am 1. 10. 1948 | nach Solingen | | 194 Personen |

579 Personen.

2. Durch Arbeitsplatzvermittlungen wurden aus Schleswig-Holstein ausgeschleust:

894 ledige Arbeitskräfte

940 verheiratete Arbeitskräfte

13 Familienangehörige der verheirateten Arbeitskräfte

zus.: 1847 Personen.

3494 Familienangehörige der vermittelten Arbeitskräfte sind auf Grund der Verpflichtung Nordrhein-Westfalens zur Nachführung der Angehörigen innerhalb 1/2 Jahres nach Arbeitsaufnahme durch Nordrhein-Westfalen noch aufzunehmen. Nordrhein-Westfalen hat anlässlich einer Besprechung am 20.1.1949 nochmals ausdrücklich diese Verpflichtung bestätigt und die Einhaltung des gegebenen Versprechens zugesagt.

3. Am 20.1.1949 ist mit Vertretern der Landesregierung und der Arbeitsbehörden Nordrhein-Westfalens die Umsetzung weiterer 3300 Arbeitskräfte und deren Familienangehörigen vereinbart worden. Dieses Vorhaben wird, die Familienangehörigen eingerechnet, einer Umsiedlung etwa weiterer 10 000 Personen entsprechen. Die Bedingungen für die Umsiedlung dieser Arbeitskräfte sind wie folgt vereinbart worden:

- a) Verheiratete Arbeitskräfte und Facharbeiter werden nach Prüfung einzureichender Bewerbungsunterlagen durch an Arbeitskräften interessierte Firmen angefordert und über die Arbeitsbehörden vermittelt.
- b) Das Land Nordrhein-Westfalen verpflichtet sich, die zu den verheirateten Arbeitskräften gehörenden Familienmitglieder im Laufe eines Jahres nach Arbeitsaufnahme der Arbeitskräfte nach Nordrhein-Westfalen nachzuführen.
- c) Wie bei der 1. Aktion erhalten Gemeinden, die verheiratete Arbeitskräfte aufnehmen, durch das Wiederaufbauministerium Nordrhein-Westfalens einen Kredit zur Erstellung des notwendigen Wohnraumes in Höhe von 3000,— DM für jede Familie und einen verlorenen Zuschuß von Seiten des Sozialministeriums in Höhe von 1500,— DM je Familie.
- d) Während der Dauer der Trennung erhalten die Angehörigen der verheirateten Arbeitskräfte durch die Arbeitsverwaltung eine Trennungsentuschädigung, die etwa der Höhe des Räumungsfamilienunterhaltes entspricht.
- e) Wie bei der 1. Aktion werden nur sich freiwillig zur Umsiedlung meldende Flüchtlinge berücksichtigt.
- f) Da die unmittelbare Anwerbung lediger Arbeitskräfte voraussichtlich kürzere Zeit in Anspruch nehmen wird als die Anwerbung der Facharbeiter und verheirateten Arbeitskräfte durch Vorlage und Prüfung der Bewerbungsunterlagen, wird nach Anwerbung von 1500 Arbeitskräften zunächst das Verhältnis der vermittelten ledigen zu den vermittelten verheirateten Arbeitskräften überprüft. Für den Fall, daß die Zahl der angeworbenen ledigen Arbeitskräfte in einem Mißverhältnis zu der Zahl der angeworbenen verheirateten Arbeitskräfte steht, wird zum Ausgleich dieses Mißverhältnisses die Anwerbung verheirateter Arbeitskräfte und Facharbeiter der Anwerbung lediger Arbeitskräfte vorgehen.

Zu der Weiterführung der Umsiedlung von Flüchtlingen nach Niedersachsen wird auf den Bericht des Ministeriums für Umsiedlung und Aufbau vom 12. 10. 1948 verwiesen. Durch diesen Bericht wurden Sie davon unterrichtet, daß das Niedersächsische Ministerium für Flüchtlingsangelegenheiten mit Schreiben vom 4. 10. 1948 den Beschluß des Niedersächsischen Landtags bekanntgab, durch den die Übernahme der restlichen etwa 1000 bis 1500 Umsiedler aus der durch den Britischen Militär-Gouverneur General Roberts angedordneten Umsiedlung von 5000 Personen von Schleswig-Holstein nach Niedersachsen verweigert wird.

Die Umsiedlung nach Niedersachsen konnte daher nicht fortgesetzt werden.

In Vertretung:
gez. Diekmann,
Stellv. Ministerpräsident.

Dokument 4

Der Ministerpräsident
des Landes
Schleswig-Holstein

Kiel, den 19. Oktober 1948

An den
Oberbefehlshaber der amerikanischen Besatzungszone
Herrn General Clay,
Wiesbaden
H. Q.

Betrifft: Übernahme von Flüchtlingen aus Schleswig-Holstein.

Sehr geehrter Herr General!

Ich habe die Ehre, Ihre Aufmerksamkeit auf das Flüchtlingsproblem und die besondere Notlage Schleswig-Holsteins zu lenken.

Die Rüdeshheimer Konferenz der Ministerpräsidenten hat am 31. August 1948 beschlossen, die Arbeiten des Ausschusses zur Überprüfung der Ländergrenzen für beendet zu erklären. Damit ist es für Schleswig-Holstein unmöglich geworden, das Flüchtlingsproblem im Rahmen der angestrebten Neubildung der Länder, d. h. durch das Aufgehen Schleswig-Holsteins in ein größeres, wirtschafts- und steuerkräftigeres Land einer Lösung näher zu bringen.

Die Rüdeshheimer Konferenz war der Ansicht, daß Schleswig-Holstein durch einen interzonalen Finanzausgleich geholfen werden könne. Ein solcher Finanzausgleich — so notwendig er an sich ist — genügt jedoch zur Entlastung Schleswig-Holsteins aus vielfachen Gründen nicht, vornehmlich deshalb nicht, weil in Schleswig-Holstein der Wohnraum zur menschenwürdigen Unterbringung der Flüchtlinge nicht vorhanden ist und auch in absehbarer Zeit nicht geschaffen werden kann und weil die Wirtschaftskapazität auch mit finanzieller Hilfe nicht ausreichen kann, den Flüchtlingen Arbeitsplätze zu verschaffen. Deshalb ergibt sich folgerichtig aus dem Rüdeshheimer Beschluß die solidarische Verpflichtung der deutschen Länder, für die Entlastung Schleswig-Holsteins durch einen Bevölkerungsausgleich zu sorgen. Denn die Flüchtlingsfrage, deren Lösung für Schleswig-Holstein zu einer elementaren Existenzfrage geworden ist, ist ein gesamtdeutsches Anliegen. Dies war schon die Erkenntnis auf der ersten deutschen Ministerpräsidenten-Konferenz im Juni 1947, als dort, im wesentlichen im Hinblick auf Schleswig-Holstein, beschlossen wurde, im Wege eines allgemeinen Bevölkerungsausgleichs eine gleichmäßige Verteilung der Flüchtlinge auf ganz Deutschland durchzuführen. Zur Ausführung dieses Beschlusses wurde auf den weiteren Konferenzen, im besonderen in Segeberg und Rothenburg ein sofortiger vorläufiger Spitzenausgleich unter allen Ländern der britisch und amerikanisch besetzten Zone beschlossen und in die Wege geleitet. Nachdem die beteiligten Länder diesem Beschluß bereits zugestimmt hatten, haben Sie, Herr General, aus Gründen, die sich meiner Beurteilung entziehen, damals die Aufnahme von Flüchtlingen aus Schleswig-Holstein in die Länder Ihrer Zone zunächst unterbunden. Damit wurde de facto auch die Umsiedlung in die anderen Länder der britisch besetzten Zone verhindert, da die Verpflichtung aller Länder davon abhängig gemacht war, daß jedes Land seinerseits seine Verpflichtung durchführe.

Nachdem nunmehr die Flüchtlingsbelastung Schleswig-Holsteins, verbunden mit seiner durch die Flüchtlinge bedingten Steuerschwäche, für das Land lebensbedrohende Formen angenommen hat, — in Schleswig-Holstein, dem steuerschwächsten Land Westdeutschlands, entfallen auf vier Einheimische drei Flüchtlinge — hat der britische Militärgouverneur ohne Rücksicht auf die verschlossenen Grenzen der anderen Zonen die Durchführung des Rothenburger Spitzenausgleichs durch Übernahme von je 5000 Flüchtlingen aus Schleswig-Holstein in jedes Land seiner Zone angeordnet. Die Flüchtlingsbelastung in Schleswig-Holstein ist jedoch so außerordentlich, daß

eine fühlbare Entlastung nur durch einen gleichmäßigen Bevölkerungsausgleich auf trizonaler Grundlage erfolgen kann.

Aus tiefster Verantwortung für die in Schleswig-Holstein aufgenommenen Flüchtlinge und für die Lebensmöglichkeit des Landes fühle ich mich daher gezwungen, Sie, sehr geehrter Herr General, zu bitten, Ihren Einspruch gegen die Durchführung des vorläufigen Spitzenausgleichs fallen zu lassen. Das Ziel der amerikanischen Besatzungsmacht, eine lebensfähige Demokratie in Deutschland aufzubauen, verlangt, daß alle deutschen Länder existenzfähig sind und daß ihre Einwohner frei von elementarster Not leben können. Beides ist in Schleswig-Holstein nicht der Fall. Zugleich gehört zum Begriff einer selbstverantwortlichen Demokratie, daß die Länderverwaltungen Beschlüsse, die sie in Erkenntnis ihrer gesamtdeutschen Verantwortung gefaßt haben, durchführen können. Ich bitte Sie daher, den Ländern Ihrer Zone die Aufnahme von Flüchtlingen aus Schleswig-Holstein zu gestatten.

Ich habe mich mit einem Schreiben an die Militärgouverneure der britisch und französisch besetzten Zone mit der Bitte um Unterstützung der Flüchtlingsentlastung Schleswig-Holsteins gewandt. Ich darf Sie, Herr General, bei dieser Gelegenheit bitten, meinen Antrag an Herrn General König auf Öffnung der Grenzen der französisch besetzten Zone, die bisher praktisch noch frei von Flüchtlingen ist, nach Kräften zu unterstützen.

Inzwischen ist die Lage der Flüchtlinge in Schleswig-Holstein so bedrohlich geworden, daß der Schleswig-Holsteinische Landtag die im besonderen durch die Flüchtlinge bedingte Not zum Gegenstand einer Sondersitzung gemacht hat. Die auf dieser Sitzung einstimmig von allen Fraktionen gefaßten Beschlüsse erlaube ich mir, in der Anlage mit der dringenden Bitte um Unterstützung beizufügen.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr General, den Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung.

In Vertretung:
gez. Diekmann,
Stellv. Ministerpräsident.

Dokument 5

Antwort des Landes Schleswig-Holstein auf einen Fragebogen der ECA-Technical Assistance Commission für die Eingliederung der Flüchtlinge in die deutsche Bundesrepublik (Sonne-Kommission) vom Herbst 1950.

Maßnahmen zur Eingliederung der Vertriebenen (Heimatvertriebene und Flüchtlinge aus der sowjetischen Besatzungszone) in den Jahren 1951 bis 1956.

I. Landwirtschaft

1. Wieviel Land fällt in der Bodenreform an? 100 000 ha
2. Wieviel Land kann durch Neugewinnung oder Meliorationen neu geschaffen werden? 13 000 ha
davon 5000 ha Neulandgewinnung durch Eindeichung an der Westküste
und 8000 ha durch Meliorationen von Moor- und Ödlandflächen
3. Wieviel auslaufende und wüste Höfe sind in den Jahren 1951 bis 1956 zu erwarten? 3 000
4. Wieviel Familien können bei Durchführung der Maßnahmen Ziffer 1 bis 3 angesiedelt werden

- a) auf selbständiger Hofstelle?
 mit durchschnittlich 13,5 ha Land 9 600
 b) auf Nebenerwerbssiedlungen? 3 400
 c) auf Kleinsiedlungen? 3 000

Die vorstehenden Zahlen für Familienansiedlung beziehen sich auf die Durchführung des Gesamtprogramms. Der Anteil an Heimatvertriebenen bei den neuzuschaffenden Stellen beträgt ungefähr gleichmäßig bei a), b) und c) etwa 55—60 %.

5. Kosten

Kultivierungskosten pro ha	4310 DM		
(Neulandgewinnung pro ha	8000 DM		
Meliorationen pro ha	2000 DM)		
Gesamtkosten der Kultivierungsarbeiten	56 Mill. DM		
Kosten der Gebäudeerstellung	250	„	„
Kosten für totes und lebendes Inventar	110	„	„
Erschließungskosten für das Siedlungsland	66	„	„

Summe 482 Mill. DM

davon rentierliche Kosten 223 Mill. DM

unrentierliche Kosten 259 Mill. DM

von den Gesamtkosten können aufgebracht werden:

- a) aus privaten Mitteln
 (einschl. übernommene Vorlasten und Restkauf-
 gelder) 140 Mill. DM
- b) aus öffentlichen Mitteln
 (davon voraussichtlich 135 Mill. DM aus Landes-
 mitteln und aus Mitteln des Flüchtlingssiedlungs-
 gesetzes) 342 Mill. DM

II. Handwerk, Handel, freie Berufe

Vorbemerkung:

In diesem Abschnitt sind die Möglichkeiten zur Schaffung neuer selbständiger Existenzen deshalb relativ gering, weil Handwerk, Handel und freie Berufe im wesentlichen in einer bestimmten Korrelation zur Bevölkerungszahl mal Kaufkraft stehen und bei der vorgesehenen Bevölkerungsverminderung durch Umsiedlung bereits selbständig gewordene Vertriebene in der Regel nicht mit abwandern, so daß die vorhandene Zahl weitgehend den zu erwartenden Bedarf auch bei Einrechnung zunehmender Kaufkraftdichte decken kann. Die Aufgabe in diesem Sektor liegt stärker in der Finanzierung des Ausbaues bereits gegründeter aber noch nicht ausreichend mit Kapital ausgestatteter Betriebe.

Wieviel selbständige Betriebe können in den nächsten 6 Jahren für Vertriebene geschaffen werden?

1. Im Handwerk? 1500
 mit welchen Kosten je Betrieb? 8 000 DM
2. Im Handel? 200
 (Klein- u. Großhandel)
 mit welchen Kosten je Betrieb? 10 000 DM
3. bei den freien Berufen? 250
 mit welchen Kosten je Stelle? 6 500 DM

Wie hoch ist der Anteil der öffentlichen Mittel bei den Neugründungen der Ziffern 1 bis 3? 80—85 %.

III. Industrie

Schaffen von Arbeitsplätzen

Für die nächsten 6 Jahre kann man damit rechnen, daß bei ausreichenden Finanzierungsmöglichkeiten rund 60 000 Arbeitsplätze geschaffen werden könnten.

Diese Zahl verteilt sich auf die Gruppen 1 bis 3 wie folgt:

1. Gründung neuer Betriebe (mit Ausnahme der unter Ziffer 3 aufgeführten).

Ausgesprochene Neugründungen ohne Anlehnung an vorhandene Liegenschaften wird es in Schleswig-Holstein relativ wenige geben können, weil hierfür nur Unternehmungen mit einem besonders interessanten Produktionsprogramm und einem recht hohen Eigenkapitalanteil in Frage kommen. Diese Art von Unternehmern aber wird eher geneigt sein, ihre Neugründungen in ausgesprochenen Industriebezirken vorzunehmen. Daher wird die Zahl der dadurch zu schaffenden Arbeitsplätze 5000 kaum überschreiten.

Anzahl und Wirtschaftszweige: 50—100 Einzelunternehmen (je nach Betriebsgröße) vorzugsweise in folgenden Industriezweigen:

Graphisches Gewerbe und Verlagswesen, Papierverarbeitung, Spinnerei und Weberei, textiles Ausrüstungswesen, Wirkerei, Geräte und Apparate der Schwachstrom- und Hochfrequenztechnik, Feinmechanik und Optik,

Werkzeugmaschinen, Arbeitsmaschinen, Armaturen,

Techn. Keramik, Ofenkacheln, Sanitätskeramik,

Pharmazeutika,

Genormte Bauteile für Wohnungs- und Industriebau.

Notwendiges Gesamtkapital: 60 Mill. DM

davon Investitionskapital: 50 Mill. DM

und Betriebskapital: 10 Mill. DM

Notwendiger Beitrag aus öffentlichen Mitteln: 30 Mill. DM

Die Finanzierung des Industrieausbaues ist in dieser Gruppe besonders problematisch. Eine ordnungsgemäße Abwicklung öffentlicher oder zentral steuerbarer Kredite setzt aber voraus, daß ein relativ hoher Eigenkapitalanteil zur Verfügung steht. Ein hoher Teil der Investitionen (Bauten) kann nur langfristig amortisiert werden.

2. Ausweitung und Aufstockung vorhandener Betriebe

Die Ausweitung und Aufstockung der vorhandenen Betriebe wird der Hauptansatzpunkt für den Industrieausbau in Schleswig-Holstein sein, weil es vor allem gilt, die in den Jahren seit 1945 neu gegründeten und die älteren Betriebe in sich zu stärken und die durch sie angeknüpften Marktbeziehungen voll auszunutzen. Auch kann hier der erforderliche Kapitalaufwand ziemlich gering gehalten werden (Schlüsselinvestitionen). Die Möglichkeit der Finanzierung aus öffentlichen oder zentral steuerbaren Mitteln ist besonders günstig, weil diese Firmen bereits über Bankverbindungen und hinreichende Absicherungsmöglichkeiten verfügen.

Wirtschaftszweige:
Textil- und Bekleidungsindustrie,
Maschinenbau,
Grundstoffe (Papier, Chemie),
Steine und Erden,
Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik.

In dieser Gruppe können rund 30 000 Arbeitskräfte zusätzlich geschaffen werden.

Notwendiges Gesamtkapital:	150 Mill. DM
davon Investitionskapital:	110 Mill. DM
und Betriebskapital:	40 Mill. DM
Notwendiger Beitrag aus öffentlichen Mitteln:	120 Mill. DM

3. *Schaffung neuer Ansiedlungen als Schwerpunkte (z. B. Ausbau ehem. Munitionsanstalten)*

Es kommen folgende Projekte in Betracht:

Ostufer Kiel,
Lübeck: DWM, MfM, Dornier-Werke,
Geesthacht: Dynamit AG., Werk Krümmel und Düneberg,
Glinde b. Hamburg: Kurbelwellenwerk,
Eckernförde: TVA-Nord,
Schwarzenbek: ehem. Schraubenfabrik Fa. Bauer & Schaurte,
Glücksburg-Meierwik: ehem. Kasernenanlagen,
Jägersberg-Korügen: ehem. Munitionsdepot,
Boostedt: ehem. Muna,
Wahlstedt: ehem. Artillerie-Arsenal,
Lockstedter Lager: ehem. Muna,
Mölln: ehem. Muna,
Trappenkamp: ehem. Marine-Sperrwaffen-Arsenal.

Zahl der dadurch zu schaffenden selbständigen Unternehmungen	300
Zahl der zu schaffenden Arbeitsplätze	25 000
Notwendiges Gesamtkapital:	150 Mill. DM
davon Investitionskapital:	100 Mill. DM
und Betriebskapital:	50 Mill. DM
Notwendiger Beitrag aus öffentlichen Mitteln:	90 Mill. DM

Bei Gruppe 3 ist das notwendige Gesamtkapital relativ niedrig, weil auf vorhandene, zumeist gut geeignete Baulichkeiten zurückgegriffen werden kann; dagegen ist der notwendige Beitrag aus „öffentlichen Mitteln“ relativ hoch angesetzt, weil bei Projekten dieser Gruppe eine erhöhte Kreditfähigkeit auf Grund der Möglichkeiten einer dinglichen Sicherstellung (durch Erbbaurecht an den Liegenschaften) zugrunde gelegt werden kann.

In den vorstehenden Ansätzen sind als „Kapital“ nur die Beträge eingesetzt, die maximal in den betreffenden Betrieben Kapitalfunktion übernehmen müßten. Dies gilt insbesondere für die Finanzierung des Umlaufvermögens, die im allgemeinen nur zu geringen Anteilen eine Festlegung mittelfristiger Mittel erfordert. Als „notwendiger Beitrag aus öffentlichen Mitteln“ sind die Beträge eingesetzt, die nach anerkannten Finanzierungsgrundsätzen als Fremdkapital bereitgestellt werden könnten. Ihre Aufbringung seitens der Unternehmen oder auf dem innerdeutschen Kapitalmarkt kann

jedoch nicht erwartet werden. Im Hinblick auf die Lage des Landeshaushaltes kann es sich naturgemäß nur um öffentliche Mittel im weitesten Sinne handeln.

IV. Wohnungsbau

- Anzahl der Wohnungen 1939 435 300
bei 1 588 144 Einwohnern.
2. Zerstört wurden ca. 75 000 Wohnungen = 17 %
 3. Neugeschaffene oder wieder in Stand gesetzte Wohnungen
von Mai 1945 bis 1.10.1950 33 208
davon für Vertriebene 18 000
 4. Wohnungsbedarf unter Berücksichtigung der Umsiedlung von
600 000 Personen (unter Berücksichtigung der nach Ziffer II und III
durchzuführenden Maßnahmen) 200 000 Wohnungen
davon für Vertriebene 160 000.
 5. Durchführbar in 8 Jahren.
 6. Notwendiger Kapitaleaufwand: insges. 1,8 Mrd. DM
davon a) aus privaten Mitteln .. 0,66 Mrd. DM
b) aus öffentlichen Mitteln 1,14 Mrd. DM.
Von den Gesamtkosten sind:
a) rentierliche Kosten 0,66 Mrd. DM
b) unrentierliche Kosten 1,14 Mrd. DM.
 7. Bauleistung im Jahre 1950 ca. 20 000 Wohnungen
(fertiggestellte Wohnungen vom 1.1.1950 bis 31.12.1950)
davon für Vertriebene 12 000 Wohnungen.
Inwieweit konnten dadurch arbeitslose Vertriebene an einen Arbeitsplatz gebracht werden?
Für die Beantwortung dieser Frage liegen keine genauen Unterlagen vor. Man wird z. Zt. mit einem relativ geringen Anteil von 18—20 % der für Vertriebene bestimmten Wohnungen rechnen können. In der Hauptsache dient das Bauprogramm 1950 einer Verbesserung der Lage für in Arbeit befindliche Flüchtlinge durch Zuweisung einer Wohnung anstelle eines Massenquartiers oder einer Notunterkunft und durch Abstellung unproduktiver Arbeitswege (Pendelwanderung). Bei der gleichmäßigen Flüchtlingsüberfüllung Schleswig-Holsteins wird das Heranholen arbeitsloser Flüchtlinge aus abgelegenen Landesteilen an Produktionsstätten in stärkerem Maße erst bei den Bauprogrammen der nächsten Jahre möglich sein.

V. 1. Zahl der berufslosen Jugendlichen unter 25 Jahren (Stand 31. 10. 1950)

	berufslose Jugendliche insgesamt	d a v o n		
		unter 18 Jahren	18 bis 20 Jahre	21 bis unter 25 Jahre
Männer	28 500	11 000	6 000	11 500
Frauen	22 200	10 500	4 700	7 000
Männer u. Frauen	50 700	21 500	10 700	18 500

2. *Zahl der Schulentlassungen in den Jahren 1951—1956*

1951	47 000	1954	55 000
1952	48 000	1955	55 000
1953	56 000	1956	54 000

(Unterlagen des Statistischen Landesamtes auf Grund der Volkszählung 1946 [Altersklassen], korrigiert durch die Beobachtungen der tatsächlichen Schulentlassungen 1947—1950 ohne Berücksichtigung der zu erwartenden Umsiedlung.)

3. *Zahl der notwendigen Lehrstellen in den Jahren 1951—1956**

1951	31 200	1954	36 000
1952	31 800	1955	36 600
1953	34 200	1956	33 600

4. *Zahl der voraussichtlich offenen Lehrstellen in jedem dieser Jahre*

Am 1. Januar 1950 betrug die Zahl der Lehrstellen (Handwerk und Industrie und Handel) in Schleswig-Holstein 38 567. Die Wirtschaft des Landes ist in ihrem gegenwärtigen Stand nicht in der Lage, die Lehrstellenkapazität noch erheblich auszuweiten, so daß in den Jahren 1951—1956 ohne Berücksichtigung der Neugründung von Betrieben mit angeschlossener Lehrlingsausbildung nur mit insgesamt rd. 40 000 Lehrstellen gerechnet werden kann. Da die Lehrzeit im Durchschnitt 3 Jahre dauert, stehen voraussichtlich in den in Frage kommenden Jahren rd. 13 000 Lehrstellen für eine Besetzung zur Verfügung.

5. *Beabsichtigte Maßnahmen zur Sicherstellung der Berufsausbildung der Jugendlichen*

a) und c) Mit Hilfe von Zuschüssen aus der Soforthilfe ist der Bau von 20 *Lehrlings- und Jugendwohnheimen* mit rd. 1500 *Heimplätzen* vorgesehen. Ein Teil der Heime wurde bereits fertiggestellt, ein anderer befindet sich gegenwärtig im Bau bzw. in Planung. Die Kosten *pro Heimplatz* belaufen sich auf 2000,— bis 2500,— DM. Diese Heime stehen solchen Jugendlichen zur Verfügung, die eine Lehrstelle in Handel, Handwerk oder Industrie haben; Ausbildungswerkstätten sind ihnen nicht unmittelbar angeschlossen.

Zu b)

aa) *Grundausbildungslehrgänge in vorhandenen betriebsgebundenen und überbetrieblichen Werkstätten*

Neben den bereits laufenden einjährigen Grundausbildungslehrgängen im Rahmen des Jugendaufbauwerkes, die gegenwärtig 500 Jugendliche umfassen, sollen weitere Grundausbildungslehrgänge für 1000 Jugendliche eingerichtet werden.

Die laufenden Kosten je Jugendlicher und Tag betragen 4,— DM

Einmalige Kosten für zusätzliche Beschaffung von Werkzeugen und Einrichtungsgegenständen je Jugendlichen 100,— DM

bb) *Grundausbildungslehrgänge bei Berufsschulen*

In Anlehnung an Berufsschulen sollen Grundausbildungslehrgänge für 50 Jugendliche eingerichtet werden.

Die laufenden Kosten je Jugendlicher und Tag betragen 3,— bis 3,50 DM

Einmalige Kosten für zusätzliche Beschaffung von Werkzeugen und Einrichtungsgegenständen je Jugendlichen 100,— DM

* Erfahrungsgemäß sind 65—70 vH der Schulentlassenen für einen Lehrberuf geeignet. Diese Zahl wurde der obigen Aufstellung zu Grunde gelegt.

cc) Sondermaßnahmen für ältere Jugendliche

Es ist geplant, ältere Jugendliche im Rahmen der Notstandsarbeiten einzusetzen. Es ist zunächst dabei an den Einsatz von etwa 2000 Jugendlichen gedacht.

Die Kosten je Jugendlicher und Tag betragen 15,— DM

dd) Allgemeine Maßnahmen des Jugendaufbauwerkes

Im Rahmen des Jugendaufbauwerkes (Grundausbildungslehrgänge ausgenommen) werden gegenwärtig rd. 3500 Jugendliche mit gemeinnützigen und zusätzlichen Arbeiten beschäftigt. Eine Ausweitung der Maßnahmen auf

Arbeitsamt	In Ausbildung befindliche Arbeitslose	Art der Ausbildung	Dauer
Kiel	100 Maurer	Umschulung	26 Wochen
Flensburg	70 Maurer	"	"
Umschulungswerkstätten Wahlstedt .	491 Maurer	Umschulung	26 Wochen
Wahlstedt .	17 Zimmerer	"	"
Wahlstedt .	33 Tischler	"	"
Wahlstedt .	13 Maler	"	"
Wahlstedt .	24 Klempner	"	"
Flensburg	15 Zimmerer	"	"
Flensburg	40 Klempner	"	"
Flensburg	58 Angestellte	Fortbildung	12 Wochen
Flensburg	75 Steno.	"	"
Flensburg	40 Weber	Umschulung	26 Wochen
Lübeck	40 Refa-Lehrg.	Fortbildung	Zwischen 8 bis 12 Wochen
Kiel	40 Schreibm. und Steno.	"	"
Kiel	40 Refa-Lehrg.	"	"
Kiel	55 Ingenieure	"	"
Kiel	204 Angestellte	"	"
		und Auffrischung der Kenntnisse	"
Kiel	12 E-Schweißer	Umschulung	"
Neumünster	50 Angestellte	Fortbildung und Auffrischung der Kenntnisse	"
Neumünster	16 Hauswirtsch.	"	"
Elmshorn	40 Angestellte	"	"
Schleswig	100 Schreibm. und Steno.	"	"
Schleswig	92 Angestellte	"	"
Schleswig	16 Schweißer	"	"
Heide	25 Schreibm. und Steno.	"	"
Heide	41 Angestellte	"	"
	1747		

die doppelte Zahl scheint zum nächsten Ostertermin dringend erforderlich.

Die Kosten je Jugendlicher und Tag betragen 3,— DM

Die Kosten für die obigen Maßnahmen werden ausschließlich aus öffentlichen Mitteln bestritten. Eine Ausnahme macht lediglich der Bau von Lehrlings- und Jugendwohnheimen, wobei sich die Träger mit verhältnismäßig geringen eigenen Mitteln beteiligen.

Diese unter 5 angeführten Einzelvorhaben sind in ihrem Umfang abgestellt auf die Mittel, die z. Zt. aus den öffentlichen Haushalten dafür bestenfalls zu erwarten sind. Im Verhältnis zu der vorliegenden Notlage sind sie naturgemäß nicht ausreichend. Eine Erweiterung der Vorhaben wäre bei der Erwartung größerer Mittel ohne Schwierigkeiten möglich.

6. *Zur Zeit in der Durchführung begriffene Umschulungsmaßnahmen*

Die Kosten je Person und Tag belaufen sich auf rd. 3,50 DM; sie werden ausschließlich aus öffentlichen Mitteln (Reichsstock für Arbeitslosenversicherung) aufgebracht.

Die vorstehend dargestellten Maßnahmen für ca. 1750 Arbeitslose entsprechen dem Umfang der dafür zur Verfügung stehenden öffentlichen Mittel. Bei Bereitstellung zusätzlicher Mittel ließe sich diese Zahl mit Rücksicht auf die vorhandenen Ausbildungsmöglichkeiten noch verdoppeln.

VI. Bei Durchführung der Maßnahmen I—V können die Fürsorgekosten schätzungsweise jährlich um 0 DM = 0 % der gegenwärtigen Fürsorgeausgaben gesenkt werden.

Die Maßnahmen der allgemeinen Fürsorge beruhen auf der Fürsorgepflicht-Verordnung vom 13. 2. 1924 und auf den Reichsgrundsätzen über Voraussetzungen, Art und Maß der öffentlichen Fürsorge vom 7. 8. 1931. Sie umfassen nur Arbeitsunfähige mit einer über 66⅔ % verringerten Arbeitseinsatzfähigkeit sowie alte Personen von über 65 Jahren bei Männern und über 60 Jahren bei Frauen. Es handelt sich also um einen Personenkreis, der für einen produktiven Arbeitseinsatz nicht in Frage kommt, so daß bei Durchführung der Maßnahmen I bis V eine Verminderung der allgemeinen Fürsorgelasten nicht zu erwarten ist. Veränderungen durch Umsiedlungsmaßnahmen sind dabei außer Betracht gelassen.

In welchem Umfange werden schätzungsweise Unterstützungsbeiträge der Arbeitslosenversicherung eingespart?

Unter der Voraussetzung, daß im Laufe von 6 Jahren die unter I, II, III und V angeführten Arbeitsplätze tatsächlich geschaffen werden können, würden nach Erfüllung dieses Programms die Einsparung bei der Arbeitslosenfürsorgeversicherung und Arbeitslosenversicherung etwa 86 850 000,— DM betragen.

- VII. 1. Welche Zahl von Heimatvertriebenen kann bei Anspannung aller Kräfte und Ausnutzung aller Möglichkeiten dennoch nicht eingegliedert werden? 600 000
2. Davon sind Erwerbspersonen? 240 000
3. Berufliche Struktur der Erwerbspersonen nach Hauptberufsgruppen.

Berufsabteilung 1

Berufe des Pflanzenbaues und der Tierwirtschaft 61 920 = 25,8 %
(einschl. mithelf. Fam.-Angehörige)

Berufsabteilung 2/3

Berufe der Stofferzeugung und -verarbeitung 55 200 = 23,0 %

Berufsabteilung 4

Technische Berufe 5 760 = 2,4 %

Berufsabteilung 5

Berufe der Güterverteilung und des Verkehrswesens 47 280 = 19,7 %

Berufsabteilung 6

Berufe der Haushalts-, Gesundheits- und Volkspflege 21 120 = 8,8 %

Berufsabteilung 7

Berufe des Verwaltungs- und Rechtswesens 33 120 = 13,8 %

Berufsabteilung 8

Berufe des Geistes- und Kunstlebens 7 680 = 3,2 %

Berufsabteilung 9

Berufstätige mit unbestimmtem Beruf 7 920 = 3,3 %

240 000 = 100,0 %

Die Untersuchungen zum deutschen Vertriebenen- und Flüchtlingsproblem

Herausgegeben von Professor Dr. Bernhard Pfister

erscheinen in zwei Abteilungen. Die erste Abteilung enthält Arbeiten zu den Grundfragen des deutschen Vertriebenen- und Flüchtlingsproblems, die zweite Abteilung enthält die Einzeldarstellungen der Länder. Die zur 1. Abteilung gehörigen Arbeiten erscheinen als Band 6, die zur 2. Abteilung gehörigen als Band 7 der Schriftenreihe des Vereins für Sozialpolitik. Die einzelnen Arbeiten erscheinen nicht in systematischer sondern in zwangloser Reihenfolge, jeweils nach Fertigstellung der Manuskripte durch die Autoren. Sie werden mit einer römischen Ziffer gekennzeichnet und nach der Reihenfolge ihres Erscheinens den Bänden 6 und 7 der Schriftenreihe zugeordnet. Die Ergänzung des Veröffentlichungsplanes durch weitere Arbeiten bleibt vorbehalten.

Erste Abteilung: Grundfragen

Band 6/I: Die volkswirtschaftliche Eingliederung eines Bevölkerungszustromes. Wirtschaftstheoretische Einführung in das Vertriebenen- und Flüchtlingsproblem. Von Prof. Dr. Helmut Arndt, Marburg/Lahn. 134 Seiten. 1954. DM 9,40

Band 6/II: Finanzierungsprobleme im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Eingliederung der Heimatvertriebenen. Von Prof. Dr. Günter Schmölders, Köln. Unter Mitarbeit von H. Müller und H. Friederichs. 168 Seiten. 1955. DM 11,80

Die Heimatvertriebenen im Spiegel der Statistik. Von Dr. Gerhard Reichling, Bad Homburg

Die Vertriebenen und Flüchtlinge in der Gesetzgebung des Bundes und der Länder. Von Dr. Christof Rotberg. Mit einem Vorwort von Prof. Ulrich Scheuner, Bonn

Die deutsche Vertriebenen- und Flüchtlingsfrage als Problem des Völkerrechts. Von Prof. Ulrich Scheuner, Bonn

Ein zusammenfassender Schlußband. Von Prof. Dr. B. Pfister, München

Fortsetzung 3. Umschlagseite

Zweite Abteilung: Einzeldarstellungen

Band 7/I: Die Heimatvertriebenen in der Sowjetzone. Von Prof. Dr. Peter-Heinz Seraphim, München/Tutzing. 202 Seiten und 23 mehrfarbige Karten. 1954. DM 15,60.

Band 7/II: Die wirtschaftliche Eingliederung der Heimatvertriebenen in Hessen. Von Prof. Dr. Gerhard Albrecht, Marburg/Lahn. Unter Mitarbeit von H.-W. Behnke und R. Burchard. 184 Seiten und 1 mehrfarbiges Schaubild. 1954. DM 12,80.

Band 7/III: Die Heimatvertriebenen und Flüchtlinge aus der Sowjetzone in Westberlin. Von Dr. Hans-Joachim v. Koerber, Berlin. Unter Mitwirkung von Prof. C. Thälheim, Berlin. 156 Seiten. 1954. DM 11,20.

Die Heimatvertriebenen in Nordrhein-Westfalen. Von Dipl.-Volkswirt Gertrude Stahlberg, Bonn.

Die Heimatvertriebenen in Niedersachsen.

Die Heimatvertriebenen in Schleswig-Holstein.
Von Dr. Friedrich Edding, Kiel.

Die Eingliederung der Flüchtlinge in den Stadtstaaten Bremen und Hamburg. Von Dr. Ingeborg Esenwein-Rothe, Wilhelmshaven.

Die Heimatvertriebenen in Baden-Württemberg.
Von Dipl.-Volkswirt Erwin Müller, Heidelberg.

Die Heimatvertriebenen in Bayern. Von Dr. Bodo Spiethoff, München.

Die Heimatvertriebenen in Rheinland-Pfalz. Von Dipl.-Volkswirt Helmut Wagner, Mainz.

DUNCKER & HUMBLLOT / BERLIN-MÜNCHEN